

SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 2015

Zeitschrift für
Sächsische
Geschichte,
Denkmalpflege,
Natur und Umwelt
61. Jahrgang
Heft 2/2015
8,50 €



1000 Jahre Leipzig



Editorial	91
Walter Wenzel	
Neue Deutung slawischer Ortsnamen in Leipzig	92
Thomas Westphalen	
Von der „urbs“ zur Stadt. Archäologische Erkundungen zur Frühgeschichte Leipzigs	94
Karlheinz Blaschke	
Die Anfänge der Stadt Leipzig	99
Enno Bünz	
Mehr als die berühmtesten Pfarrkirchen der Welt. Das kirchliche Leipzig vor der Reformation	107
Arnold Bartetzky	
Die gerettete Stadt. Bilanz der städtebaulichen Entwicklung Leipzigs seit 1989	122
Arnold Bartetzky	
Die neue Leipziger Propsteikirche St. Trinitatis	128
Dirk Syndram	
Luther und die Fürsten in Torgau. Der Reformator auf Dienstreise	133
Lars-Arne Dannenberg	
Museum „Mühlberg 1547“ eröffnet	140
Matthias Donath	
Wie Sachsen geteilt wurde. Die „sächsische Frage“ auf dem Wiener Kongress 1815	146
Boris Böhm	
Der sächsische Konferenzminister Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf (1765–1836). Ein Beitrag zum 250. Geburtstag	158
Dietmar Stübler	
Die königlich-sächsischen Konsuln in Venedig (1848/49-1868)	162
Neuerscheinungen	170

IMPRESSUM Sächsische Heimatblätter

ISSN 0486-8234

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit dem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna
lars-arne.dannenberg@zkg-dd.de, matthias.donath@zkg-dd.de

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath, Dr. Romy Petrick

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Prof. Dr. Thomas Bürger, Günter Donath, Dr. Heinrich Douffet, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Anneliese Eschke, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocquél, Dr. Yves Hoffmann, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Dr. Igor Jenzen, Katja M. Mieth, Prof. Dr. Winfried Müller, Thomas Noky, Dr. Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Ralf Thomas, Dr. Michael Wetzel, Dr. Peter Wiegand

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Jubiläen haben die Eigenart, dass man sich beinahe reflexhaft ihrer besinnt und mit Veranstaltungen und Formaten verschiedenster Art reagiert, seien es Tagungen und Ausstellungen, seien es Festumzüge oder Publikationen. So ist es auch im Falle von Leipzig, dessen immerhin schon tausendjähriges Bestehen in diesem Jahr gefeiert wird, auch wenn wir über kein eigentliches Gründungsdatum der Stadt verfügen, sondern uns lediglich auf einen Eintrag zum Jahr 1015 in der Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg berufen. Aber auch die „Sächsischen Heimatblätter“ würdigen dieses Jubiläum mit dem Schwerpunkt Leipzig in diesem Heft. Es ist eine willkommene Gelegenheit, eine Region näher in den Blick zu nehmen, die in den Heimatblättern längere Zeit vernachlässigt wurde. Der Bogen spannt sich anhand namenkundlichen Materials bis weit zurück in die vorchristliche, schriftlose Zeit des Frühmittelalters und reicht bis zu zeitgeschichtlichen Themen, wie dem Neubau der kürzlich geweihten katholischen Propsteikirche. Mehrere Beiträge begeben sich in das Hoch- und Spätmittelalter und hinterfragen anhand der archäologischen Befunde sowie des urkundlichen Materials die nebulösen Anfänge der Stadtentwicklung, wobei gerade die hier ermöglichte vergleichende Gegenüberstellung überraschende Einsichten erlaubt.

Daneben ist aber auch wieder Raum, den Blick auf andere Aspekte der sächsischen Geschichte zu richten. Ein Ereignis, das tiefgreifende Spuren hinterlassen hat, war die Reformation. Dementsprechend ist in Torgau unter dem Thema „Luther und die Fürsten“

derzeit die erste von drei Nationalausstellungen im Rahmen der Lutherdekade zu erleben. Und tatsächlich ist es ein Erlebnis, denn unter Federführung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden wurden einzigartige Objekte zusammengetragen, die nicht so schnell wieder in dieser Zusammenstellungen gezeigt werden dürften. Und das kleine Städtchen Mühlberg an der Elbe, das bis 1815 zu Sachsen gehörte und dessen Name durch die berühmte Schlacht im April 1547 untrennbar mit den Ereignissen der Reformation, aber durch den nachfolgenden Übergang der Kurwürde von den Ernestinern auf die Albertiner auch mit der sächsischen Geschichte verbunden ist, hat sogar ein gänzlich neu gestaltetes Museum bekommen, welches vorgestellt wird.

Eine weitere dramatische Zäsur bedeuteten für Sachsen die Beschlüsse des Wiener Kongresses, in deren Folge das Königreich nahezu sechzig Prozent seines Territoriums an Preußen abtreten musste. Die schwierigen Verhandlungen und das zähe Ringen um den Erhalt des Königreichs Sachsen und die künftige Grenzziehung beleuchtet ein weiterer Beitrag, ehe die knappe biografische Skizze des sächsischen Staatsmannes Gottlob Adolph Ernst von Nostitz und Jänckendorf unmittelbar in die Epoche entführt. Schließlich rundet ein Beitrag zu den sächsischen Konsuln in Venedig, als Sachsen nach 1848 versuchte, stärker am internationalen Handelsgeschehen teilzunehmen, das Heft ab.

Viel Spaß bei der Lektüre wünschen

Dr. Lars-Arne Dannenberg und
Dr. Matthias Donath

Herstellung: Redaktions- und Verlagsgesellschaft Elbland mbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 30,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft 8,50 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugsweise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Umschlag: Luftaufnahme der Leipziger Innenstadt © Lehmsstedt Verlag Leipzig

Neue Deutungen slawischer Ortsnamen in Leipzig

Walter Wenzel

Viele Dörfer, die in der Neuzeit in die Stadt Leipzig eingemeindet wurden, trugen einst einen slawischen Namen, der sich in eingedeutschter Form bis in die Gegenwart erhalten hat. Sie wurden zusammen mit allen anderen Namen zuletzt in einer Monographie von Ernst Eichler und Hans Walther allseitig untersucht und in größere siedlungsgeschichtliche Zusammenhänge gestellt.¹ Die Integration der slawischen Namen in das deutsche Sprach- und Namensystem und ihre schriftliche Wiedergabe in den historischen Quellen führte bei vielen Namen zu derart starken Veränderungen, dass ihre richtige Interpretation oft auf schier unüberwindbare Schwierigkeiten stößt. Trotz der von den Verfassern mit großer Sachkenntnis und gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen vorgelegten Deutungen können in einige Fällen neue Erklärungen geboten werden.

Gohlis, 1317 *Goluz*, 1359 *Golusch*, wird als altsorbisch **Goluš* mit dem Suffix *-uš* von *gola* ‚Heide‘ abgeleitet.² Im „Historischen Ortsnamenbuch von Sachsen“ geht man von **goly* ‚kahl, leer‘ aus und erschließt ‚Siedlung auf kahlem, waldlosem Land‘, wozu noch mehrere gleichlautende Namen aus Sachsen geboten werden.³ Viel näher liegt altsorbisch **Goluš* ‚Siedlung des Goľuch oder Goľuš‘, gebildet mit dem Suffix *-jъ*. Entsprechende Personennamen sind im Altpolnischen bereits 1224 als *Goľuch* und 1273 als *Goľusz* bezeugt.⁴ Im Sorbischen sowie in anderen slawischen Sprachen gibt es zahlreiche weitere von der urslawischen Wurzel **golъ* ‚nackt, kahl‘ abgeleitete Personennamen, von denen nicht wenige als Grundlage von Ortsnamen dienten, so *Golaš* im Niederlausitzer Ortsnamen *Golschow*, niedersorbisch *Gólašow*.

Liebertwolkwitz, 1040 *Niwołkesthorp*, 1262 *Newolkuitz*, 1270 *Niwołkuwitz*, erklärt als

altsorbisch **Nivołkovic* ‚Leute des Nivołk‘ mit dem Personennamen aus der Verneinungspartikel *ne-/ni-* ‚nein, nicht‘ und **vołk* ‚Wolf‘. Gegen den Ansatz **vołk* in diesem Personennamen spricht, dass sich im Sorbischen ebenso wie im Polnischen und Tschechischen aus urslawisch **vьlkъ* nicht, wie im Russischen, **vołk* entwickelte, sondern im Sorbischen *wjelk*, im Polnischen *wilk*, im Tschechischen *vlk*. Ernst Eichler nimmt deshalb, ebenso wie in *Wolkau* bei Nossen und einigen weiteren Namen, eine lautliche Sonderentwicklung an.⁵ Alle diese Ortsnamen lassen sich aber, ebenso wie *Liebertwolkwitz*, aus einem Personennamen *Volk* als Kurzform von *Volimir* oder ähnlichen Vollnamen erklären, mit der Basis **vol-* aus urslaw. **volja* ‚Wille‘, **voliti* ‚wollen‘. Im Sorbischen gibt es dazu die Familiennamen *Wolik*, *Wolk*, *Wolko* und andere.⁶ Des Weiteren ist zu bedenken, dass wir es bei **Nivolk* mit einem sog. Abwehrnamen zu tun haben. Mit Hilfe solcher Namen wurden nach den Glaubensvorstellungen der alten Slawen sowie anderer osteuropäischer Völker die bösen Geister und Dämonen von den Neugeborenen abgehalten, die sie den Eltern nehmen wollten. Damit beabsichtigte man der damals weit verbreiteten Kindersterblichkeit entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck wurde vor den Rufnamen die Verneinungspartikel *ne* oder *ni* gesetzt. Daneben gab es aber auch Bezeichnungen von Tieren, besonders Insekten, Pflanzen und verschiedenen Gegenständen, die die bösen Geister täuschen, ablenken oder verscheuchen sollten. Zu ihnen gehörte die Bezeichnung des Wolfes.⁷ Es wäre sinnlos gewesen, vor den Abwehrnamen urslawisch **vьlkъ* ‚Wolf‘ noch die Verneinungspartikel *ne* oder *ni* zu setzen.

Plagwitz, 1412 *Plachtewitz*, 1468 *Plochtewitz*, altsorbisch **Plachtovica* ‚Siedlung am abge-

1 Ernst Eichler/Hans Walther, Alt-Leipzig und das Leipziger Land, Ein historisch-geographisches Namenbuch zur Frühzeit im Elster-Pleiß-Land im Rahmen der Sprach- und Siedlungsgeschichte (Onomastica Lipsiensia 7), Leipzig 2010. Siehe hierzu die Rezension von Walter Wenzel in: Namenkundliche Informationen 99/100 (2011), S. 394-402.

2 Ebd., S. 172 f.

3 Historisches Ortsnamenbuch von Sachsen, hrsg. v. Ernst Eichler/Hans Walther, bearb. v. Ernst Eichler/Volkmar Hellfritzsche/Hans Walther/Erika Weber, Bde. I-II, Berlin 2001, hier Bd. I, S. 321 f.

4 Kazimierz Rymut, Nazwiska Polaków, Bd. I, Kraków 1999, S. 251.

5 Ernst Eichler, Studien zur Frühgeschichte slawischer Mundarten zwischen Saale und Neiß, Berlin 1965, S. 116.

6 Walter Wenzel, Niedersorbische Personennamen aus Kirchenbüchern des 16. bis 18. Jahrhunderts, Bautzen 2004, S. 425.

7 Walter Wenzel, Sorbische Zunamen aus apotropäischen Rufnamen, in: Zunamen 3 (2008) 59-74, Nachdruck in: Walter Wenzel, Namen und Geschichte, hrsg. von Andrea Brendler/Silvio Brendler, Hamburg 2014, S. 63-78.

teilten Flurstück, aus altsorbisch **plachta* ‚Tuch, abgeteiltes Flurstück.‘⁸ Schon von der Motivation her erscheint diese Deutung fragwürdig. Zutreffender ist altsorbisch **Plochotovici* ‚Leute des Plochota,‘ auf den von ihnen bewohnten Ort bezogen dann **Plochotovicě* ‚Siedlung der Leute des Plochota.‘ Diese Deutung stützen zahlreiche slawische Personennamen mit der Basis **Ploch-* aus urslawisch **plochъ*, vertreten u. a. in russisch *plochoj* ‚schlecht, gering,‘ als Personennamen in polnisch 1473 *Ploch*, *Plochta*, 1454 *Plochy*, russisch 1495 *Plochoj* und vielen weiteren.⁹

Zuckelhausen, 1355 *Zschwkolosa*, 1341/43 *de Zukelosen*, 1350 in *Zcuckelosen*. Man erschloss aus diesen und weiteren Belegen den altsorbischen Wohnernamen **Sukolazy* ‚Siedlung der Leute, die Äste roden‘ oder ‚Siedlung der Leute, die auf den Ästen herumkriechen,‘ also einen Rodungsnamen oder einen Spottnamen, ausgehend von **suk* ‚Ast, Knorren‘ und **laz* ‚Rodung‘ oder **laziti* ‚kriechen.‘¹⁰ Da man Äste nicht rodet und „auf den Ästen herumkriechen“ keinen rechten Sinn ergibt, rekonstruierten wir altsorbisch **Sukolazy* oder **Sukolozy* ‚Siedlung der Waldbienenzüchter,‘ denn das urslawische Verb **laziti*, dazu ablautend **loziti* ‚kriechen, klettern,‘ entwickelte in einigen slawischen Sprachen die spezielle Bedeutung ‚zeideln,‘ so im Serbokroatischen *laziti* (med) ‚die Waben aus dem Bienenstock nehmen,‘ im Altrussischen *laziti pčelъ, medъ* ‚den Honig aus den Waldbienenstöcken nehmen, Honigscheiben aus den Stöcken schneiden, zeideln.‘¹¹

Zwenkau, Stadt bei Leipzig, (um 970) 1012-18 *Zuencua*, 974 *civitas Zuenkouua*, 1004 *civitas Zuenkouua*, altsorbisch **Zvenkov*- bzw. **Zvěkov-* ‚Siedlung in der geläutet wurde (meist bei Fluchtburgen und Feindannäherung)‘ oder ‚Siedlung eines **Zven-k*, **Zvěk*.‘¹² In beiden Fällen liegt das Appellativum **zvěk* ‚Laut‘ zu Grunde, dazu entsprechend altsorbisch *zvěk* und polnisch *dzwięk* mit derselben Bedeutung. Etwas ausführlicher behandelt den Namen Ernst Eichler an anderer Stelle, wo er die Ableitung von einem Personennamen in Frage stellt und sich für ‚Ort (Burgort?), wo bei Gefahr mit Geläut gewarnt wurde,‘ ausspricht.¹³ Genau genommen müsste man **Zvěkov-* als einen spätslawischen Namen ansehen, denn im Altsorbischen hatte sich der Nasalvokal *ę* bereits zu *e* oder *’a* (nach weichen Konsonanten) gewandelt. Von **zvěkъ* (geschrieben mit aus-

lautendem *ъ*, also mit hinterem reduzierten Vokal, der damals noch vorauszusetzen ist) auf ‚Läuten‘ und ‚Geläut‘ zu schließen, bleibt kaum nachvollziehbar. Glocken kamen frühestens seit der deutschen Eroberung besonders im Zusammenhang mit der Christianisierung ins Land, und dass die Slawen durch Schlagen auf einen Metallgegenstand ein Warnsignal gaben, müsste erst noch nachgewiesen werden. Berücksichtigt man die ältesten Belege, die jeweils auf *-a* enden, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit spätslawisch **Zvěkova* (*vbsb*) ‚Dorf des *Zvěkъ*‘ zu rekonstruieren, wobei **vbsb*, das im Obersorbischen *wjes*, im Tschech. *ves* ‚Dorf‘ ergab, weggelassen wurde. Ins Deutsche übertragen hätte der Name **Swenksdorf* geläutet. Zwenkau hat eine genaue, bisher unbeachtete Entsprechung unter den Ortsnamen der östlichen Oberlausitz, die heute zu Polen gehört: *Zwecka* (1945–2001 *Świechów*, heute *Ksawerów*), nw. Seidenberg, 1379 *Czweckaw*, 1492 *Zwecke*, altsorbisch **Zwekow* ‚Siedlung des *Zwek*.‘¹⁴

Die Ortsnamen *Gohlis*, *Plagwitz* und *Zwenkau* berühren ein weiteres Mal ein Grundproblem der slawischen Namenskunde, nämlich die Frage, ob einem gegebenen Ortsnamen ein Personennamen oder ein Appellativum zu Grunde liegt.¹⁵ Aus der Antwort ergibt sich die mögliche Zuordnung der betreffenden Ortsnamen zu einer älteren oder jüngeren Namensschicht. So wurden die von Personennamen mit dem patronymischen Suffix *-(ov)ici* abgeleiteten Ortsnamen in der Regel früher vergeben als die von Appellativen mit dem Suffix *-ica* gebildeten Ortsnamen. Gleiches gilt für die aus Personennamen mit dem Suffix *-jb* gewonnenen Ortsnamen im Vergleich zu rein appellativischen Bildungen. Ein sehr hohes Alter besitzen die aus zwei Teilen bestehenden Zusammensetzungen vom Typ *Sukolazy*. Diese für die Ortsnamenstratigraphie und damit für die Siedlungsgeschichte wichtigen Erkenntnisse wurden zuletzt vor allem durch die Untersuchung der Oberlausitzer Ortsnamen auf dem Hintergrund der Bodenwerte, der archäologischen Befunde sowie der Siedelformen bestätigt. Dass auch die Höhenlage über Normal Null eine wichtige Rolle spielt, zeigten die Ortsnamen des Slawengaus Nisane (in der Elbtalweite um Dresden): Die höher und an den Rändern gelegenen Landstriche mit schlechteren Böden besetzten vorwiegend deappallativische Ortsnamen.¹⁶

8 Eichler/Walther, Alt-Leipzig (wie Anm. 1), S. 215 f.

9 Gerhard Schlimpert, Slawische Personennamen in mittelalterlichen Quellen zur deutschen Geschichte, Berlin 1978, S. 102; Kazimierz Rymut, *Nazwiska Polaków*, Bd. II, Kraków 2001, S. 253; Irina Michajlovna Ganžina, *Slovar’ sovremennykh russkich familij*, Moskva 2001, S. 370.

10 Eichler/Walther, Alt-Leipzig (wie Anm. 1), S. 257 f.

11 Walter Wenzel, Cospuden, Kohlweisa, Zuckelhausen und Zauckerode – vier altentümliche slawische Ortsnamen aus Sachsen, in: Beiträge zur Namenforschung, Neue Folge 43:3 (2008) S. 301-310, hier 306 f., Nachdruck in: Wenzel, Namen und Geschichte (wie Anm. 7), S. 95-104, hier 100 f.

12 Eichler/Walther, Alt-Leipzig (wie Anm. 1), S. 258.

13 Ernst Eichler, Slawische Ortsnamen zwischen Saale und Neiße, Bd. IV, Bautzen 2009, S. 147 f.

14 Walter Wenzel, Die *provincia Zagóst* im Licht der Ortsnamen, in: Namenkundliche Informationen 107/108 (2015) [im Druck].

15 Siehe hierzu Walter Wenzel, Beziehungen zwischen slawischen Personennamen und Ortsnamen in der Niederlausitz, in: *Lëtöpis* 60:1 (2013) 61-73, Nachdruck in: Wenzel, Namen und Geschichte (wie Anm. 7), S. 391-403.

16 Walter Wenzel, Die Slawengau *Besunzane* und *Milzane* – die Urheimat der Obersorben, in: *Lëtöpis* 62/2 (2015) [im Druck], mit weiterer Literatur; ders., Der Slawengau *Nisane* im Licht der Ortsnamen, in: Namenkundliche Informationen 107/108 (2015) [im Druck].

Autor
Prof. Dr. Walter Wenzel
Leipzig

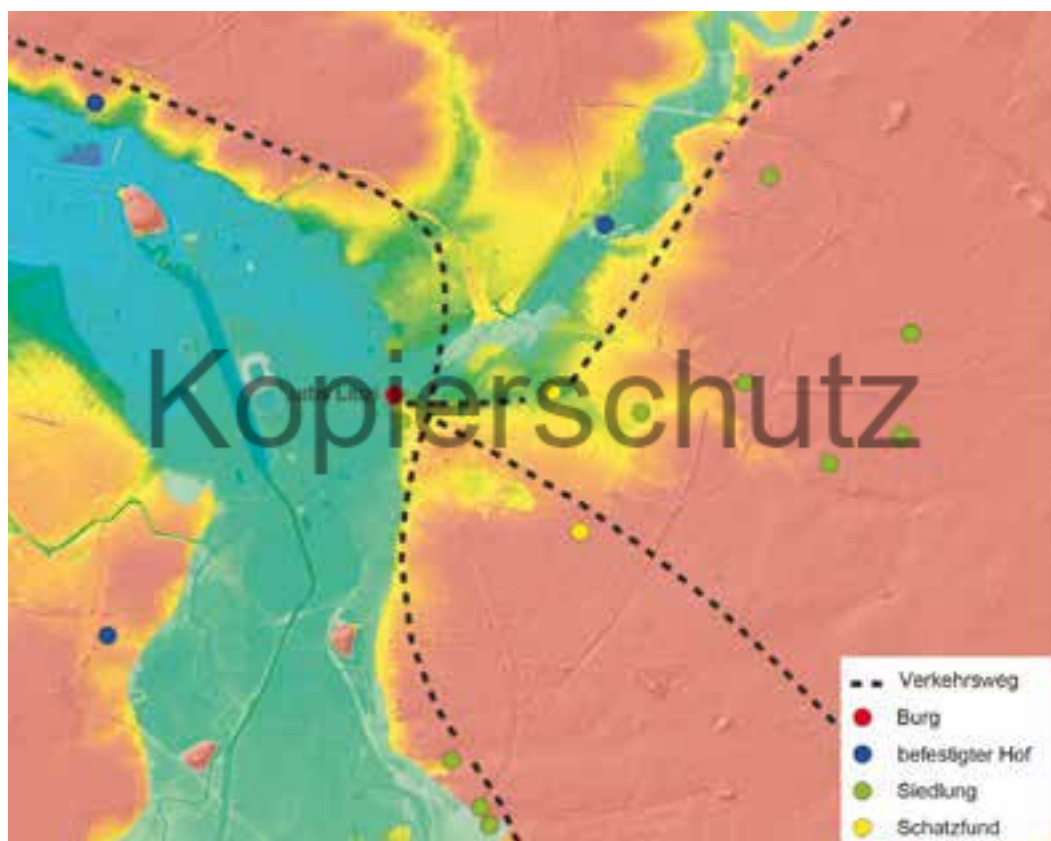
Von der „urbs“ zur „Stadt“

Archäologische Erkundungen zur Frühgeschichte Leipzigs

Thomas Westphalen

„Dann erkrankte der wackere Bischof Eid, der eben mit Geschenken aus Polen zurückgekehrt war, und gab am 20. Dezember 1015 in der Burg Leipzig Christus seine treue Seele zurück.“ Mit diesen Worten übersetzte der Historiker Werner Trillmich die entsprechende Passage der Chronik des Merseburger Bischofs Thietmar, die nach wie vor als Ersterwähnung Leipzigs gilt. Trillmich, 1914 in Görlitz geboren, studierte unter anderem in Leipzig Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik und ging nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1946 nach Hamburg. Sein Hauptwerk war die 1957 erschienene und bis heute „gültige“ Übersetzung der Chronik des Thietmar. Interessanterweise übersetzte er das lateinische „urbe Libzi vocata“ mit „in der Burg Leipzig“, obwohl „urbs“ seit Gründung der Stadt Rom, 753 („ab urbe condita“) für „Stadt“

steht und sich das Oberhaupt der katholischen Kirche in diesem Sinn bis heute wenigstens zweimal im katholischen Kirchenjahr an die Weltgemeinde wendet. Was also veranlasste Trillmich zu seiner Übersetzung? Erinnern wir uns: 1949 begannen die sieben Jahre später beendeten Grabungen auf dem Matthäikirchhof, und bereits 1951 ging man davon aus, dass sich hier eine Burg des 11. Jahrhunderts befunden haben könnte, bis dann Hans Quitta 1953 von einem „frühmittelalterlichen Burgbezirk“ sprach. In diesen Jahren übersetzte Werner Trillmich die Chronik des Thietmar, und es ist sicherlich nicht falsch anzunehmen, dass ihn die Nachrichten aus Leipzig nicht nur erreichten, sondern ihn auch bei der Wortwahl beeinflussten. Anstelle von „Stadt“ spricht er von der „Burg“ Leipzig als dem Ort, an dem Bischof Eid 1015 starb. Heute, gut 65 Jahre



Das heutige Stadtgebiet Leipzigs
im 11. Jahrhundert
Grundlage: GeoSN, bearbeitet von
T. Preuß und P. Westphalen

nach Beginn der ersten stadarchäologischen Grabungen in Leipzig, hat sich die Sicht auf das „alte Leipzig“ zumindest aus archäologischer Sicht deutlich gewandelt. Um dies zu verdeutlichen, sei etwas breiter ausgeholt.

Das Leipziger Land wird im frühen 8. Jahrhundert wieder dauerhaft besiedelt worden sein, denn aus dem heutigen Leipziger Südraum liegen mittlerweile zwei absolut datierte Holzbrunnen vor, die als eindeutige Siedlungsindikatoren anzusehen sind. Lässt sich wegen unklarer Fundumstände häufig nicht eindeutig festlegen, ob die Funde als Siedlungsniederschlag zu werten sind, so trifft dies für diejenigen von der unmittelbar nördlich des mittelalterlichen Stadtkerns gelegenen Humboldtstraße und vom Matthäikirchhof nicht zu. Ob diese unbefestigten Siedlungen zeitgleich bestanden oder aufeinander folgten, lässt sich wegen der unscharfen Datierungsmöglichkeiten nicht eindeutig sagen. Durch die zwischen 1949 und 1956 durchgeführten Grabungen auf dem Matthäikirchhof ist die offene Siedlung überlagernde Burg im Grundriss soweit nachgewiesen worden, dass aus den Grabungsbefunden eine Rekonstruktion entwickelt werden konnte. Der Errichtungszeitraum der Burg wird weniger auf Grundlage des Fundgutes festgelegt als vielmehr durch die Umstände, die mit der 929 abgeschlossenen Eroberung Daleminziens und der Errichtung der Burg Meißen verbunden gewesen sein sollen. Beobachtungen in der Folgezeit, vor allem aber jüngere Grabungen erbrachten nach 1993 weitere Erkenntnisse.

Die Grabungen an der Großen Fleischergasse und Hainstraße führen zeitlich in die Frühzeit Leipzigs. Die „urbs Libzi“ war nach den Ergebnissen dieser Grabungen nicht, wie bisher angenommen, „nur“ die Kūas'sche Burg, sondern vor allem eine durch einen Abschnittsgraben, wahrscheinlich auch durch einen Wall nach Osten abgeriegelte Siedlung mit städtischem Charakter. Nur mit diesem Status lässt sich die auffällige Größe der gesicherten Fläche von ca. 4 Hektar charakterisieren. Zur Binnentopographie liegen außer der Burg wenige Erkenntnisse vor. Trotz vielfältiger jüngerer Überprägungen erscheint die Bebauung innerhalb der vom Graben gefassten Fläche relativ dicht. Noch zu Zeiten der Nutzung der Abschnittsbefestigung ist von einer Expansion nach Südosten auszugehen. Dafür sprechen die großen Siedlungsgruben, die im Innenhof von Barthelshof und an der Klostersgasse dokumentiert wurden und die als Grubenhäuser angesprochen werden. Da die übrigen Grabungen an der Hainstraße keine Befunde aus dem



Zeitraum des 11. oder frühen 12. Jahrhunderts erbrachten, ist davon auszugehen, dass die Ausdehnung sich an einer „Leitlinie“ entwickelte, möglicherweise der Hinweis auf eine Zuwegung zur „urbs“ von Südost. Ein weiteres Indiz für eine frühe Verkehrsanbindung (unabhängig vom späteren und bis heute überkommenen Straßenraster) könnten die slawischen Befunde am Gewandgässchen sein. Die wichtige Frage der Anbindung an überregionale Verkehrswege ergibt sich auch aus den Befunden der Grabung „Am Halleschen Tor“, wo rudimentär erhaltene Rillen durchaus als

Die Leipziger Gefäßkeramik steht im 11. Jahrhundert noch ganz in slawischer Tradition. Die gezeigte Auswahl stammt aus der Verfüllung des Grabens der „urbs Libzi“. Foto: Landesamt für Archäologie Sachsen, J. Rottig

Lage der „urbs Libzi“ um 1000 mit Siedlungsnachweisen im heutigen Stadtkern und möglicher Verkehrswege. Dunkelblau: feuchte Niederungen mit Auen der Weißen Elster und Parthe. Grundlage: GeoSN, bearbeitet von A. Shehab und P. Westphalen





Die kleinen Scheibenfibeln gehören zur ostsächsischen Tracht, die im frühen 11. Jahrhundert östlich der Saale noch ausgesprochen unüblich war. Lediglich aus Eisdorf ist eine größere Anzahl gefunden worden, die deutliche Hinweise auf den Hof des Merseburger Bischofs Thietmar geben.

Foto: Landesamt für Archäologie Sachsen, J. Röttig

Innerhalb der Sachkultur des 11. Jahrhunderts sind silberne und bronzene Schläfenringe neben der typischen Keramik die sichersten Hinweise auf slawische Bevölkerungsgruppen im Leipziger Land. Die kleinen Ringe gehörten zur Tracht slawischer Frauen.

Foto: Landesamt für Archäologie Sachsen, J. Röttig

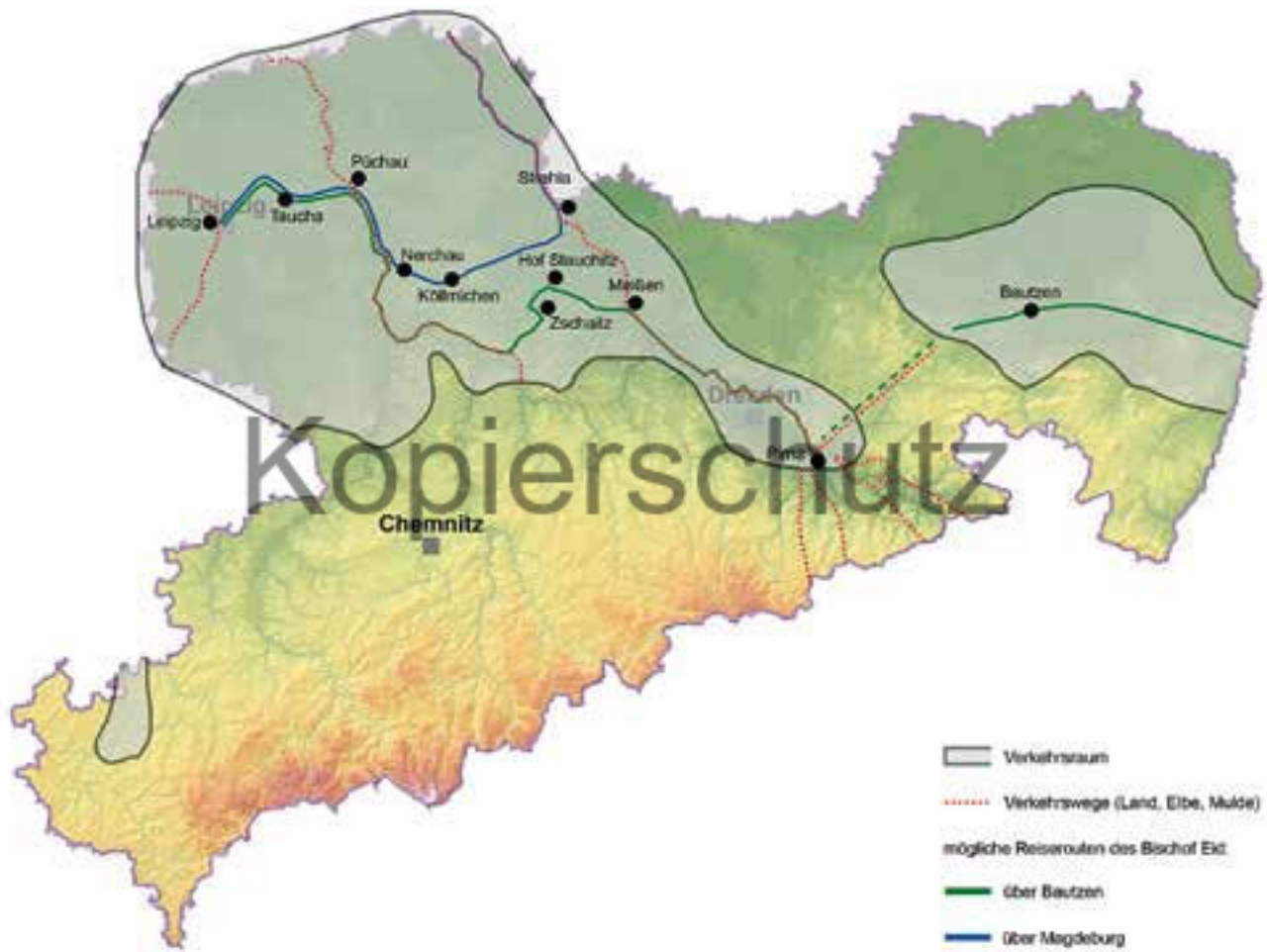
Reste von Hohlen angesprochen werden können, die in den wahrscheinlich durch eine Geländestufe geprägten Hang zur Parthe eingeschnitten. Die Datierung der Rinnen durch Funde war nicht möglich. Auf jeden Fall müssen die Einschnitte vor Errichtung der Stadtmauer erfolgt sein, das heißt, wir hätten hier indirekte Hinweise auf eine frühe Furtsituation durch die Partheaue.

Nicht belegt werden konnte die gängige Annahme, dass der Brühl eine alte „vorstädtische“ Straßenführung gewesen sei. Mit Ausnahme einiger weniger Scherben am westlichen Brühl fanden sich bislang keine weiteren slawischen Funde. Für die Rekonstruktion des Verlaufs einer Anbindung der „urbs“ nach Süden bieten die wenigen Befunde des 11. Jahrhunderts Anhaltspunkte. Sie liegen

ausschließlich am westlichen Rand der späteren Stadt, so dass sich auch hier eine Trasse annehmen lässt. Bislang wird angenommen, dass das frühe Leipzig über eine Trasse nahe oder unter der heutigen Jahnallee nach Westen angebunden war. Da die holozäne Aue gerade hier am breitesten und damit am unwegbarsten war, ist diese Annahme mit einiger Berechtigung in Frage zu stellen, zumal sich in Eisdorf und Zwenkau zwei Siedlungszentren befanden, die an überregionale Verkehrswege angebunden gewesen sein dürften. Die Rekonstruktion einer nach Süden führenden Verbindung als wichtigster Trasse auch nach Merseburg anstelle des späteren Ranischen Steinwegs (jetzt Jahnallee) würde sich auch durch dieses Argument stützen lassen. Eine Querung der Auen von Weißer Elster und Pleiße könnte im heutigen Stadtgebiet Markkleebergs erfolgt sein.

Die Einbindung des frühen Leipzig an überregionale Verbindungswege ist nicht bekannt. Die Rekonstruktion einer Reiseroute wie derjenigen des Bischofs Eid ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Es ist auf jeden Fall nicht davon auszugehen, dass die geographisch kürzeste Strecke gewählt wurde. Der Verlauf der heutigen Bundesautobahnen und Bundesstraßen sind nicht die Leitlinien einer Reise im frühen 11. Jahrhundert! Zu berücksichtigen sind Verkehrsräume, innerhalb derer eine enge Kommunikation stattfinden konnte und die sich aus der bekannten Verteilung slawischer Fundstellen ergibt (dauerhafte oder saisonal belegte Siedlungen, Burgen, Friedhöfe, Schatzfunde), sowie mit einiger Wahrscheinlichkeit festzumachende Verkehrswege zu Land und zu Wasser. Von Strehla wäre eine Strecke nach Oschatz und von hier der Döllnitz aufwärts folgend denkbar. Mit dem Burgwall von Köllmichen stünde ebenfalls eine weitere sichere Unterkunft zur Verfügung. In diesem Fall würde die Mulde bei Nerchau erreicht und bei Wurzen überschritten werden. Der weitere Weg nach Westen führte vielleicht über Taucha an die Parthe und endete, dem Verlauf dieses Flusses abwärts folgend, in Leipzig.

Sollte Eid in der Zwischenzeit noch seinen allerdings in diesen Monaten von Truppen Mieszkos II. angegriffenen und von Markgraf Hermann verteidigten Bischofssitz Meißen zum Ziel gehabt haben, dann wäre es auch denkbar, dass er seinen Weg über das Milzenergebiet um Bautzen genommen hätte. Die Verbindung vom Verkehrsraum Oberlausitz zum Elbtal um Meißen könnte über eine westlich der Wesenitz verlaufenden Trasse gegeben worden sein. Startpunkt



wäre dann einer der Burgwälle der westlichen Oberlausitz und das Ziel an der Elbe Pirna gewesen. Die „Alte Schanzen“ genannten, tief eingeschnittenen Hohlenbündel bei Graupa sind zwar undatiert, könnten aber ein Hinweis auf eine mögliche frühe Wegführung sein. Elb-
abwärts könnte die Reise mit dem Schiff, fuß-

läufig oder beritten nach Meißen, Löbsal oder Boritz/Merschwitz geführt haben, um dann den Weg durch die dicht besiedelte Lommatzcher Pflege zu nehmen. Als mögliche Stationen auf diesem Weg böten sich hier die zahlreichen größeren und kleineren Burgwälle an. Denkbar wäre auch ein Schwenk nach Süden über den

Sachsen im 11. Jahrhundert mit Eintragung möglicher Routen des Bischofs Eid im Jahr 1015.
Grundlage: Landesamt für Archäologie Sachsen, bearbeitet von P. Westphalen



Zwischen Großer Fleischergasse und Hainstraße fanden sich zahlreiche Eingrabungen. Von dem hochmittelalterlichen Graben ist daher lediglich zunächst die östliche (im Bild rechte) Kante deutlich zu erkennen.
Foto: Landesamt für Archäologie Sachsen, G. Schlesinger



Die jüngste Grabung an der Hainstraße brachte neue Erkenntnisse zum Verlauf der Befestigung der „urbs Libzi“. Foto: Landesamt für Archäologie Sachsen, R. Heynowski

Zschaitzer Burgberg nach Döbeln/Leisnig zur Mulde hin, über die, wiederum mit einem Boot, der Reisende seine Fahrt bis Wurzen fortgesetzt haben könnte. Auch dann müsste Bischof Eid über Taucha und das Partheland nach Leipzig gekommen sein.

Die zeitliche und räumliche Abfolge von der „urbs“ zur mittelalterlichen Stadt lässt sich Dank aufwändiger geoarchäologischer Untersuchungen an der Verfüllung des Grabens an der Hainstraße nachvollziehen. Noch während des 11. Jahrhunderts wurde der trockene Graben aufgefüllt und nach oben durch eine stellenweise kompakte Lehmplanie abgedeckt. Ein in diese eingearbeiteter Pfosten lässt diesen Vorgang in den Jahren um 1110 abgeschlossen erscheinen. Ein Zusammenhang dieses Vorgangs mit der Neuparzellierung Leipzigs ist

damit naheliegend. Das bis heute überkommene Straßenraster entstand demnach in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts.

Dies wird auch deutlich durch Vorgänge in Barthelshof. Die spätslawischen Siedlungsgruben werden nach ihrer Verfüllung in ein Gartengelände einbezogen, dessen Ausrichtung jetzt, durch Stakenreihen und einem Graben belegt, von der Hainstraße vorgegeben wurde. Auch die Arbeitsrichtung des Gärtners folgte dieser Richtung, denn die in den gelben Lösslehm eingearbeiteten Spatengrübchen verlaufen parallel zu den genannten Grenzlinien. Um 1170 wurde dieser Garten durch ebenerdig errichtete Nebengebäude überbaut. In den gleichen Zeitraum fiel die Errichtung eines auf den Brühl ausgerichteten Holzkellers.

Als zentraler Platz der Stadt wurde der Markt spätestens seit dem beginnenden 13. Jahrhundert genutzt. Wegen flächiger Geländebegradigungen ließ sich zwar der „Gründungshorizont“ des Marktes nicht fassen. Sicher ist jedoch, dass er aus „wilder Wurzel“ abgesteckt war, das heißt, das geplante Marktareal war abgesehen von einer möglichen „urbs“-zeitlichen Wegführung und einzelnen kleineren Lehmgruben keiner archäologisch nachweisbaren Vornutzung unterzogen. Hinweise auf eine große Lehmgrube, die in Zusammenhang mit der Errichtung der Thomaskirche und der Stadtbefestigung angelegt worden sein soll, fanden sich bei den jüngeren Grabungen im Norden und Süden des Marktes nicht.

Zur Sakraltopographie Leipzigs haben die Untersuchungen von H. Küas, H. Magirius (Franziskanerkloster, Thomaskirche, Nikolai-kirche) A. Büttner und D. Scheidemantel (Thomaskirchhof) beigetragen. Die Baugeschichte der genannten Kirchen ist entschlüsselt, Anhaltspunkte für die Lage des Kreuzgangs des Augustinerchorherrenstiftes konnten gewonnen werden. Nicht bestätigt wurde die Annahme, eine frühe Peterskirche habe als älterer Gründungsnukleus unmittelbar südlich des Peterstores gelegen, denn die großflächigen Grabungen in der Petersvorstadt brachten keine Hinweise auf eine Siedlung des 11. Jahrhunderts.

Als um 1150 der Stadtbrief abgefasst wurde, blickte die Stadt bereits auf eine wenigstens 150-jährige, keineswegs geradlinig verlaufende Geschichte zurück. Die Wurzeln wurden um 1000 gelegt, um 1100 begann ein tiefgreifender Strukturwandel sichtbar zu werden, der in den folgenden Jahrzehnten die Topographie entstehen ließ, die das Leipziger Stadtbild heute noch prägen.

Autor

Dr. Thomas Westphalen
Landesamt für Archäologie
Zur Wetterwarte 7
01109 Dresden

Die Anfänge der Stadt Leipzig

Karlheinz Blaschke

Für eine deutsche Großstadt ist es eine Seltenheit, dass sich ihr Alter auf Jahr und Tag genau festlegen lässt. Es käme auf das sog. Gründungsjahr an, um das im allgemeinen ein regelrechter Kult getrieben wird, obwohl sich kaum für eine Stadt ihre eigentliche „Gründung“ exakt feststellen lässt. Die Städte sind erfahrungsgemäß aus frühen Vorgängersiedlungen „entstanden“, so dass ein tatsächliches genaues Gründungsdatum nicht nachzuweisen ist. Man muss sich deshalb mit dem Zeitpunkt der urkundlich belegten oder erzählenden Ersterwähnung zufrieden geben. Damit kann die Zeit angegeben werden, an dem der Ort zum ersten Male in der schriftlichen Überlieferung auftritt und als geschichtliche Größe tatsächlich greifbar wird. Dabei handelt es sich in der Regel um Zufälligkeiten. Dieser Fall trifft auf die Burg Leipzig zu, denn ihre schriftlich festgehaltene Ersterwähnung zum 20. Dezember 1015 ergibt sich aus der zufälligen Tatsache, dass an diesem Tag der Meißener Bischof Eid in Leipzig verstorben ist und dieses Ereignis notiert wurde.

Anstelle des naheliegenden Begriffs der Entstehung wird hier von den „Anfängen“ gesprochen. Damit soll deutlich gemacht werden, dass die Stadt Leipzig nicht auf eine Planung oder den Willen einer herrschaftlichen Gewalt zurückgeht. Noch vor dem Stadtbrief des Markgrafen Otto, der auf die Zeit zwischen 1150 und 1170 gewirkt hat, gab es hier die Nikolaikirche, deren Gründung in das spätere 12. Jahrhundert festzulegen ist. Sie gehört folglich auf jeden Fall in die Zeit vor Markgraf Otto. Sie ist damals mit der zugehörigen Kaufmannssiedlung erbaut worden und dann in die neu entstehende Stadt als Stadtkirche eingegangen. Es gibt keinerlei Hinweise auf einen „Stadtgründer“ oder ein Gründungskonsortium wie in anderen deutschen Städten. Leipzig wurde auf einen Anfang hin „zubereitet“, noch bevor ein Markgraf hätte eingreifen können. Leipzig wurde nicht „gemacht“, es hat sich selbst gemacht. Ein „auctor“, ein „Macher“, lässt sich nicht feststellen.

Zwischen dem Brühl und der von Südosten aus Grimma ankommenden Fernstraße bot sich ein günstiger Bauplatz für die Kaufmannssiedlung an, die sich zur Stadt ausweiten konnte. In diesen Vorgang griff der Markgraf ein, indem er der entstehenden Stadt das Stadtrecht verlieh. Ob diese Verleihung aus einem herrschaftlichen Willen des Markgrafen oder einem Ersuchen der sich bildenden Bürgergemeinde entsprang, muss eine offene Frage bleiben. Damit fügte er sie in eine feste Ordnung feudaler Herrschaft und in das damals übliche System ein, mit dem die werdende Stadt notwendiger Weise rechtsfähig wurde. Auf jeden Fall wurde Leipzig den anderen Städten der Zeit gleichgestellt und erhielt seine rechtliche Anerkennung. Neben die ältere Stadt der Salzproduktion an der Saale trat die jüngere Stadt der Distribution von Waren an einem Straßenkreuz.

Für die Anfänge der Stadt Leipzig wird in den zuletzt veröffentlichten Forschungsergebnissen die Anlehnung an eine Burg angeführt, an die sich in der zugehörigen Burgsiedlung im Suburbium Handwerker angesiedelt hätten.¹ Ein anderes Siedlungszentrum habe im Bereich um die frühere Peterskirche im Süden der Petersstraße gelegen, während an der Nordwestecke der Stadt bei der Jakobskirche ein dritter Ansatzpunkt der städtischen Entwicklung gelegen habe. Das weitere Wachstum habe von der Lage im Kreuzungsbereich zweier überregional wichtiger Handelswege profitiert, nämlich von der via regia und der via imperii, für die allerdings ein Beweis fehlt. Darüber hinaus habe der wettinische Markgraf Otto im Bereich südlich der Nikolaikirche zwischen 1150 und 1170 eine Neustadt gegründet, für die ein Nachweis noch erbracht werden muss. Er habe das Stadtgebiet „zur Bebauung ausgeteilt“ und den Bewohnern das Stadtrecht von Halle und Magdeburg verliehen.

In diesem Forschungsbericht ist der Hinweis auf die grundlegende Arbeit von Herbert Kias über „Das alte Leipzig in archäologischer Sicht“² und der Blick auf den allgemeinen Wissensstand über die Frühgeschichte der Stadt

¹ Enno Bünz, Leipzig original. Stadtgeschichte vom Mittelalter bis zur Völkerschlacht, in: Katalog zur Dauerausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, Teil I, hg. von Volker Rodekamp, Altenburg 2006, S. 50; vgl. auch den Beitrag von Enno Bünz in diesem Heft.

enthalten. Die Darlegungen von Küas weisen in sorgfältiger Kleinarbeit den Weg auf die Frühzeit der Stadt bis zur Gründung der Nikolaikirche im 12. Jahrhundert. Die archäologischen Untersuchungen im Stadtgebiet von Leipzig wurden von Friedemann Winkler fortgesetzt.³ Der Bericht von Enno Bünz gibt den bekannten Rahmen über die Anfänge der Stadt zu erkennen. Nach Gerhard Billig bestand der Anfang Leipzigs in einer herrschaftlichen deutschen Burg aus der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, die zum Jahre 1050 erstmals urkundlich erwähnt wurde.⁴ Dabei bleiben manche Fragen zur Stadtentstehung offen, wie es in der Kürze des dargestellten Textes nicht anders sein kann. Es kommt somit darauf an, weitere Tatsachen durch Quellenbelege aufzudecken und in den allgemeinen Forschungsstand zur Stadtgeschichte einzubringen.

Das betrifft vor allem die seit dem späten 19. Jahrhundert vorliegenden Erkenntnisse des belgischen Historikers Henri Pirenne, der in seinem gewichtigen Aufsatz von 1883/85 der europäischen Stadtgeschichtsforschung eine neue Richtung gegeben hat.⁵ Sie besteht namentlich darin, die Entstehung der europäischen Stadt auf Frühformen bürgerlich-städtischen Lebens zurückzuführen, in denen nicht von „Stadtgründung“ gesprochen werden kann. Damals waren die Kaufmannssiedlungen eine allgemeine Erscheinung an denjenigen Stellen, an denen die reifen, entwickelten Städte emporwuchsen. Vor die „Gründung“ setzte Pirenne die „Entwicklung“, womit er die Mehrstufigkeit des Städtewesens als die Norm für die „Entstehung“ darstellte. Damit hat er den Typus der Kaufmannssiedlung aufgebracht, der sich seitdem als begriffsbildend erwiesen hat. Die europäische Stadt ist somit nicht als fertiges Ergebnis eines herrschaftlichen Willens vom Himmel gefallen, sondern organisch gewachsen, wie es sich an vielen Beispielen gezeigt hat. Die Bedeutung eines „Städtegründers“ trat dadurch in den Hintergrund, weil auf dem Wege zur „fertigen“ Stadt zunächst nach der Vorform der Kaufmannssiedlung gefragt werden musste. Das zeigte sich auch in der Entstehung der sächsischen Städte, in deren Kreis die Stadt Leipzig aufwuchs. Es lässt sich an einigen Einzelfällen nachweisen.

Wegen der Bedeutung des neuen Forschungsansatzes wird hier auf diese Frage eingegangen.

Für die Anfänge der Stadt Chemnitz gilt die Siedlung im Tal des Chemnitzbaches, wo die Fernstraße von Leipzig über Altenburg in das

gerade für die Besiedlung erschlossene Neuland vorstieß, um von dort über Zschopau auf die Höhe des Erzgebirges bei Reitzenhain nach Böhmen zu gelangen. In Chemnitz bildete sich eine Kaufmannssiedlung mit Nikolaikirche, an die sich dann die Stadt mit einer Johanneskirche und dem abschließenden Bau einer Jakobuskirche anschloss.⁶

Für die Stadt Dresden ergibt sich eine Entwicklung von der im Elbtal für die Bewohner der Landparochie angelegten Frauenkirche St. Marien bis zum Bau der Nikolaikirche, der späteren Kreuzkirche, mit der die Stadtgeschichte ansetzte.⁷

In Görlitz war für die Frühzeit der Stadt die umfangreiche Kaufmannssiedlung mit der Nikolaikirche jenseits der Neiße maßgebend, auf die erst am Flussübergang um die Peterskirche die Entwicklung der Stadt begann.⁸

In Bautzen entstand zunächst die für den ganzen Landbezirk zuständige Johanniskirche (der Vorgänger der heutigen Petri-Kirche), auf die erst später die auf beherrschender Höhe gelegene Nikolaikirche folgte. Ihre eindrucksvolle Ruine hat sich bis heute erhalten.⁹

In Meißen liegt abseits von Burg und Dom im Triebischtal die Kaufmannssiedlung mit der Nikolaikirche, die als Vorstufe für die Entstehung der Stadt anzusehen ist.¹⁰

In dem benachbarten thüringischen Gebiet bietet die Stadt Jena mit ihrer Kaufmannssiedlung um die Kirche St. Nikolai einen Vergleich, aus dem erst mit der späteren Anlage der Michaelskirche die Stadt hervorgegangen ist.¹¹

Mit diesen Verweisen auf sechs mitteldeutsche Städte erhebt sich die Frage nach einer entsprechenden Entwicklung von Leipzig, denn es ist nicht denkbar, dass an einem so bedeutenden Handelsplatz eine Stadtentwicklung ohne Vorstufe in Gang gekommen sein sollte. Hier ist der Vergleich mit der Dresdner Stadtkirche zum hl. Kreuz lehrreich, die ursprünglich wie jene in Leipzig dem hl. Nikolaus geweiht war. In Dresden bietet ein Blick auf die Unregelmäßigkeit in der Stadtanlage einen guten Ansatzpunkt für die frühe Entwicklung, denn der schiefe Grundriss mit einer aus dem Plan der neu entstehenden Stadt hinauslaufenden Straße war genau auf die alte Frauenkirche gerichtet, die auch weiterhin für die Bewohner der Neustadt zuständig blieb. Diese auffällige Beobachtung bietet auch für die Leipziger Nikolaikirche einen Aufschluss. Ein sehr zuverlässiger Stadtplan aus dem Jahre 1713 von August Nienborg ergibt nämlich die Tatsache, dass von der ostwestlich verlaufenden Grimmaischen Straße



Blatt aus dem Nienborgschen Atlas der Stadt Leipzig von 1713.

nördlich der Nikolaikirche drei Straßen abzweigen, in denen die Abstände der Häuser voneinander deutlich geringer als in den übrigen Stadtteilen sind.¹² Es handelt sich um die Westseite der Ritterstraße, um beide Seiten der Nikolaistraße und um die Ostseite der Reichsstraße. Damit sind drei Häuserblöcke mit den zugehörigen Teilen des Brühls betroffen, die auffällig aus dem gesamten Stadtplan herausfallen. Der Grundriss einer Stadt ist ihre älteste Urkunde. Darin werden alle Schritte aufbewahrt, die sie in ihrer Entwicklung durchgemacht hat.

Für diese Tatsache gibt es keine andere Erklärung als die hier angebotene. Der am Ende des 19. Jahrhunderts um die Begründung der sächsischen Landesgeschichtsforschung hoch verdiente Karl Lamprecht ist des historischen Materialismus bezichtigt worden, weil er den Vergleich zwischen verschiedenen Städten mit verwandten Erscheinungen als Forschungsmethode genutzt hatte. Dieser Weg hat sich mittlerweile als unverzichtbar und außerordentlich nützlich erwiesen. Mit seiner Hilfe ist es im vorliegenden Falle möglich, einen Sinn in die Deutung der unterschiedlichen Abmessungen zu legen, die in der Siedlungsgeschichte auftre-

ten. Es hat sich gezeigt, dass beim Bau von Siedlungen Haus- und Hofbreiten mit genormten Maßen verwendet worden sind, so dass sie bei der Aufklärung unterschiedlicher Größen im Siedlungswesen dienen können. Hier kommt es darauf an, alle sich bietenden Möglichkeiten zur Unterscheidung von Bauteilen in städtischen Häusern und dörflichen Höfen zu nutzen. Dabei stößt man gelegentlich auf abseits liegende und merkwürdig erscheinende Tatsachen, die sich aber bei genauem Hinsehen als weiterführend erweisen. Die Forschung hat die Aufgabe, jedem derartigen Verdacht nachzugehen und angemessene Erklärungen anzubieten.

Die Leipziger Nikolaikirche steht am Anfang eines Häuserblocks mit auffallend schmalen Hausbreiten rechts und links der Nikolaistraße. Auch im westlich anschließenden Block zeigt sich an der Ostseite der Reichsstraße die gleiche Erscheinung, während an der linken Seite wieder die üblichen Hausbreiten auftreten. Damit schält sich nördlich der Kirche entlang der Ritterstraße, der Nikolaistraße und der Reichsstraße unter Einschluss der angrenzenden Teile des Brühls ein eigener Bereich der Stadtanlage heraus. Es kann kein Zweifel

- 2 Herbert Küas, *Das alte Leipzig in archäologischer Sicht*, Berlin 1976.
- 3 Friedemann Winkler, *Leipzigs Anfänge. Bekanntes, Neues, offene Fragen* (Leipziger Hefte 12), Beucha 1998.
- 4 Die *Urkunden Heinrichs III.*, hrsg. von Harry Bresslau und Paul F. Kehr, Berlin 1931, Nr. 254; dazu auch: Gerhard Billig, *Die Burgwardorganisation im obersächsisch-meißnischen Raum. Archäologisch-archivalisch vergleichende Untersuchungen*, Berlin 1989, S. 158.
- 5 Henri Pirenne, *Les villes et les institutions urbaines*, in: *Revue Historique* 53 (1893), S. 52-83 ; 55 (1895), S. 1-76.
- 6 Karlheinz Blaschke/ Uwe Ulrich Jäschke, *Nikolaikirchen und Stadtentstehung in Europa*, Berlin 2013, S. 57; Manfred Kobuch, *Die Anfänge der Stadt Chemnitz*, in: *Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege* 26 (1983), S. 139-162; Derselbe, *Noch einmal: Die Anfänge der Stadt Chemnitz*, in: *Zur Entstehung und Frühgeschichte der Stadt Chemnitz. Kolloquium des Stadtarchivs Chemnitz*, 24. April 2002. (Aus dem Stadtarchiv Chemnitz, Heft 6), Chemnitz 2002, S. 26-35.
- 7 Blaschke/Jäschke, *Nikolaikirchen* (wie Anm. 6), S. 57.
- 8 Ebd., S. 61.
- 9 Ebd., S. 103.
- 10 Ebd., S. 167.
- 11 Karlheinz Blaschke, *Neue Erkenntnisse zur Entstehung der Stadt Jena*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 148 (2012), S. 97-118.
- 12 Hans August Nienborg, *Nienborgscher Atlas 1713. Deskription über die Grundlegung und in richtigen Abriss gebrachte berühmte Handelstadt Leipzig* (Neudruck: Sächsische Akademie der Wissenschaften, Berlin 1997).

daran bestehen, in diesem Teil der Stadtanlage die frühe Kaufmannssiedlung zu sehen, denn eine andere Ursache für diese auffallende Erscheinung wäre schwer zu erklären. Es kann sich folglich im Falle von Leipzig nicht um eine bewusste, planmäßige „Gründung“, sondern nur um eine Entwicklung handeln. Um die Nikolaikirche herum ist dann die neue Stadt angelegt worden. Wo allerdings der in der bisherigen Literatur gelegentlich erwähnte Neumarkt als der im Städtebau übliche Platz unterzubringen sein soll, bleibt völlig ungewiss. Einen als Ergänzung notwendigen Altmarkt gibt es in der ganzen Stadtanlage nicht. Beim Neumarkt kann es sich nur um eine Erfindung jüngster Stadtplanforschung und um eine künstliche Konstruktion handeln, die in der traditionellen Arbeit an der topographischen Erklärung der Stadt Leipzig nirgendwo aufgetreten ist. Als Ergebnis dieser widerspruchsvollen Beobachtungen muss die Feststellung dienen, dass die Bebauung der Leipziger Altstadt nicht in einer einheitlichen Planung geschehen ist, sondern in zeitlich verschiedenen Abschnitten zu Wege gebracht wurde.

Die Deutung der innerstädtischen Straßennamen in Leipzig enthält ihre Schwierigkeiten mit der Benennung des Alten und des Neuen Neumarktes. Hier kann es sich nur um Teilstücke der vom Nordteil ausgehend fortgeführten Nikolai- und der Reichsstraße gehandelt haben. Dass die von Nord nach Süd durchgehende Reichsstraße südlich der Grimmaischen Straße als Neumarkt bezeichnet wurde, kann nur als Umbenennung im Anschluss an eine neue Funktion verstanden werden, wobei die Straße verbreitert wurde, um ihr einen annähernd platzartigen Anschein zu verschaffen. In jedem Falle handelt es sich aber doch wohl um einen verändernden Eingriff in die ursprünglich beabsichtigte Gestalt der Straßenführung. Auch das übrige Straßennetz in der Leipziger Altstadt zeigt mit seinen kleinen, schmalen Nebengässchen Anlässe zu kritischen Anfragen an ein klar durchgeführtes geometrisches Prinzip.

Von der Grimmaischen Straße zweigen südlich der Nikolaikirche zwei als „Der Alte“ und „Der Neue Neumarkt“ bezeichnete Straßen nach Süden ab, die in ihrer topographischen Gestalt keine Spur von einem Markt oder gar einem Marktplatz zeigen. Es muss sich hier um zwei ganz normale Altstadtstraßen handeln, die für den neuen Zweck als „Markt“ verwendet wurden. Dabei kann der „alte Neumarkt“ mit seiner schmalen Breite nicht als echter Markt und schon gar nicht als Marktplatz angesehen werden. An dieser Stel-

le zeigt der Leipziger Stadtplan schlecht erklärable Ortsbezeichnungen, die noch durch die versetzte Einmündung der Reichsstraße in den Brühl erschwert werden.

Bei den bisherigen Erörterungen war die Reichsstraße als Parallele zur Nikolaistraße aufgetreten. Sie gehört zum alten Bestand der Leipziger Altstadtstraßen und drängt nach einer Erklärung, denn es entsteht die Frage, welche Rolle „das Reich“ inmitten der Stadt Leipzig gespielt haben soll. Die Bezeichnung für diese Straße ist keine bloße sprachliche Verzierung, sie hat vielmehr ihre tiefe Bedeutung im praktischen Leben und im Wachstum der Stadt. Im nördlichen Teil der Altstadt finden sich nebeneinander von Ost nach West die Ritterstraße, die Nikolaistraße, die Reichsstraße und der Marktplatz. Dieser Bereich kann als der eigentliche Stadtkern angesehen werden. Am Ostrand der Stadt im markgräflichen Teil waren die Ritter angesiedelt, daneben wurde von den Fernhändlern die Nikolaistraße angelegt. Sie verlief neben der Reichsstraße auf königlichem Grund und Boden, bis westlich davon der Markt als Mittelpunkt des städtisch-bürgerlichen Lebens folgte. Aus seiner Nordostecke entsprang die Katharinenstraße mit ihrer am Ende stehenden Katharinenkirche, über deren Funktion es keine Nachricht gibt.¹³ In der Fortsetzung der Reichsstraße nach Norden läuft außerhalb der ursprünglichen Anlage die Gerberstraße, die zum unmittelbaren Vorfeld der Stadt gehört.¹⁴ Sie mündet in die Eutritzscher Straße, von der bald darauf die Gohliser Straße abzweigt. Sie geht in die Lindenthaler Straße über, um schließlich in die Landsberger Straße einzugehen. Damit ist die große Fernstraße erreicht, die dann über Zörbig, Köthen und Calbe/Saale nach Magdeburg gelangt. Mit dieser Linie ist die von Leipzig aus nordwärts führende Fernstraße gekennzeichnet. Sie hat sich bis heute im nördlichen Teil des Leipziger Straßennetzes erhalten.

In der Gegenrichtung mündet die Leipziger Reichsstraße zunächst in die Zeitzer und danach in die Südstraße, von der am Connewitzer Kreuz als dem alten Grenzzeichen des Leipziger Stadtrechts die Bornaer Straße abzweigt. Auf ihr erreicht der Fernverkehr die Stadt Borna mit der sehr beachtenswerten Kunigundenkirche außerhalb der Stadtanlage, deren Patrozinium erst nach dem Tode der hl. Kunigunde im Jahre 1200 verliehen worden sein kann. Sie hat wohl erst danach ihre vorher anzunehmende Widmung an den hl. Nikolaus aufgegeben. In Borna führt das Reichentor zur Reichengasse, die in der älteren Fachliteratur

13 Vgl. aber den Beitrag von Enno Bünz in diesem Heft.

14 Hierzu Küas, *Das alte Leipzig* (wie Anm. 2), S. 243 und passim.

15 August Schumann, *Staatslexikon von Sachsen*, Bd. 14, Zwickau 1827, S. 587.

16 Ebd., Bd. 9, Zwickau 1822, S. 112.



als die schönste Gasse der Stadt bezeichnet wurde. Vor dem Reichtor stand einst ein Schloss.¹⁵ Da ein Reichtor beim Eintritt in eine wenig bedeutende Stadt kaum einen Sinn gibt, kann wohl auf ein ehemaliges „Reichstor“ geschlossen werden, das an der von Leipzig hier ankommenden Reichsstraße gelegen war.

Die Fernstraße ging von hier über Altenburg nach Chemnitz, wo im Jahre 1136 das Benediktiner-Kloster in der Nähe der Kaufmannssiedlung gestiftet wurde. Von der nächst gelegenen Stadt Zschopau erreichte die Fernstraße in Reitzenhain die Landesgrenze nach Böhmen, wohin die in Leipzig wohlbekannte Reitzenhainer Straße führte. Damit gewinnt die Reichsstraße inmitten von Leipzig ihre überregionale Bedeutung auf der Strecke nach Prag.¹⁶

Nach Westen war von Leipzig aus die Frankfurter Straße gerichtet, wobei es zu beachten ist, dass eine 300 km entfernte Stadt zur

Benennung der Straße diente. Das wirft ein Licht auf die weitreichenden Beziehungen der Stadt. Wenn eine aus Leipzig wegführende Straße nach Frankfurt am Main benannt wurde, so ergibt sich daraus die Tatsache, dass sie auch in dieser Richtung vielfach befahren wurde und die Fuhrleute und Reisenden beim Verlassen von Leipzig sich über ihr Ziel im Klaren waren.

Wenn man eine historisch-landeskundliche Arbeit unter den Gedanken „im Anfang war die Straße“ stellt, wie es hier geschieht, dann muss man an dieser Voraussetzung festhalten und den Straßenverlauf in seiner Beständigkeit ernst nehmen. Eine Landstraße ist keine ewige Einrichtung, aber eine Erscheinung von langer Dauer, die durch die fortwährende Nutzung „eingefahren“ wird. Das Leipziger Straßennetz ist südlich der Altstadt bis nach Connewitz im Laufe der umwälzenden Stadtplanung des 19.

Skizze über das mittelalterliche Straßenkreuz in Sachsen als Grundlage für die Anfänge der Stadt Leipzig.

Entwurf: Karlheinz Blaschke
Zeichnung: Uwe Ulrich Jäschke,
HTW Dresden

Jahrhunderts völlig umgestaltet worden, so dass erst wieder südlich vom Connewitzer Kreuz die gewachsene Verkehrsordnung für die weitere Forschung verwendet werden kann.

Die eben genannte Frankfurter Straße lenkt den Blick auf den westöstlich gerichteten Hauptverkehrsstrom, der für die Stadt Leipzig als maßgeblich angesehen wurde. An ihr erstreckte sich die *via regia*, die „königliche Straße“ oder „hohe Straße“ von Frankfurt nach Breslau.¹⁷ Sie trug ihren Namen von der Tatsache, dass sie unter dem Recht des deutschen Königs stand. Sie lässt sich im mitteldeutschen Gebiet von Nordhausen über Leipzig und Bautzen bis nach Görlitz verfolgen, wo sie zum Jahre 1071 unter der Botmäßigkeit des deutschen Königs bezeugt wird. Bei den sehr gründlichen archäologischen Forschungen zur Entwicklung der Stadt Leipzig, die von Herbert Küas ausgeführt worden sind, spielt die *via regia* als Hauptachse eine tragende Rolle.¹⁸ Die Entfernung von Leipzig nach Frankfurt am Main beträgt in der Luftlinie 300 km. Das dürfte mehr sein als die übliche Entfernung, die gemeinhin zwischen benachbarten Städten bestand, die mit aufeinander bezogenen Straßennamen verbunden waren. So kann schon im Mittelalter in Leipzig die Fernstraße nach Frankfurt am Main eine geläufige Richtung im Fernverkehr bezeichnet haben und entsprechend genutzt worden sein. Sie deckt sich mit der schon genannten *via regia*.

Die kreuzende Nordsüdstraße ist dagegen in der Fachliteratur weniger aufgefallen, obwohl sie schon zum Jahre 973 als der Reiseweg des im Auftrag des Kalifen von Cordoba von Magdeburg nach Prag reisenden jüdischen Händlers Ibrahim ibn Jakub in eine überregionale Bedeutung gelangt ist. Die dazu neueste Arbeit liegt von Konstantin Hermann und André Thieme vor.¹⁹ Diese Fernstraße ist wegen ihrer internationalen Stellung im Laufe der Jahrhunderte zu beachten. Bei der Herausbildung der Stadt Leipzig im 12. Jahrhundert war sie wichtig. Denn in jener Zeit führte die als Reichsstraße bezeichnete Verkehrslinie von Norden nach Süden genau durch die Stadt, in der sie bis zum heutigen Tag neben der Nikolaistraße und dem Altmarkt einen festen Platz einnimmt. Man sollte sich davor hüten, einer einzelnen Stadt eine einzigartige, überragende Bedeutung beizumessen, aber im Falle von Leipzig liegt der Nachweis in Gestalt der Straßenzüge doch wohl klar.

Die Straßenverbindung von Sachsen nach Böhmen ist – abgesehen von einigen von Ger-

hard Billig veranlassten Arbeiten – von der sächsischen Landesgeschichtsforschung vernachlässigt worden. Sie ist in der jüngeren Neuzeit einseitig auf die Elbe-Linie gelegt worden, auf der das starke Gewicht der Hauptstadt Dresden und die unmittelbare Beziehung nach Prag auf dem Elbe-Moldau-Weg im Vordergrund standen. Sie wird jetzt durch einen Blick von der böhmischen Seite aufgenommen, wie er neuerdings von der tschechischen Landesgeschichte gepflegt wird.²⁰ Von Prag gingen wichtige Überlandwege nach Sachsen. Zum Jahre 1420 wird hier für die böhmische Grenzstadt Komotau eine deutsche Stadtbevölkerung mit einer tschechischen Minderheit und für die Mitte des 15. Jahrhunderts eine Mehrzahl deutscher Dörfer in deren Umgebung festgestellt.²¹ Für die böhmische Stadt Brüx mit ihrer Lage zwischen den sächsischen Bergstädten und Prag wird eine „strategische Lage“ zwischen diesen Städten, besonders mit Freiberg dargelegt.²² Zu Anfang des 16. Jahrhunderts habe es in der Stadt eine sprachlich gemischte Bevölkerung mit deutscher Mehrheit gegeben. Für die böhmische Stadt Laun werden die ersten Kolonisten aus Sachsen vermutet, doch habe die Stadt stets ihren tschechischen Charakter bewahrt.²³

Diese hier gekennzeichneten Beziehungen können noch durch die allgemeinen Regeln unterstrichen werden, wie sie für die Frühzeit der Stadtentstehung von Henri Pirenne als gültig beschrieben wurden. Seine Erkenntnisse konnten sich jedoch wegen der politisch-ideologischen Spannungen um den Ersten Weltkrieg zwischen Deutschland und der westeuropäischen Wissenschaft nicht auswirken. Das reiche Wissen des Belgiers Pirenne ist dabei für die deutsche Forschung verloren gegangen und auch unter Rudolf Kötzschke und Walter Schlesinger nicht aufgenommen worden. Es bestand vor allem darin, die Herausbildung der europäischen Stadt nicht in einer vermeintlichen Stadtgründung, sondern in der Stadtentwicklung zu verstehen. An diesem Gegensatz hat sich namentlich Walter Schlesinger abgearbeitet und sich nachdrücklich für die Stadtgründung ausgesprochen. Die jahrzehntelangen Erfahrungen in seiner Heimatstadt Glauchau sind ihm ergebnislos geblieben, in deren wohlbekanntem Stadtgrundriss eine Kaufmannssiedlung ganz im Sinne von Pirenne zum Greifen nahe offen liegt. Eben dort wurde trotz der von Schlesingers Lehrer Rudolf Kötzschke bis zuletzt angemahnten Beachtung der Flurnamen die leicht erschießbare Nikolaikirche mit einem

Niklasberg und einer Niklaswiese nicht erkannt.

Nach dieser Erfahrung muss für Leipzig von der Mehrstufigkeit der Stadtentwicklung ausgegangen werden. Das machte die Entdeckung einer Kaufmannssiedlung als Vorstufe der Stadtentstehung notwendig. Die dazu gehörenden Voraussetzungen sind in den bereits genannten Einzelfällen für Chemnitz, Görlitz, Dresden, Bautzen, Meißen und Jena beschrieben worden.

Die Leipziger Kaufmannssiedlung, die in zeitlicher Hinsicht vor der Entstehung der Stadt anzusetzen ist, lag auf dem Gebiet der künftigen Stadt und ist im Zuge des städtischen Wachstums in ihr aufgegangen. Der im Jahre 1713 angelegte Nienborgsche Atlas von Leipzig gibt in größter Genauigkeit den topographischen Befund über die damalige Stadt wieder. Die Stadtkirche St. Nikolai ist demzufolge über ihre damals bereits erreichten Abmessungen nicht mehr hinausgewachsen. Sie stellt den Kern der Stadt Leipzig dar.

Für die Entstehung der Stadt gibt es folglich drei feste Bezugspunkte, von denen der eine an der von Herbert Küas archäologisch nachgewiesenen Fläche um den Eselsmarkt am nordwestlichen Rande der Altstadt und damit im Zuge der *via regia* zu suchen ist. Der andere hatte an der Nordsüdstraße neben der Reichsstraße seinen Platz. Auch an dieser Beobachtung wird es deutlich, dass die Stadt Leipzig nicht durch einen herrschaftlichen Willen „gegründet“ worden ist, sondern ihre „Entstehung“ sich aus dem Zusammentreffen geographischer und wirtschaftlicher Ursachen erklären lässt. Der dritte Punkt lag am südlichen Ende der Petersstraße im Bereich der dortigen Peterskirche. Die „Reichsstraße“ stellt bis zum heutigen Tage ein untrügliches Zeichen für diese Feststellung dar. Sie kann fortan als „*via principum*“, als Straße der Fürsten, bezeichnet werden, denn in ihrem Verlauf von Magdeburg bis Prag liegen die Herrschaftsgebiete von vier deutschen Reichsfürsten: des Erzbischofs von Magdeburg, des Fürsten von Anhalt, des Kurfürsten von Sachsen und des Königs von Böhmen. So hatten im Unterschied zur *via regia*, zur königlichen Straße unter einer einzigen Hoheit, mehrere Reichsfürsten an ihr Teil. Das rechtfertigt ihre Benennung als Fürstenstraße. Im Unterschied zu dieser Fernstraße stellt die Reichsstraße innerhalb der Stadt Leipzig ein kurzes Stück dar, dessen Name alle stadtplanerischen und politischen Umbrüche überstanden und damit eine gewisse „Heiligung“ erlangt hat. Sie ist sogar von unterschiedlichen parteipoli-

tischen Richtungen respektiert worden. Mit dieser im 11./12. Jahrhundert geschehenen Festlegung hat die Stadt Leipzig eine Gestalt erhalten, von der aus sie eine kräftige Entwicklung erleben konnte.

Nördlich hinter der Nikolaikirche ist im Nienborgschen Atlas ein „Brunn“ eingetragen, womit die Wasserversorgung als ein zentraler Faktor im Leben der jungen Stadt erscheint. Es ist zu vermuten, dass diese Tatsache noch in die Zeit der Kaufmannssiedlung zurückreicht. Für die ganze Anlage mit ihren nahezu hundert Häusern an Nikolai-, Ritter- und Reichsstraße mit dem querstehenden Teil des Brühl war eine angemessene Trinkwasserquelle unerlässlich. Dafür war ein weiter Raum freigelassen.

Der Blick auf den Stadtplan zeigt ohne Zweifel eine Querteilung der Stadtanlage in einen Nord- und einen Südteil, die beide durch die Grimmaische Straße getrennt werden. Der nördliche Teil umfasst die Stadtpfarrkirche St. Nikolai, den Markt mit dem Brühl und die Stadtteile um das ehemalige Franziskanerkloster, die durch die Forschungen von Herbert Küas in den Vordergrund des archäologischen Interesses geraten sind. Die Grimmaische Straße trennt zwei Stadtteile, zwischen denen es keine Verbindung der Straßennamen gibt. So liegt die Vermutung nahe, sie seien zu getrennten Zeiten und aus unterschiedlichen Antrieben entstanden. Aus dem nördlichen Teil, der im Anschluss an die *via regia* bis zur Grimmaischen Straße aufwuchs, wurde die Nikolaistraße nach Süden als „der Alte Neumarkt“, die Reichsstraße als „der Neue Neumarkt“ weitergeführt, bis dann westlich davon „der Markt“ angelegt wurde. Das ist gewiss eine nicht alltägliche Konstruktion mit der topographischen Trennung von Stadtkirche und Markt, die sich aber aus der ungewöhnlichen Art der Stadtentstehung ergibt, die nicht auf einer bewussten Planung beruhte. Die genau zum Markt führende Grimmaische Straße rückt die Stellung der Stadt in das mitteldeutsche System der Fernstraßen, in dem Grimma einen führenden Platz einnahm. Der Verfasser und ungemein kenntnisreiche Herausgeber des Staatslexikons von Sachsen August Schumann schrieb im Jahre 1816: „Grimma war für Sachsen einst das Leipzig des Mittelalters, ein Haupthandelsort, dessen nachheriger Verfall zur Aufnahme Leipzigs nicht wenig beigetragen hat.“²⁴

Zur Zeit des Nienborgschen Atlas führte die Grimmaische Straße in ihrer alten Breite nur bis zum Markt, die Fortsetzung ging als sch-

17 Beatrix Reißig, Beiträge zur Geschichte des Handels und Warenverkehrs auf der hohen Landstraße in den Wettinischen Landen bis ins 16. Jahrhundert, Leipzig 1938.

18 Küas, Das alte Leipzig (wie Anm. 2).

19 Konstantin Hermann/André Thieme, Sächsische Geschichte im Überblick, Leipzig 2013, S.11.

20 Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren, hrsg. von Joachim Bahlcke/Winfried Eberhard/Miloslav Polívka, Stuttgart 1998.

21 Ebd., S. 282.

22 Ebd., S. 79.

23 Ebd., S. 320.

24 August Schumann, Staatslexikon von Sachsen, Bd. 3, Zwickau 1816, S. 444.

males Thomaspässchen bis zur Klosterstraße weiter, ohne einen Ausgang nach Westen zu finden. Der von Osten am Markt angekommene Fernverkehr wurde damals in einer schräg abgewinkelten Führung durch die Neustraße (heute Hainstraße) zum Eselsplatz als dem alten Leipziger Hauptplatz weitergeführt. Das kann keine ursprüngliche Planung gewesen sein. Die von Osten mächtig in die Stadt eingetretene Grimmische Straße endete nahezu wie in einer Sackgasse am Marktplatz. Die im Jahre 1212 gestiftete Thomaskirche lag am Westrande der Altstadt abseits vom alten innerstädtischen Verkehr. Abgesehen von der jüngeren Thomaskirche vollzog sich demzufolge die Weiterentwicklung der Stadt südlich der Grimmaischen Straße, wo auch die Pleißenburg angelegt wurde.

Es liegt nahe, die Erbauung der jüngeren Thomaskirche ein ganzes Stück von der ursprünglichen Stadtkirche St. Nikolai entfernt als einen notwendigen Schritt zum Ausbau der größer werdenden Stadt aufzufassen. Sie wäre dann die zweite Stadtkirche innerhalb von Leipzig für den südlich der Grimmaischen Straße gelegenen Stadtteil gewesen. Man sollte die Entstehung einer Stadt während des 12. Jahrhunderts als einen lebendigen Vorgang verstehen, der sich den wechselnden Bedürfnissen des städtischen Lebens in seiner Ausdehnung anpasste. Die Nikolaistraße als ein früherer Ansatz aus der Zeit der Kaufmannssiedlung wurde über die Grimmaische Straße hinweg nach Süden in das emporwachsende städtische Gefüge einbezogen (Alter Neumarkt), während die ebenso verlängerte Reichsstraße in gleicher Weise verlängert wurde. Dabei wurde von Anfang an die Straße den Anforderungen eines Marktes entsprechend breiter gehalten (Neuer Neumarkt). Der Stadtplan von Nienborg zeigt in seiner topographischen Genauigkeit diesen Sachverhalt eindeutig an. Ein alter Stadtplan muss als Widerspiegelung eines lebensvollen Gefüges gesellschaftlicher Beziehungen verstanden werden, dem mit einigem Geschick und Klugheit wesentliche Auskünfte über die vergangene Wirklichkeit zu entnehmen sind. Der Siedlungsplatz Leipzig ergab sich aus seiner geographischen Lage in der mitteldeutschen Landschaft, in der vor allem die seit Urzeiten hier zusammenlaufenden Fernwege eine wichtige Rolle spielten.

Wenn man die Grimmaische Straße als die starke Trennungslinie zwischen dem früheren nördlichen und dem jüngeren südlichen Teil der Stadt Leipzig gelten lässt, dann fällt die geradlinige Weiterführung der Nikolaistraße

als Alter Neumarkt und der Reichsstraße als Neuer Neumarkt ins Gewicht. Beide Straßen sind offensichtlich als organische und funktionale Fortsetzungen der beiden im nördlichen Teil gelegenen Straßen betrachtet worden. Besonders für den Neuen Neumarkt als Verlängerung der alten Reichsstraße und als Bestandteil der Nord-Süd-Fernstraße muss es zu einer Neubenennung dieses Teiles der durchgehenden Straße gekommen sein. Hier sind zwei einfache Straßenabschnitte in den Rang von Märkten „erhoben“ worden, wozu sie in ihrer Gestalt in keiner Weise geeignet waren. Auch darin zeigt sich eine Unstimmigkeit mit den herkömmlichen, funktional begründeten Bezeichnungen. An diesen Beobachtungen wird deutlich, dass die Entwicklung der Leipziger Altstadt nicht vom ursprünglichen Straßennetz abgelesen werden kann. Leipzig ist nicht nach einem vorgefassten Plan „gegründet“ worden. Es hat sich unter den jeweils sich ändernden Bedingungen entwickelt.

Eine weitere Abweichung von dem zu erwartenden regelmäßigen Netz der innerstädtischen Straßen ergibt sich entlang des Brühls. Diese Straße unterscheidet sich in ihrer auffallenden Breite von den übrigen Straßen der Altstadt. Das kann wohl nur mit ihrer alten Bedeutung als der seit Urzeit feststehenden West-Ost-Fernstraße *via regia* zu erklären sein. Die von Süden kommende Nikolaistraße endet hier vollständig, die Reichsstraße geht versetzt durch den Brühl und entspricht damit nicht der von einer Fernstraße zu erwartenden Geradlinigkeit. Daran zeigt sich die schon genannte organische Weiterentwicklung des Stadtplans, die sich nach zeitbedingten Wechselfällen richtete.

Wenn es gestattet ist, in die hier angestellten Überlegungen ein Stück Phantasie einzubringen, dann wäre der gesamte Ost-West-Verkehr auf der *via regia* aufzurollen. Die aus Schlesien über die Oberlausitzer Drehscheibe Görlitz ankommende Straße konnte sich bis an die Elbe auswirken. Dort löste sich der Verkehr aber in mehrere Flussübergänge zwischen Meißen und Belgern auf, von denen die Fuhrleute je nach Lage der Dinge verschiedene Möglichkeiten zur Weiterfahrt nach Westen nutzen mussten. Die Mulde wurde dabei an den festen Straßenbrücken in Grimma und Eilenburg überschritten, bis sich die geschlossene *via regia* wieder in Leipzig zusammenfand. Der an sich naheliegende Übergang über die Mulde bei Wurzen konnte wegen des Mangels an einer Brücke nicht in Anspruch genommen werden.

Autor

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke
Moritzburg

Mehr als die berühmtesten Pfarrkirchen der Welt

Das kirchliche Leipzig vor der Reformation

Enno Bünz

Durch Ereignisse der neueren Geschichte sind die Leipziger Kirchen St. Thomas und St. Nikolai zu den berühmtesten Pfarrkirchen der Welt geworden. An der Thomaskirche wirkte von 1723 bis 1750 als Kantor Johann Sebastian Bach, und die Nikolaikirche rückte als das geistliche Zentrum der Protestbewegung, die von Leipzig aus im Herbst 1989 das SED-Regime zum Einsturz brachte, in das Interesse der Weltöffentlichkeit. Aber die Geschichte beider Kirchen erschöpft sich nicht in diesen zweifellos bedeutenden Ereignissen. Die Thomaskirche konnte 2012 auf ihr achthundertjähriges Bestehen zurückblicken und hat das Jubiläum der Ersterwähnung der Kirche und der Gründung des Augustinerchorherrenstifts St. Thomas, womöglich sogar des Thomanerchors, gebührend gefeiert. Die Nikolaikirche hätte damals ohne Bedenken mitfeiern können, hat sich dann aber entschieden, erst 2015 das achthundertfünfzigjährige Bestehen der Kirche zu begehen, das sich zwar nicht durch ein eindeutiges Dokument belegen lässt, aber plausibel nachvollziehbar ist. Beide Kirchen haben durch ihre Jubiläen 2012 und 2015 demonstriert, dass sie im Mittelalter wurzeln, und sie haben damit deutlich gemacht, dass der Beschäftigung mit der Kirchengeschichte eine ökumenische Qualität innewohnt, denn nicht nur in Leipzig beruht das evangelische Kirchenwesen auf älteren Voraussetzungen, die in die Zeit einer „ungeheilten Christenheit“ (Walter Nigg) zurückreichen. Die spätgotischen Kirchenbauten von St. Thomas und St. Nikolai sind dafür schon äußerlich anschauliche Beispiele.

Aber wer sich etwas genauer im Leipziger Stadtbild auskennt, weiß, dass das ältere Kirchenwesen der Stadt vor allem im 20. Jahrhundert etliche weiße Flecken hinterlassen hat. Die Sprengung der Universitätskirche, der völlig intakten, im Kern spätgotischen Kirche des Dominikanerkonvents, im Mai 1968 war nur

der absolute Höhepunkt kultureller Barbarei gegenüber dem christlichen Erbe dieser Stadt unter den repressiven Bedingungen des sogenannten „Arbeiter- und Bauernstaats“ der SED. Völlig geschichtsvergessen hatte man aber schon im späten 19. Jahrhundert begonnen, den gewaltigen Komplex des einstigen Dominikanerklosters mit seinen Kreuzgängen, Bibliotheksbauten und anderen Gebäuden nach und nach zu beseitigen. 1886 fiel die Peterskirche, vermutlich die älteste, schon 1017 erwähnte Kirche Leipzigs, der Spitzhacke zum Opfer. Die Kriegszerstörungen Leipzigs, das seit 1943 mehrfach bombardiert worden war, boten einen zweckmäßigen Vorwand, um 1948 die Ruine der Matthäikirche, des vormaligen Franziskanerklosters, verschwinden zu lassen, und auch die Johanniskirche, die aus einer mittelalterlichen Hospitalkapelle vor den Mauern der Stadt hervorgegangen war, restlos zu beseitigen, deren Turm 1963 gesprengt wurde. Dieser achtlose Umgang mit historischer Bausubstanz hatte schon seine besonderen ideologischen Konnotationen, entsprach freilich auch der Geschichtsvergessenheit, mit der manche westdeutschen Großstädte von Hamburg bis Stuttgart ihrem historischen Erbe zu Leibe rückten.

Wenn im Jahre 2015 die Weihe der neuen Propsteikirche mit dem tausendjährigen Jubiläum der Ersterwähnung Leipzigs zusammenfällt, bietet dies doppelten Anlass, weit in die Vergangenheit dieser geschichtsträchtigen, manchmal aber auch geschichtsvergessenen Stadt zurückzublicken. 1000 Jahre Leipzig, das bedeutet auch 1000 Jahre Christentum und Kirche in Leipzig. Dabei muss man sich gegenwärtigen, dass in den Landschaften östlich von Elbe und Saale um das Jahr 1000 noch slawische Völkerschaften siedelten, die nicht christianisiert waren, sondern eigenen Stammesreligionen anhängen, aus christlicher Sicht also „Heiden“ waren. Dank der Chronik des

Erweiterte Fassung des Beitrags in: Glaube – Kirche – Stadt. Festschrift zur Kirchweihe der katholischen Propsteikirche Leipzig, Redaktion Stefan Blattner u. a., Leipzig 2015, S. 10-21.

Bischofs Thietmar von Merseburg (gest. 1018), eines der bedeutendsten Geschichtswerke dieser Zeit, wissen wir einiges über die religiösen Praktiken dieser Slawen. So berichtet Thietmar beispielsweise von einem heiligen Hain, den die im Leipziger Raum lebenden Sorben in Schkeitbar als Kultstätte verehrten und der dann von seinem Amtsvorgänger Bischof Wigbert von Merseburg (1004–1009) zerstört wurde, um dort eine Kirche zu errichten.

Da Politik und Kirche im Mittelalter eng, ja letztlich untrennbar miteinander verbunden waren, gingen auch Herrschaftsorganisation und Christianisierung Hand in Hand. Hier waren die Kaiser und Könige aus dem Haus der Ottonen (sie regierten 919 bis 1024) besonders gefordert, und sie strebten danach, die slawischen Völker zwischen Elbe, Saale und Oder ihrer Herrschaft zu unterwerfen und zum Christentum zu bekehren. Politisch diente diesem Zweck der Aufbau einer Herrschafts- und Verwaltungsorganisation, die auf sogenannten Burgwarden beruhte. Ein solcher Burgward war die „urbs Libzi“, mit deren Ersterwähnung in der Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg Leipzig 1015 in das Licht der Geschichte tritt. Ein Burgward bestand aus einer Befestigung (sie ist in Leipzig im Bereich des Matthäikirchhofs archäologisch nachgewiesen worden) sowie mehreren Ortschaften, von denen neben der Siedlung „Libzi“ selbst gewiss einige weitere Dörfer mit slawischen Namen in der Umgebung gehört haben.

Darüber hinaus muss am Zentralort des Burgwards auch schon im frühen 11. Jahrhundert eine Kirche bestanden haben, denn der unter Herrschaft der Ottonen stehende Burgward verfügte gewiss über eine deutsche, also christliche Besatzung, die auch kirchlich versorgt werden musste. Zwar schreibt der Chronist Thietmar von Merseburg im Zusammenhang mit dem Tod des Bischofs Eid in der „urbs Libzi“ 1015 nichts von einem Gotteshaus, doch erwähnt er an einer anderen Stelle seines Werkes, Kaiser Heinrich II. habe dem Bistum Merseburg 1017 mehrere Kirchen geschenkt, darunter in Leipzig und in Ölschwitz (heute Wüstung im Stadtgebiet von Leipzig bei der Siedlung Marienbrunn östlich von Connewitz). Die Kirche in Ölschwitz wird wohl zum Burgward Lößnig (südlich von Leipzig) gehört haben. Von ihr ist ebenso wenig wie von der ältesten Leipziger Kirche archäologisch irgendeine Spur nachweisbar.

Deshalb ist die Frage, wo die 1017 genannte Kirche in Leipzig zu lokalisieren ist, nur schwer zu beantworten. Einige Gründe sprechen dafür, dass es sich um die urkundlich erstmals 1213 genannte Peterskirche handelt, die damals als Kapelle kirchenorganisatorisch der Pfarrkirche St. Nikolai untergeordnet war. Da sowohl die Nikolai- als auch die Thomaskirche erst in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts gegründet wurden, ist es durchaus denkbar, dass damals die ursprünglichen kirchlichen Verhältnisse Leipzigs völlig verändert wurden und der Pfarrseelsorge vor Ort ursprünglich eine andere Kirche diente,



Alte Peterskirche, 1880

womöglich also die Peterskirche. Sie lag auf dem Eckgrundstück Petersstraße/Schillerstraße (heutige Musikschule, Petersstraße 43) neben dem Peterstor und wurde 1886 abgerissen, nachdem im Vorjahr die neugotische Peterskirche außerhalb der Altstadt am Schletterplatz vollendet wurde.

Für ein hohes Alter der Peterskirche spricht, dass in ihrer Nähe – im Bereich südöstlich vor der Stadtmauer – der Ort des markgräflichen Landgerichts lag. Dass eine mittelalterliche Gerichtsstätte zwar in der Nähe einer Siedlung, aber auf freiem Feld tagte, ist nicht ungewöhnlich. Ein weiteres Argument für das hohe Alter der Leipziger Peterskirche könnte ihr Apostelpatrozinium sein, das als Weihetitel von Burgwardkirchen der Ottonenzeit mehrfach vorkommt, u.a. in Rochlitz, Eilenburg und Püchau. Von daher wäre es durchaus plausibel, wenn auch die Kirche des Burgwards Leipzig, die älteste Kirche vor Ort, dem Apostelfürsten geweiht war. Da die Peterskirche 1507 durch einen Neubau ersetzt und dieser wiederum im 19. Jahrhundert abgerissen wurde, liegen aber keine archäologischen und baugeschichtlichen Befunde vor, die das mutmaßlich hohe Alter der Kirche sicher belegen könnten.

Kirchenorganisatorisch hat Leipzig zum 968 von König Otto I. gegründeten Bistum Merseburg gehört, das 981 zugunsten des Erzbistums Magdeburg aufgehoben, 1004 aber in kleineren Dimensionen wiederbegründet wurde. Inwiefern diese Veränderungen Leipzig überhaupt tangiert haben, lässt sich nicht feststellen, weil über die Geschichte Leipzigs vor 1015 nichts bekannt ist. Das Bistum Merseburg bildete bis zur Einführung der Reformation in Leipzig 1539 den Rahmen des kirchlichen Lebens. Wie alle mittelalterlichen Reichsbischöfe verfügten auch die Merseburger Diözesanoberen über Besitz und Herrschaftsrechte, die sie zu einem Territorium (Hochstift) ausbauten, und in diesem Zusammenhang waren sie bis ins 13. Jahrhundert auch bestrebt, das aufstrebende Leipzig ihrer Herrschaft unterzuordnen, doch vergebens. Leipzig unterstand im späten Mittelalter nur noch in geistlicher, nicht aber in weltlich-herrschaftlicher Hinsicht den Bischöfen von Merseburg. Nur selten sind deshalb im späten Mittelalter die Merseburger Bischöfe selbst nach Leipzig gekommen, beispielsweise um Kirchen- und Altarweihen zu vollziehen.

Im Laufe des 12. Jahrhunderts entwickelte sich Leipzig durch Förderung der Markgrafen von Meißen aus dem Haus der Wettiner zur Stadt. Die Anlage einer Stadterweiterung

unter Markgraf Otto dem Reichen und die Verleihung des Magdeburgisch-Hallischen Rechts an die Bürger von Leipzig zwischen 1156 und 1170 markieren eine wesentliche Etappe der Stadtwerdung. Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits die beiden Kirchen St. Thomas und St. Nikolai, wie archäologische und kunsthistorische Befunde beweisen. Erstmals erwähnt werden sie 1212/13, als Markgraf Dietrich von Meißen an der Thomaskirche eine Gemeinschaft der Augustinerchorherren gründete. Wie frühere Stiftsgründungen dieses Ordens auf dem Lauterberg bei Halle und in Wechselburg (Zschillen) zeigen, hatten die Wettiner eine besondere Neigung zur Chorherrenbewegung, die sich durch strenge Askese und Seelsorgetätigkeit auszeichnete. St. Thomas in Leipzig war seit 1212 Pfarr- und Stiftskirche unter einem Dach, wobei die Augustinerchorherren den Chor für ihre liturgischen Bedürfnisse nutzten, während das Langhaus der Pfarrgemeinde zur Verfügung stand. Neben den kirchlichen Aufgaben besaß das Chorherrenstift für die Stadt noch durch seine Schule eine große Bedeutung, die nachweislich 1254, wahrscheinlich aber schon früher Bürgersöhnen offenstand und erst 1512 durch Eröffnung der Nikolaischule eine städtische Konkurrenz erhielt.

Eine geistliche Gemeinschaft war für ihren Lebensunterhalt auf materielle Güter angewiesen. Vor allem Landbesitz, der bewirtschaftet oder verpachtet wurde, und Einkünfte in Form von Naturalien und Geld bildeten die wirtschaftliche Ausstattung von Klöstern und Stiften. 1213 hat Markgraf Dietrich eine umfangreiche Urkunde ausgestellt, mit der er den Augustinerchorherren mehrere Kirchen, Dörfer und Landbesitz geschenkt hat. Diese Urkunde ist ein Schlüsseldokument der Leipziger Stadtgeschichte, weil sie über die kirchlichen Verhältnisse am Anfang des 13. Jahrhunderts informiert. Der Markgraf übergab die beiden Pfarrkirchen St. Thomas und St. Nikolai an das Augustiner-Chorherrenstift. Genau betrachtet schenkt er nicht einfach diese Kirchen, sondern die mit ihnen – für den Unterhalt des Pfarrers – bestimmte Güterausstattung. Im Falle der Thomaskirche war dies das Dorf Pfaffendorf (es existiert heute nicht mehr, sondern ist als Wüstung im Leipziger Stadtgebiet aufgegangen, woran noch heute die Pfaffendorfer Straße erinnert), im Falle der Nikolaikirche das Dorf Baalsdorf und möglicherweise auch das Dorf Propstheida (der Namenszusatz von Heida verweist hier auf den Vorsteher des Thomasstifts als Besitzer). In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass

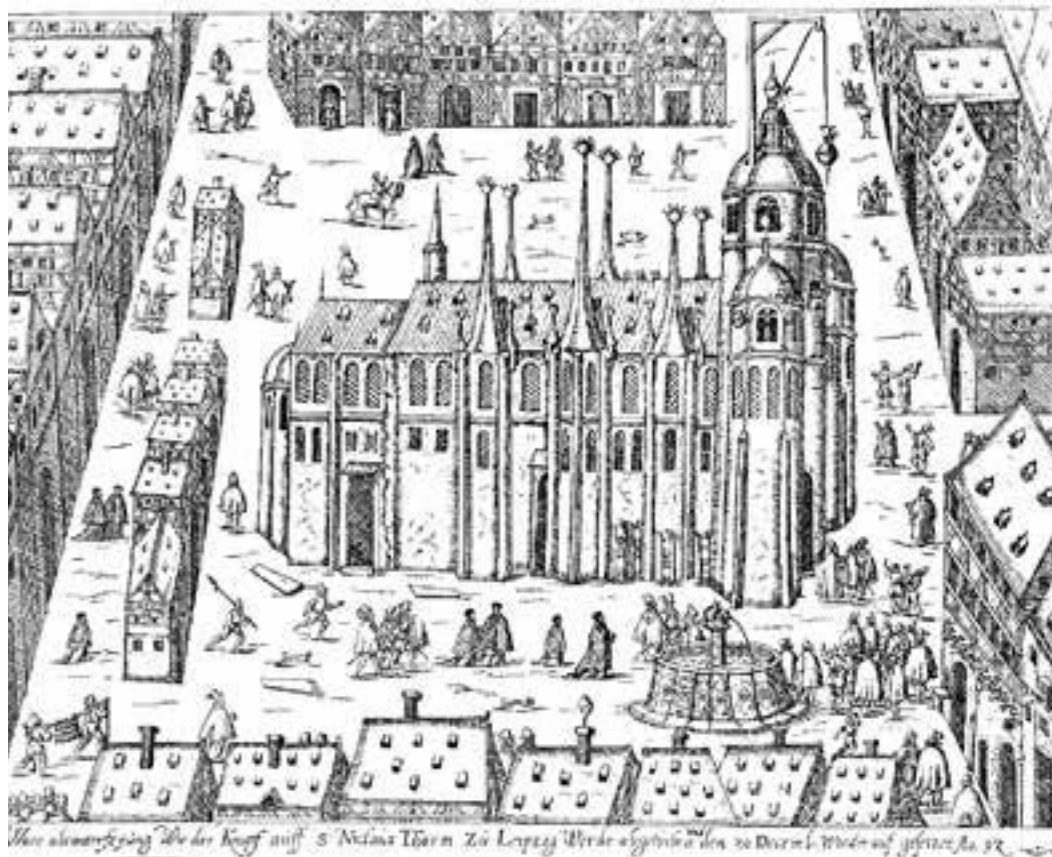


Ältestes Siegel der Stadt Leipzig an einer Urkunde von 1287

auch die Peterskapelle in Leipzig, die der Nikolaikirche unterstellt war, an das Thomasstift übergang. Dies mag erklären, warum die Nikolaikirche mit zwei Dörfern ausgestattet war, denn es könnte sein, dass eines dieser Dörfer – entweder Baalsdorf oder Propstheida – ursprünglich die Ausstattung der Peterskapelle war. Wenn St. Peter tatsächlich ursprünglich die älteste, 1017 ohne Weihetitel erwähnte Kirche Leipzigs war, dann müssen die kirchlichen Verhältnisse allerdings durch die Gründung der Pfarrkirchen St. Thomas und St. Nikolai völlig umgestaltet worden sein. Dafür wird gewiss der Einfluss des Markgrafen von Meißen als Stadtherr in Leipzig gesorgt haben. Die Tatsache, dass der Markgraf 1213 beide Kirchen an die Augustinerchorherren schenken konnte, verdeutlicht, dass es sich bei ihnen um markgräfliche Eigenkirchen handelte. Das sogenannte Eigenkirchenrecht beruhte seit Jahrhunderten auf dem Grundsatz, dass der Stifter einer Kirche, der diese erbaut und ausgestattet hatte, auch ihr Eigentümer war und über die Einsetzung des dort tätigen Geistlichen entschied. Der Amtskirche war dieses Eigenkirchenwesen, das mit umfassenden Verfügungsrechten von Laien über Kirchen verbunden war, seit langem ein Dorn im Auge, und deshalb entwi-

ckelten Kirchenrechtler (Kanonisten) seit dem 12. Jahrhundert als Alternative das Patronatsrecht, welches auf der einen Seite die Ansprüche der laikalen Kirchenstifter achtete, auf der anderen Seite aber gegenüber dem bisherigen Eigenkirchenrecht auch begrenzte.

Das Augustiner-Chorherrenstift St. Thomas war die erste geistliche Gemeinschaft, die in Leipzig gegründet wurde, und es ist auch die einzige, über deren Gründungsumstände die Quellen nähere Auskunft geben. Die Gründungsausstattung in der Stadt und im Umland stellte Markgraf Dietrich der Bedrängte zur Verfügung, doch haben die Augustiner-Chorherren im Laufe des späten Mittelalters weiteren umfangreichen Besitz in der Umgebung von Leipzig erhalten, vor allem im Südraum (Sommerfeld, Mölkau, Gorbitz, Connewitz), so dass die Augustiner-Chorherren schließlich zusammengenommen rund 200 Bauernstellen (Hufen) besaßen. Gering war hingegen der Grundbesitz des Stifts in der Stadt selbst. Die besondere Rechtsstellung der Kirchengüter, die frei von Steuern und anderen öffentlichen Lasten waren („privilegium immunitatis“), führte in den Städten nämlich frühzeitig dazu, dass Maßnahmen ergriffen wurden, um den Besitz der sogenannten „toten Hand“ einzuschränken. Bereits 1345 hat der Leipziger Rat



Nikolaikirche in Leipzig, 1592



Thomaskirche und Thomasschule zu Leipzig, 1749

eine Rechtssatzung (eine sog. Willkür) bezüglich der den Orden und geistlichen Personen in Folge letztwilliger Verfügung zufallenden städtischen Grundstücke erlassen; demnach mussten diese binnen Jahr und Tag wieder verkauft werden. Diese Vorschrift richtete sich vor allem gegen das Thomasstift, denn die Bettelorden haben aufgrund ihrer Verfassung und Lebensweise kaum Grundbesitz erworben.

Die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts brachte einen gewaltigen Ausbau des Kirchenwesens in Leipzig. Im Südwesten vor den Mauern der Stadt hatte sich bis 1230 der Benediktinerinnenkonvent der Nonnen von St. Georg angesiedelt. Diese Gemeinschaft religiöser Frauen hatte schon eine ganze Weile in Hohenlohe bei Lützen bestanden, suchte dann aber (aus unbekanntem Gründen) die schützende Nähe der markgräflichen Stadt Leipzig, ohne freilich ganz in ihr aufzugehen. Die Wahl des Klosterstandorts vor der Mauer war wohl bewusstes Programm. So lebten die Nonnen von St. Georg eher neben als mit der Stadt, waren eigentlich nie ein prägendes Element der Stadtgeschichte, obgleich manche Leipziger Bürgertöchter in den Konvent eintraten, Bürger auch Stiftungen für die Nonnen tätigten und sich im Klosterbereich beisetzen ließen. Das Kloster ist nach der Reformation nahezu spurlos aus dem Stadtbild verschwunden; nur die Nonnenmühlgasse, die auf die einstige Nonnenmühle am Pleißemühlgraben verweist, erinnert noch an die Existenz einer religiösen Frauengemeinschaft im mittelalterlichen Leipzig.

Ganz anders verhielt es sich mit den Bettelorden, die den Weg nach Leipzig fanden. Die

Dominikaner und die Franziskaner waren in den 1220er Jahren neue und radikale religiöse Gemeinschaften, die von ihren Gründern Dominikus (gest. 1221) und Franziskus (gest. 1226) geprägt waren und sich als Buß- und Predigerbewegung – dem Ideal radikaler Christennachfolge in Armut verpflichtet – rasant in ganz Europa ausbreiteten. Bereits Ende der 1220er Jahre waren diese Bettelorden auch in Mitteldeutschland präsent. Ihr eigentlicher Resonanzboden waren die Städte, doch sprachen die Bettelmönche in ihrer heilsversprechenden Radikalität nicht nur Bürger, sondern auch Adlige und Fürsten an. Die Dominikaner erhielten 1231 von dem Adligen Heinrich von Wahren einen Bauplatz in Leipzig zugewiesen, wozu der Markgraf als Stadtherr sein Einverständnis erteilte. Höchstwahrscheinlich waren die Predigermönche damals also schon eine Weile in Leipzig präsent, bevor sie sich nun mit einem Klosterbau fest etablierten. Die Paulinerkirche und die Konventsgebäude der Dominikaner lagen im Südosten der Innenstadt und erstreckten sich entlang der Stadtmauer. Im Laufe des späten Mittelalters entstand hier ein großer verwinkelter Komplex von Konvents- und Wirtschaftsbauten mit mehreren Kreuzgängen, der nach der Aufhebung des Klosters in Folge der Reformation 1543 von der Universität übernommen wurde. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts sind die mittelalterlichen Klostergebäude sukzessive abgerissen und durch Universitätsneubauten ersetzt worden. Im Chor der Kirche, die – wie schon bemerkt – 1968 gesprengt wurde, lag das wohl berühmteste Mitglied des Leipziger Dominikanerkonvents begraben, Johannes Tetzl (gest. 1519), dessen spektakuläre Tätigkeit als Ablassprediger Martin Luther 1517 ver-

anlasste, öffentlich mit 95 Thesen gegen diese Praktiken aufzutreten. Damit begann die Reformation...

Die Franziskaner sind höchstwahrscheinlich gleichzeitig mit den Dominikanern nach Leipzig gekommen, doch lässt sich ihr Kloster erst 1253 sicher nachweisen. Gleichwohl spricht manches dafür, dass die Barfüßermönche (die Barfüßergasse verdeutlicht heute noch ihre einstige Präsenz in der Stadt) bereits in den 30er Jahren des 13. Jahrhunderts nach Leipzig kamen. Kirche und Konventsgebäude wurden an der Stelle der einstigen landesherrlichen Burg errichtet, die auf den 1015 erwähnten Burgward Leipzig („urbs Libzi“) zurückgeht. Von daher ist auch hier mit markgräflicher Förderung dieser Klostergründung zu rechnen. Die Kirche der Franziskaner, die übrigens dem hl. Franziskus geweiht war, wurde 1488 bis 1492 neu errichtet, im Zuge der Aufhebung des Konvents nach Einführung der Reformation aber 1543 profaniert. Erst nach anderthalb Jahrhunderten wurde die einstige Klosterkirche als sogenannte „Neukirche“ wieder in Betrieb genommen und 1876 – nun in Matthäikirche umbenannt – zur eigenständigen Pfarrei erhoben. Die im Zweiten Weltkrieg zerbombte Matthäikirche wurde 1948 abgerissen, obwohl es sich im Kern noch um einen spätgotischen Kirchenbau handelte. Heute erinnert im Bereich des Matthäikirchhofs im Schatten der einstigen Stasizentrale nur noch ein unscheinbares Denkmal an die Existenz des einstigen Franziskanerklosters.

Im Gegensatz zu den Augustinerchorherren von St. Thomas und den Benediktinerinnen von St. Georg besaßen die Bettelordenskonvente kaum Grundbesitz, da sie von Almosen und Spenden lebten, die sie freilich nicht nur in der Stadt, sondern auch im Umland sammelten. Im späten Mittelalter verfügten beide Leipziger Konvente über sogenannte Terminierhäuser, die Franziskaner in Grimma und Delitzsch, die Dominikaner auch in Altenburg, Lützen, Gräfenhainichen, Torgau und weiteren Städten, von wo aus die Brüder predigend und bettelnd im Umland von Dorf zu Dorf zogen. Der große Erfolg und die schnelle Ausbreitung der Bettelorden wären ohne die Entfaltung des Städtewesens gar nicht möglich gewesen, aber in ihrer Wirksamkeit strahlten sie eben weit über die Stadtmauern ins Umland aus.

Die Gründung von vier geistlichen Gemeinschaften im Laufe der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts verdeutlicht die Bedeutung, die Leipzig nur zwei Generationen nach der Stadtgründung schon erlangt hatte. Die Stadt dürfte damals etwa 2.000 Einwohner gehabt haben und wird auch über eine nennenswerte Wirtschaftskraft durch Handel und Gewerbe verfügt haben. Ansonsten wäre schwer zu erklären, warum sich gleich zwei Bettelordenskonvente in der Stadt niederlassen konnten. Von den Städten der Mark Meißen hatte neben Leipzig nur die Bergstadt Freiberg ebenfalls zwei Niederlassungen der Mendikanten aufzuweisen. Die Bettelorden



Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig im 17. Jahrhundert.
Lithographie um 1850

bauten in den Städten ein „paraprochiales“ System auf; sie verfügten im Gegensatz zu den Pfarrkirchen zwar über keine Seelsorgebefugnisse, machten mit ihren theologisch fundierten Predigten und ihrem radikalen Lebensideal der Christusbefolgung aber als religiöse „Erntemacher“ der ordentlichen Pfarrseelsorge kräftig Konkurrenz. Zwar lassen sich für Leipzig im 13. und 14. Jahrhundert keine schwerwiegenden Konflikte belegen, wie sie beispielsweise in zahlreichen Bischofsstädten zwischen Pfarrklerus und Bettelorden ausgetragen wurden, doch mag das auch ein Überlieferungsproblem sein; denn aus dem quellenreicheren 15. Jahrhundert sind entsprechende Streitigkeiten durchaus belegt. Vor allem war den Bettelorden daran gelegen, dass Bürger zu ihren Gunsten Testamente errichteten und sich bei ihnen begraben ließen. Die Mendikanten konnten sich darauf berufen, dass die Gläubigen zwar seit einer allgemeinkirchlichen Regelung Papst Bonifaz' VIII. ihren Begräbnisort frei wählen durften, dabei freilich eine Ausgleichszahlung an den zuständigen Pfarrer fällig wurde, weil das Begräbnisrecht grundsätzlich mit der Pfarrkirche verbunden war. Einnahmen gingen den Pfarrern auch dadurch verloren, dass die Gläubigen anstelle der Pfarrgottesdienste in St. Thomas und St. Nikolai die Predigtgottesdienste der Dominikaner und Franziskaner besuchten und dort ihr Geldopfer darbrachten.

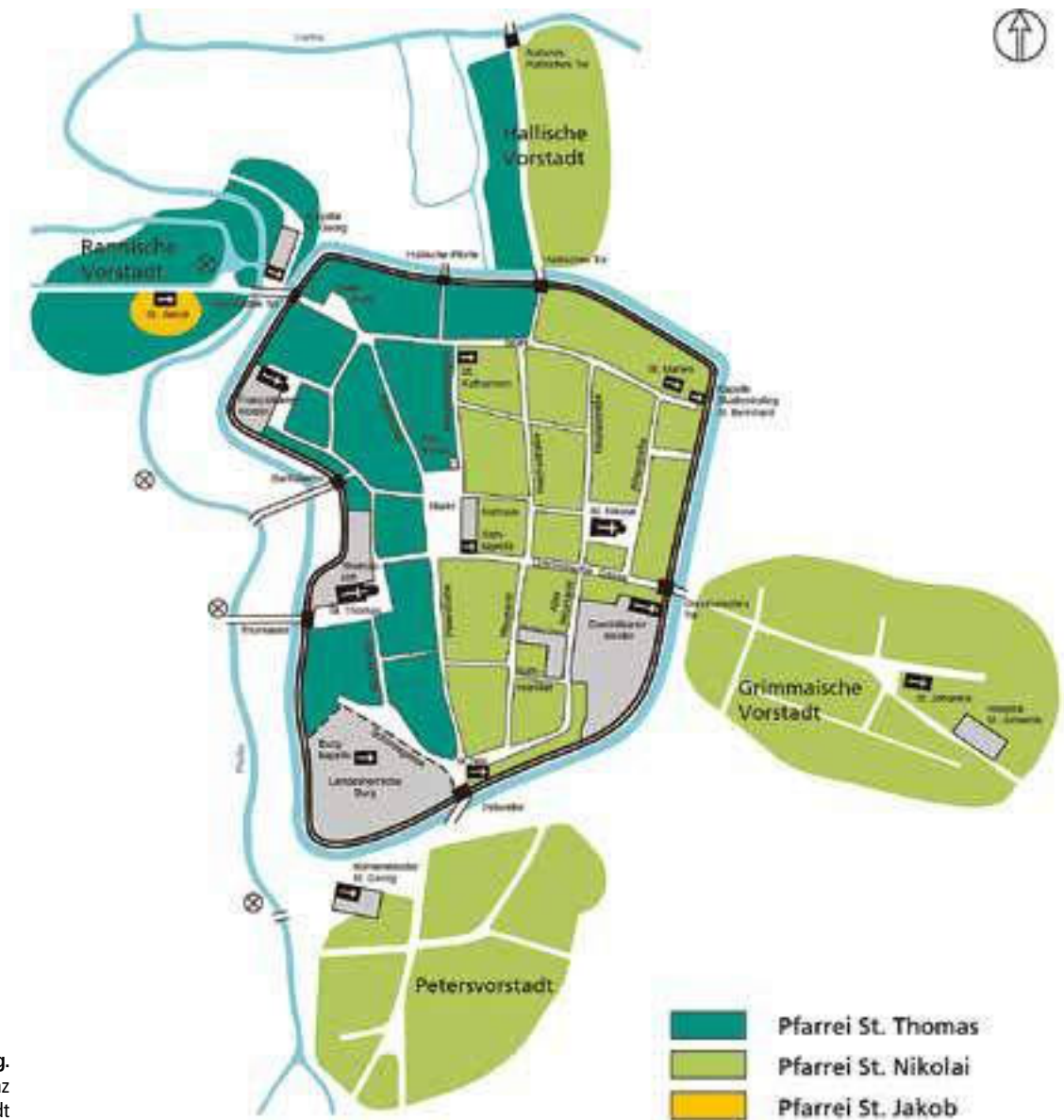
Sieht man einmal von der kleinen Pfarrkirche St. Jakob vor den Mauern ab, die 1226 erstmals genannt wird und mit ihrem winzigen Pfarrsprengel dem Naundörfchen benachbart lag (die Kirche wurde schon 1544 abgerissen, doch erinnert der Straßename Naundörfchen zwischen Ranstädter Steinweg und Lessingstraße an die ungefähre Lage), dann waren für die ordentliche Pfarrseelsorge in der Stadt die Thomas- und die Nikolaikirche zuständig. Die Thomasparochie umfasste den westlichen, die Nikolausparochie den östlichen Teil der Innenstadt; die Pfarrgrenze verlief vom Peterstor die Petersstraße entlang quer über den Marktplatz zur Katharinenstraße, dann auf dem Brühl in östlicher Richtung, um schließlich der Straße Am Hallischen Tor bis zum dortigen Stadttor zu folgen. Auch ein Teil des städtischen Umlandes gehörte zu diesen beiden Pfarrkirchen. Aus dem Jahr 1534 ist überliefert, dass an Ostern in St. Nikolai 3.120 Gläubige kommunizierten, in St. Thomas mehr als 3.600 und in der Jakobsparochie 250. Allerdings kamen im Pfarrsprengel der Nikolaikirche, in dem Kol-



legienhäuser der 1409 gegründeten Universität und die meisten Studentenbursen lagen, noch zahlreiche Studenten hinzu. Beide Pfarreien waren auch für die städtischen Verhältnisse des späten Mittelalters recht groß.

Die Gläubigen waren nach dem Wohnortprinzip einem Pfarrsprengel zugeordnet (sogenannter „Pfarrzwang“, der grundsätzlich auch heute noch gilt), so dass klar war, in welcher Kirche sie an Sonn- und Feiertagen den Pflichtgottesdienst besuchen, ihr Opfer darbringen und um die Sakramente nachsuchen mussten. Das IV. Laterankonzil von 1215 hatte es den Christen zur Auflage gemacht, mindestens einmal im Jahr die Pflichtbeichte in der für sie zuständigen Pfarrei abzulegen und dort auch die Pflichtkommunion zu empfangen. Anders als heute besuchten die mittelalterlichen Gläubigen zwar häufig die Messe, kommunizierten aber nur selten, was mit der extremen Sakralisierung der Eucharistiefeste zusammenhing. Über die alltägliche Praxis der Pfarrseelsorge ist nur wenig bekannt. Dadurch, dass die Thomas- und die Nikolaikirche dem Thomasstift inkorporiert waren, amtierten als Pfarrer keine Weltgeistlichen, sondern der Stiftspropst übte die Pfarrseelsorge in St. Thomas zumeist selbst aus und beauftragte für die Nikolaikirche einen Mitbruder seines Konvents mit dieser Aufgabe. Ihre Namen

**Franziskanerkirche (Neukirche)
in Leipzig, seit 1876
Matthäikirche genannt**



Pfarrsprengel in Leipzig.
 Autor: Enno Bünz
 Karte: Olaf Behrenfeldt

erscheinen vor dem 15. Jahrhundert aber nur selten in den Quellen. Noch seltener ist von den Unterpfarrern die Rede, die als Weltpriester an beiden Pfarrkirchen tätig waren, um die Augustiner-Chorherren in ihren Seelsorgeaufgaben zu entlasten, was in beiden Pfarrsprengeln mit mehreren Tausend Gläubigen zweifellos nötig war. Anlässlich des Umbaus der Nikolaikirche zur Hallenkirche 1513 wurde der Grundstein mit einer ausführlichen Inschrift versehen, die über das zahlreiche geistliche Personal Auskunft gibt, das damals an der Kirche tätig war. Genannt werden der Pfarrer Ulrich Pfister, der dem Thomasstift angehörte und zugleich Professor der Theologie an der Leipziger Universität war, der Unterpfarrer Johannes von Scheßlitz, der zugleich die Predigerstelle an

St. Nikolai innehatte, zwei weitere Geistliche, welche die Frühmesse hielten, zwei Choralisten und ein Kaplan. Auch der Küster und der Glöckner, die natürlich Laien waren, werden anlässlich der Grundsteinlegung erwähnt. Darüber hinaus gab es einen weiteren Kreis von Geistlichen an beiden Pfarrkirchen, nämlich die Messpriester, auch als Vikare oder Altaristen bezeichnet, die an einem der zahlreichen von Klerikern, Laien und Bruderschaften gestifteten Nebenaltäre Messen lasen und dafür ein Benefizium (Pfründe) innehatten. In St. Thomas gab es nach einem Verzeichnis von 1526 mindestens 16 Nebenaltäre in der Kirche und den Stiftsgebäuden (Kreuzgang und Kapellen), und in der Nikolaikirche ist ebenfalls mindestens von dieser Größenordnung auszugehen. Nicht nur die

zahlreichen als Flügelaltäre gestalteten Retabel, die auf diesen Seitenaltären standen, prägten den Kirchenraum, sondern auch die zahlreichen Priester, die damit betraut waren, dort an mehreren Wochentagen die gestifteten Messen zu lesen. Wie gründlich schon bald nach Einführung der Reformation aufgeräumt wurde (die Nebenaltäre wurden laut David Peifer gleich nach Einführung der Reformation abgebrochen), ist daran ablesbar, dass sich aus der Nikolaikirche nur Teile eines einzigen spätgotischen Altarretabels erhalten haben, die in die Zeit um 1520 gehören. Es handelt sich um mehrere Schnitzreliefs mit Darstellung des Lebens und Leidens Christi, die 1605 aus der Nikolaikirche an die Johanniskirche abgegeben und dort in einen barocken Hochaltar integriert wurden. Nach einer Restaurierung in den Jahren 1978 – 1981 wurden die Tafeln neu zusammengefügt und befinden sich seit 1993 wieder in der Nikolaikirche.

Im Laufe des späten Mittelalters wurden in der Stadt mehrere Kapellen gegründet, die keine Seelsorgebefugnisse hatten, sondern in

denen Priester bepfündet waren, die regelmäßig Messen lasen, die dem Seelenheil der Stifter und der Vermehrung des Lobes Gottes dienten. Am östlichen Ende des Brühl bestand eine Marienkapelle, die erstmals 1262 erwähnt wird und wohl auf eine adlige Stiftung zurückging. Eine private Stiftung war auch die St. Katharinen-Kapelle, die an der Ecke Katharinenstraße/Brühl lag und seit 1240 belegt ist. Auch an die ältere Peterskapelle, die schon erwähnt wurde, sei in diesem Zusammenhang erinnert. Im landesherrlichen Schloss bestand spätestens seit dem 14. Jahrhundert eine Kapelle. Da der Propst des Thomasstifts in Folge der Schenkung der beiden Pfarrkirchen St. Thomas und St. Nikolai 1212/13 für die gesamte Seelsorge in der Stadt zuständig war, wachte er geradezu penibel darüber, dass seine Befugnisse nicht beeinträchtigt wurden. So war es schwierig, neue Kirchen zu gründen. Wie in vielen anderen Städten wünschte auch der Leipziger Rat, im Rathaus eine eigene Kapelle zu haben, um dort die Messe hören zu können, doch gelang es dem Propst von St. Thomas



Nikolaikirche, Zustand 1547, Ausschnitt aus einem Holzschnitt, der die Belagerung Leipzigs im Schmalkaldischen Krieg zeigt



jahrzehntelang, die Einrichtung dieser Ratskapelle zu verhindern. Erst nachdem sich der Stadtrat an der Römischen Kurie von Papst Bonifaz IX. 1391 die Genehmigung geholt hatte, konnte die Marienkapelle im Rathaus geweiht werden. Schwierigkeiten machte der Propst des Thomasstifts auch, als die Kapelle des St. Bernhardskollegs, einer Studieneinrichtung der Zisterziensermönche an der Universität Leipzig, öffentlich zugänglich gemacht werden sollte, was aber 1494 verhindert wurde. Dort durfte weder eine Glocke angebracht werden (die die Gläubigen zum Gottesdienstbesuch rief), noch ein Opferstock aufgestellt werden (in denen Geldspenden geworfen wurden).

Der Aufsicht des Thomasstifts entzogen waren allerdings die beiden Hospitalkapellen vor der Stadt. Bereits bei der Gründung des Augustiner-Chorherrenstifts St. Thomas 1212

wird erwähnt, dass mit dieser Gemeinschaft auch ein Hospital eingerichtet worden war, das in späteren Quellen als das Hospital St. Georg erwähnt wird. Es lag unmittelbar vor dem Ranstädter Tor, nördlich des heutigen Tröndlinrings ungefähr im Gebiet des Naturkundemuseums (frühere 2. Bürgerschule). Bis 1439 unterstand das Hospital der Verwaltung des Thomasstiftes, dann aber wurde es vom Leipziger Rat übernommen, welcher die Einrichtung erheblich ausbaute und wohl auch dafür sorgte, dass Leipziger Bürger hierfür vermehrt stifteten. Das Hospital war natürlich mit einer Kapelle ausgestattet, an der im 15. Jahrhundert ein Kaplan und mehrere Altaristen Dienst taten. Das Georgenhospital wurde nach der neuerlichen Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg (1631) aufgegeben. In dessen Tradition steht das an anderer Stelle errichtete städtische Klinikum St.



Älteste bekannte Stadtansicht Leipzigs, aus den Reisebildern des Pfalzgrafen Ottheinrich, 1536/37

Georg. Das zweite Leipziger Hospital entwickelte sich östlich vor dem Grimmaischen Tor Ende des 13. Jahrhunderts aus einer Gemeinschaft von Leprakranken, die gezwungen waren, außerhalb der Stadt zu leben und dort, an einer der Hauptausfallstraßen, milde Gaben erbettelten. So entstand seit 1278 das Leprosenhospital, das mit der Kapelle St. Johannis (dem Täufer geweiht) verbunden war, die 1305 erstmals erwähnt wird. Das Johannishospital wurde im Laufe des späten Mittelalters zu einer Fürsorgeeinrichtung für die verschiedensten Bedürftigen, doch gab es dort selbst noch im 16. Jahrhundert Leprakranke, für die 1536 eine gesonderte Kapelle errichtet wurde. Das war deshalb notwendig geworden, weil die eigentliche Johanniskapelle mittlerweile nicht mehr allein dem Hospital diente, sondern eine gesamtstädtische Bedeutung erlangt hat-

te. Davon zeugen die Reste des Alten Johannisfriedhofs.

Teil des Pfarrrechts waren die Friedhöfe bei der Thomaskirche und um St. Nikolai, die aber aufgrund der topographischen Situation nicht erweitert werden konnten, obwohl die Stadtbevölkerung immer weiter anwuchs (um 1500 hatte Leipzig ca. 8000 Einwohner) und mehrfach auch Seuchenzüge die Sterblichkeit in die Höhe schnellen ließen. Bereits 1475 hatte der Stadtrat den Friedhof beim Johannishospital erweitert und angeordnet, dass die Verstorbenen aus den Vorstädten und den Dörfern, die zur Thomas- und Nikolausparochie gehörten, künftig dort begraben wurden. 1536 entschied der Stadt- und Landesherr Herzog Georg von Sachsen, die Friedhöfe bei den städtischen Pfarrkirchen ganz aufzugeben und alle Verstorbenen nur noch auf dem Friedhof von St. Johannis



Lucas Cranach d. Ä., Herzog Georg von Sachsen, vermutlich 1534

© Museum der bildenden Künste Leipzig

beizusetzen. Die Aufgabe der Kirhhöfe wurde zwar von manchen als Traditionsbruch empfunden, doch waren sie nicht mehr erweiterungsfähig und überbelegt. So wurden seit 1536 die verstorbenen Leipziger, begleitet vom Gesang der Chorschüler von St. Thomas, durch das Grimmaische Tor zum Johannisfriedhof geleitet und dort beigesetzt. Erst 1876 wurde diese Tradition abgestellt, die weit ins Mittelalter zurückreichte, und 1883 wurde der Alte Johannisfriedhof als Begräbnisplatz geschlossen.

Mit der Vielzahl von Klöstern, Kirchen und Kapellen in Leipzig korrespondierte ein vielgestaltiges religiöses Leben. Dass die meisten Leipziger Kirchen und Klöster im 15. und frühen 16. Jahrhundert neu erbaut oder erweitert, aber auch prachtvoll ausgestattet wurden, war nicht zuletzt der Spendenfreudigkeit der Gläubigen zu verdanken, die wiederum eine Folge der wirtschaftlichen Prosperität Leipzigs seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war. Die Laien gestalteten das kirchliche Leben auch dadurch mit, dass sie als Kirchenpfleger (auch Altermänner genannt) das Bauvermögen der Kirchen verwalteten, welches nicht nur dem Unterhalt der Gotteshäuser, sondern auch dem laufenden Betrieb (Beleuchtung und Ausstattung) diente. Laien finanzierten aber auch Stiftungen, damit mehr Messen gelesen und das Lob Gottes und seiner Heiligen durch liturgische Feiern wie das abendliche Absingen des „Salve regina“ vermehrt wurde. In den Pfarr- und Klosterkirchen waren zahlreiche Bruderschaften angebunden, in denen sich in besonderer Weise die Verschränkung von Kirche und Welt manifestierte, beispielsweise durch Handwerkszünfte (Innungen), die eigene Altäre unterhielten und gemeinsame Gottesdienste feierten. Geistliche Spiele und Prozessionen dienten nicht nur der anschaulichen Vergewärtigung des Heilsgeschehens (und damit auch der religiösen Unterweisung), sondern bei den großen Umzügen wie an Fronleichnam manifestierte sich in der geordneten Abfolge von Klerus und Laien, Ratsherren und Zünften, Universität und anderen Korporationen als Prozession auch die soziale Ordnung der Stadt. Gewiss gab es Tendenzen der Veräußerlichung des kirchlichen Lebens, wie sie etwa an der Quantifizierung des Ablasswesens ablesbar ist, aber es gab auch den Gegentrend einer verinnerlichten, auf Christus zentrierten Frömmigkeitstheologie vor der Reformation.

Von der älteren Forschung ist immer wieder versucht worden, den Ausbruch der Refor-

mation als Folge kirchlicher Missstände des späten Mittelalters zu erklären. Ungebildete und moralisch verkommene Geistliche gehören ebenso zu diesem Bild wie Laien, die eine veräußerlichte Frömmigkeit praktizieren, wahllos fragwürdige Heilige verehren und unermessliche Ablässe erwerben. Die Bibel, so kann dieses plakative Bild weiter ausgefüllt werden, war den Gläubigen unbekannt, wurde ihnen in angeblich lateinischen(!) Predigten auch nicht erklärt, und in der Kirche hatten sie ohnehin keine Möglichkeiten mitzuwirken. Dass dies alles ein Zerrbild ist, das mit dem tatsächlichen kirchlichen Leben vor der Reformation nur wenig zu tun hat, muss nicht eigens betont werden. Dem „finsternen Mittelalter“ wurde so plakativ das „Morgenrot der Reformation“ gegenübergestellt. Erst die Einführung der Reformation in Leipzig 1539, so der Kirchenhistoriker Georg Buchwald, habe „dem Evangelium zum Siege verholfen“.

Wenn Sachsen als das „Mutterland der Reformation“ bezeichnet wird, so trifft dies nur bedingt zu, denn dies gilt für das Kurfürstentum Sachsen unter Friedrich dem Weisen (1486–1525) und Johann dem Beständigen (1525–1532), nicht aber für das Herzogtum Sachsen, in dem Herzog Georg der Bärtige (1488–1539) bis zu seinem Tod das Eindringen der Reformation erfolgreich aufhalten konnte. So blieb auch die herzogliche Residenz-, Messe- und Universitätsstadt Leipzig ein Hort der Altgläubigen, obschon es hier seit 1524 wiederholt dazu kam, dass sich Bürger den reformatorischen Neigungen Martin Luthers zuwandten und evangelische Prediger für die Stadt forderten. Aus späterer Sicht mag die Einführung der Reformation folgerichtig erscheinen, zumal sie in den 1520er und 1530er Jahren in den meisten Territorien und Städten des deutschsprachigen Raumes erfolgreich durchgesetzt wurde, aber man darf nicht übersehen, dass das Herzogtum Sachsen unter Herzog Georg keineswegs das einzige Territorium im Reich war, das sich der lutherischen Reformation verweigerte. Die Quellen erlauben es nicht, den Grad religiöser Innerlichkeit und Überzeugung zu messen, aber es erscheint doch wenig plausibel, dass die Mehrzahl der Leipziger nur aufgrund landesherrlicher Repression bis 1539 eine altgläubige Fassade gewahrt hat, um dann mit fliegenden Fahnen lutherisch zu werden.

Nach dem Tod Herzog Georgs hat sein Bruder und Nachfolger Herzog Heinrich der Fromme (1539–1541) zügig die Reformation

in seinem Fürstentum eingeführt. Die Einführung einer neuen Gottesdienstordnung (Heinrichsagenda), die Visitation der Kirchen und Klöster 1539/40 und die Einführung neuer kirchlicher Strukturen (Superintendenten) schufen dafür die Voraussetzungen. In den Kirchen ist der religiöse Wandel rein äußerlich an der Beseitigung der Seiten- bzw. Nebenaltäre ablesbar, die aus reformatorischer Sicht bloß sogenannten „Winkelmessen“ dienten, nämlich Seelmessen, die von Altaristen zum Seelenheil von Stiftern ohne Gemeinde gelesen wurden. In den Leipziger Kirchen wurden die Nebenaltäre schon 1540 beseitigt. Auch sonst wird manches an alten Bildwerken, die der Andacht und religiösen Erbauung dienten, aus den Kirchen verschwunden sein, ohne dass freilich ein Bildersturm oder eine systematische Beseitigung („Abtueung“) der Bilder durchgeführt wurde. So blieben vor allem in der Nikolai-kirche etliche Bilder aus vorreformatorischer Zeit erhalten, die jetzt im Stadtgeschichtlichen Museum und im Museum der bildenden Künste zu Leipzig verwahrt werden. Die zahlreichen Kapellen, die nicht mit Seelsorgeaufgaben verbunden waren, verschwanden durch Abbruch entweder ganz aus dem Stadtbild oder wurden profaniert, wie die Peterskapelle. Die Jakobsparochie vor den Mauern wurde 1543 aufgegeben, zur Thomasparochie geschlagen und die Kirche im folgenden Jahr abgebrochen. Auch die Leipziger Klöster verloren mit Einführung der Reformation ihre Funktion und wurden aufgehoben. Die Vorsteher, Mönche und Nonnen mussten ihren Habit ablegen und erhielten eine finanzielle Abfindung. Das Thomasstift, das Georgenkloster und der Franziskanerkonvent fielen mit ihren Gebäuden und ihrem Besitz an die Stadt Leipzig. Da die Pfarreien St. Thomas und St. Nikolai bis dahin dem Thomasstift inkorporiert waren und das Kirchenpatronat (Besetzungsrecht) nun an den Stadtrat gelangte, mussten die beiden Kirchen zur Finanzierung der Pfarrer wieder ausgestattet werden. Die Thomaskirche blieb als Pfarrkirche erhalten, während die Klostergebäude nach 1543 restlos abgerissen wurden. Ebenso verfuhr man mit den Gebäuden des Franziskanerklosters sowie mit dem Georgenkloster, das vor den Mauern lag und dem Ausbau der landesherrlichen Burg zur Renaissancefestung („Pleißenburg“) im Weg war und deshalb weichen musste. Lediglich das Dominikanerkloster mit der Paulinerkirche blieb weitgehend intakt erhalten, nachdem Herzog Moritz

1543 entschieden hatte, dieses Kloster nicht der Stadt, sondern der Universität zu übergeben. So wurde aus der Paulinerkirche der Dominikaner die Universitätskirche, die nach der Reformation vor allem von der Theologischen Fakultät genutzt wurde und Leipziger Professoren und Bürgern als Grablege diente. Die Bibliotheksbestände der Leipziger Klöster kamen, soweit sie als wertvoll oder nützlich erachtet wurden, an die Universitätsbibliothek.

Auf der einen Seite wurde Kirchenwesen der Stadt Leipzig in Folge der Reformation radikal vereinfacht und das Stadtbild, das von vielen Kirchenbauten geprägt war, weitgehend entsakralisiert, auf der anderen Seite blieben die beiden Stadtpfarrkirchen St. Thomas und St. Nikolai erhalten und waren bis weit ins 19. Jahrhundert alleine für die Seelsorge der Innenstadtbevölkerung zuständig. Die Pfarrei erweist sich damit auch in Leipzig als das bedeutendste Kontinuitätselement zwischen vor- und nachreformatorischer Kirche. Die albertinischen Herzöge von Sachsen, die in Folge des Schmalkaldischen Krieges 1547 die sächsische Kurwürde erhielten, wurden zur bedeutendsten Schutzmacht des Protestantismus im Reich. Nach der Herausbildung der lutherischen und der katholischen Konfession, die durch den Augsburger Religionsfrieden von 1555 reichsrechtlich abgesichert wurden, war in Kursachsen an ein Mit- oder Nebeneinander der Konfessionen nicht zu denken. Während sich in manchen Reichsstädten die Bikonfessionalität einspielte, zum Teil sogar, indem Gotteshäuser als Simultankirchen von beiden Konfessionen genutzt wurden, blieb dies für Kursachsen undenkbar, auch nach der Übernahme der zweikonfessionellen Oberlausitz durch den Kurfürsten 1635. Selbstverständlich haben sich in Leipzig in der Frühen Neuzeit vor allem anlässlich der Handelsmessen immer wieder auch Katholiken in Leipzig aufgehalten, aber es war ihnen verboten, sich hier niederzulassen oder auch nur ihren Glauben zu praktizieren. Auch die Konversion Kurfürst Augusts des Starken zum Katholizismus 1697 hat daran nichts ändern können. Erst 1708 konnte in Dresden eine Hofkirche für die Abhaltung katholischer Gottesdienste geschaffen werden, und 1710 ordnete der Kurfürst an, dafür auch auf der Leipziger Pleißenburg eine Kapelle einzurichten, in der am Pfingstfest – 171 Jahre nach Einführung der Reformation in Leipzig Pfingsten 1539 – wieder eine katholische Messe gefeiert wurde.

Weiterführende Quellen- und Literaturhinweise:

- 800 Jahre Thomana. Glauben – Singen – Lernen. Festschrift zum Jubiläum von Thomaskirche, Thomaschor und Thomasschule, hrsg. von Stefan Altner und Martin Petzoldt, Wettin-Löbejün 2012
- Ade Welt, ich bin nun daraus. Memoriale Inschriften auf Grabsteinen und Epitaphien der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig, hg. und eingeleitet von Rudolf Hiller von Gaertingen (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe A, 7), Leipzig 2011
- Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, hg. von Felician Gess, Band 1 (1517-1524), Band 2 (1525-1527) (Schriften der Sächsischen Kommission für Geschichte 10, 22), Leipzig 1904, 1917 (Nachdruck Leipzig 1985)
- Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, hrsg. von Heiko Jadatz und Christian Winter, Band 3: 1528-1534, Band 4: 1535–1539, Köln u.a. 2010-2012
- Alltag und Frömmigkeit am Vorabend der Reformation in Mitteldeutschland. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung „Umsonst ist der Tod“, hrsg. von Enno Bünz und Hartmut Kühne (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde), Leipzig 2015
- Buchwald, Georg: Reformationsgeschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1900
- Bünz, Enno: Die Augustiner-Chorherren in Leipzig (1212–1373) – Ein Politikum?, in: 800 Jahre St. Thomas zu Leipzig. Ein Gang durch die Geschichte, hrsg. von Doreen Zerbe, Leipzig 2013, S. 12-38
- Bünz, Enno: Die Frühgeschichte der Stadt Leipzig. Von der „urbs Libzi“ zur „civitas Lipz“ (10.–13. Jahrhundert), in: Die Frühgeschichte Freibergs im überregionalem Vergleich. Städtische Frühgeschichte – Bergbau – früher Hausbau. Im Auftrag des Freiburger Altertumsvereins hrsg. von Yves Hoffmann und Uwe Richter, Halle/Saale 2013, S. 41-63
- Bünz, Enno: Gründung und Entfaltung: Die spätmittelalterliche Universität Leipzig 1409-1539, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Band 1: Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409-1830/31, hrsg. von Enno Bünz, Manfred Rudersdorf und Detlef Döring, Leipzig 2009, S. 17-325
- Bünz, Enno: Kirchliches Leben und Laienfrömmigkeit im spätmittelalterlichen Leipzig, in: Das religiöse Leipzig. Stadt und Glauben vom Mittelalter bis zur Gegenwart, hrsg. von Enno Bünz und Armin Kohnle (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 6), Leipzig 2013, S. 27-61
- Bünz, Enno: Kloster Altzelle und das Bernhardskolleg in Leipzig, in: Die Zisterzienser und ihre Bibliotheken. Buchbesitz und Schriftgebrauch des Klosters Altzelle im europäischen Vergleich, hrsg. von Tom Graber und Martina Schattkowsky (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 28), Leipzig 2008, S. 247-288
- Bünz, Enno: Leipzig oder Wittenberg? Bildung und Konfession im Herzogtum Sachsen 1517-1539, in: Perspektiven der Reformationsforschung in Sachsen. Beiträge des Ehrenkolloquiums zum 80. Geburtstag von Karlheinz Blaschke, hg. von Winfried Müller (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 12), Dresden 2008, S. 83-94
- Bünz, Enno: Die Leipziger Ratskapelle im späten Mittelalter, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins. Jahrbuch 2007, S. 17-61
- Bünz, Enno: Die Leipziger Stadtpfarrkirchen. Anfänge – Ausbau – Ausstattung, in: Die Stadtpfarrkirchen Sachsens im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, hg. von Ulrike Siewert (Bausteine aus dem Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde 25), Dresden 2013, S. 23-70
- Bünz, Enno: Die mitteldeutsche Bildungslandschaft am Ausgang des Mittelalters, in: Die sächsischen Fürsten- und Landesschulen. Interaktion von lutherisch-humanistischem Erziehungsideal und Eliten-Bildung, hrsg. von Jonas Flöter und Günther Wartenberg (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 9), Leipzig 2004, S. 39-71
- Bünz, Enno: Die Nikolaikirche im Mittelalter, in: St. Nikolai zu Leipzig. 850 Jahre Kirche in der Stadt, hg. von Armin Kohnle, Petersberg 2015, S. 18-63
- Bünz, Enno: Sakraltopographie der Stadt und kirchliches Leben, in: 1015. Leipzig von Anfang an. Begleitband zur Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig 20. Mai - 25. Oktober 2015, hg. von Volker Rodekamp und Regina Smolnik, Leipzig 2015, S. 108-110
- Bünz, Enno: Schola Thomana – die älteste Schule Sachsens? Zu den Anfängen des Schulwesens im mittelalterlichen Leipzig, in: Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte, hrsg. von Detlef Döring und Jonas Flöter (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 2), Leipzig 2011, S. 63-82

Bünz, Enno: Schulen im Umfeld der spätmittelalterlichen Universität Leipzig, in: Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften. Essays, hrsg. von Detlef Döring und Cecilie Hollberg unter Mitarbeit von Tobias U. Müller, Dresden 2009, S. 16-23

Bünz, Enno: Stadt und Kirche, in: Geschichte der Stadt Leipzig, Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation (1015–1539), hg. von Enno Bünz, Leipzig 2015 (im Druck)

Bünz, Enno: Territorium – Stadt – Universität. Das Umfeld der Leipziger Disputation 1519, in: Die Leipziger Disputation 1519. 1. Leipziger Arbeitsgespräch zur Reformation, hrsg. von Markus Hein und Armin Kohnle (Herbergen der Christenheit. Sonderband 18), Leipzig 2011, S. 55-72

Bünz, Enno: Art. „Tetzel, Johannes“, in: Neue Deutsche Biographie, Band 26, Berlin 2015 (im Druck)

Bünz, Enno: Zwei Grundsteinplatten aus der Nikolaikirche [Leipzig 1513], in: Leipzig original. Stadtgeschichte vom Mittelalter bis zur Völker-schlacht. Katalog zur Dauerausstellung des Stadt-geschichtlichen Museums Leipzig im Alten Rat-haus, Teil 1, hg. von Volker Rodekamp, Alten-burg 2006, S. 67 f.

Bünz, Enno/Kühne, Hartmut: Frömmigkeit um 1500 – einführende Überlegungen zur Ausstel-lung, in: Alltag und Frömmigkeit am Vorabend der Reformation in Mitteldeutschland. Katalog zur Ausstellung „Umsonst ist der Tod“, hrsg. von Hartmut Kühne, Enno Bünz und Thomas T. Müller, Petersberg 2013, S. 14-27

Bünz, Enno/Wejwoda, Marek/Magirius, Hein- rich/Scheidemantel, Dirk/Mackert, Christoph: Leipzig, St. Thomas, Augustiner-Chorherren (CanReg), in: Sächsisches Klosterbuch. Die mit- telalterlichen Klöster, Stifte und Kommenden im Gebiet des Freistaates Sachsen, hg. von Enno Bünz in Zusammenarbeit mit Sabine Zinsmeyer und Dirk Martin Mütze, Leipzig 2015 (in Druck- vorbereitung)

Geschichte der Stadt Leipzig, Band 1: Von den Anfängen bis zur Reformation (1015–1539), hg. von Enno Bünz, Leipzig 2015 (im Druck)

Gornig, Antje Janina: St. Georg vor Leipzig, Non- nenkloster, OSB, in: Sächsisches Klosterbuch. Die mittelalterlichen Klöster, Stifte und Kommenden im Gebiet des Freistaates Sachsen, hg. von Enno Bünz in Zusammenarbeit mit Sabine Zinsmeyer und Dirk Martin Mütze, Band 1, Leipzig 2015 (in Druckvorbereitung)

Kinne, Hermann/Magirius, Heinrich/Westpha- len, Thomas/Mackert, Christoph: Leipzig, St. Paulus, Dominikaner (OP), in: Sächsisches Klos- terbuch. Die mittelalterlichen Klöster, Stifte und Kommenden im Gebiet des Freistaates Sachsen, hg. von Enno Bünz in Zusammenarbeit mit Sabi- ne Zinsmeyer und Dirk Martin Mütze, Band 1, Leipzig 2015 (in Druckvorbereitung)

Das religiöse Leipzig. Stadt und Glauben vom Mittelalter bis zur Gegenwart, hrsg. von Enno Bünz und Armin Kohnle (Quellen und For- schungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 6), Leipzig 2013

St. Nikolai zu Leipzig. 850 Jahre Kirche in der Stadt, hg. von Armin Kohnle, Petersberg 2015

Schlesinger, Walter: Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, 2 Bände (Mitteldeutsche For- schungen 27/1-2), Köln u.a. 1962, 2., unveränd. Aufl. 1983

Schmies, Bernd/Bürger, Stefan/Mackert, Chris- toph: Leipzig, St. Franziskus (OFM), in: Sächsi- sches Klosterbuch. Die mittelalterlichen Klöster, Stifte und Kommenden im Gebiet des Freistaates Sachsen, hg. von Enno Bünz in Zusammenarbeit mit Sabine Zinsmeyer und Dirk Martin Mütze, Band 1, Leipzig 2015 (in Druckvorbereitung)

Seifert, Siegfried: Niedergang und Wiederaufstieg der katholischen Kirche in Sachsen 1517 - 1773 (Studien zur katholischen Bistums- und Kloster- geschichte 6), Leipzig 1964

Stadt Leipzig: Die Sakralbauten. Mit einem Über- blick über die städtebauliche Entwicklung von den Anfängen bis 1989, bearb. von Heinrich Magirius u.a., 2 Bände (Die Bau- und Kunst- denkmäler von Sachsen), München 1995

1015. Leipzig von Anfang an. Begleitband zur Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig 20. Mai - 25. Oktober 2015, hg. von Vol- ker Rodekamp und Regina Smolnik, Leipzig 2015

Wejwoda, Marek: Pfarrzwang, Grabstätten und Steuerlisten. Zur Rekonstruktion der Sprengel der Leipziger Pfarreien St. Thomas und St. Niko- lai im Mittelalter, in: Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch 2012 (erschienen 2013) S. 15–31

Wejwoda, Marek: Stadt und Kirche als Sakralge- meinschaft. Das Augustiner-Chorherrenstift St. Thomas zu Leipzig im späten Mittelalter, in: 800 Jahre St. Thomas zu Leipzig. Ein Gang durch die Geschichte, hg. von Doreen Zerbe, Leipzig 2013, S. 41-73

Autor

Prof. Dr. Enno Bünz
Universität Leipzig
Historisches Seminar
Lehrstuhl für
Sächsische Landesgeschichte
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig

Die gerettete Stadt

Bilanz der städtebaulichen Entwicklung Leipzigs seit 1989

Arnold Bartetzky

Am 6. November 1989, wenige Wochen nach dem Sturz Erich Honeckers und drei Tage vor dem Fall der Mauer, zeigte das bis dahin monolithisch linientreue DDR-Fernsehen auf dem Sendeplatz der soeben abgesetzten rituellen Propagandaorgie „Schwarzer Kanal“ die Reportage „Ist Leipzig noch zu retten?“



Ein Weckruf: Vorspann der Filmreportage „Ist Leipzig noch zu retten?“, gesendet im DDR-Fernsehen am 6. November 1989

Der Zustand Leipzigs, einer Großstadt zwischen Siechtum und Abriss, stand stellvertretend für den Niedergang der Städte im sozialistischen Teil Deutschlands. So wurde der Film von Ruth Geist-Reithmeier für die ganze DDR zu einem Weckruf und schlug sogar in Westdeutschland Wellen. Als „Detonation“ beschrieb der „Spiegel“ seine Wirkung. „Worte, die wehtun [...]. Bilder, die wehtun, und die wir so nicht zeigen durften“ – so wird die Sendung nach einem kurzen Interview mit einer die Missstände anprangernden Leipzigerin und einigen Aufnahmen zerfallender Gründerzeithäuser eingeleitet. „Diagnose: Koma“, lautet gleich zu Beginn die Kernaussage. „70.000 Wohnungen sind nicht mehr zu retten, wenn nichts geschieht. [...] Der Verfall überholt die Erneuerung. Eine chronische Krankheit also, deren Symptome sich weiter verschlechtern werden. Denn 104.000 Wohnungen sind vor 1918 gebaut, das sind 41 Prozent. [...] Die Stadt wird in den Kollaps geführt.“

Der dramatische Verfall, den die Kamera in den folgenden gut 20 Minuten des Films einfing, führte vor Augen, dass Leipzig im Wendeherbst 1989 wohl nicht zufällig zum Brennpunkt der Unzufriedenheit mit dem SED-Regime im Allgemeinen und mit den Folgen seiner Politik für die Stadtentwicklung im Besonderen wurde. In den Interviews mit Bürgern, Vertretern der Stadt und dem hoffnungslos überforderten DDR-Bauminister mischen sich schonungslose Analysen mit Floskeln. Die Stellungnahmen der Leipziger zeugen von Frustration, Wut und Ratlosigkeit, aber auch von einer in der Bürgerschaft aufkommenden Entschlossenheit zum Handeln. Die abschließende Frage des Films – „Ist diese Stadt noch zu retten?“ – beantwortet gleichwohl niemand mit einem eindeutigen Ja. Eine junge Frau äußert den Wunsch, dass wenigstens die attraktivsten Gründerzeitgebiete wie Waldstraßenviertel und Musikviertel erhalten bleiben mögen. Dass viel mehr zu retten sein könnte, wagten die meisten wohl nicht zu glauben. Zwei Monate später mündete der sich Bahn brechende Veränderungswille in eine Großveranstaltung, die selbst in der turbulenten Wendezeit ihresgleichen sucht. Am 6. und 7. Januar 1990 lockte in Leipzig die „1. Volksbaukonferenz“ rund 1.000 Menschen. „Erfüllen wir die mißbrauchte Losung ‚Bauen geht alle an‘ mit Inhalt und Leben“, heißt es im Vorwort zu der den Teilnehmern ausgehändigten Textsammlung. Nach Jahrzehnten der Bevormundung sollte das Volk, so die Idee der Initiatoren, basisdemokratisch seinen Willen artikulieren und sich in den Prozess der Erneuerung Leipzigs einbringen. Mit der ersten „Baukonferenz von unten“ wollten sie „eine Baupolitik anregen, die von allen Leipziguern getragen wird und voll den Bedürfnissen der Bürger unserer Stadt entspricht“. Mit diesem Programm setzte die Veranstaltung trotz ihrer lokalen Thematik ein in der ganzen DDR wahrgenommenes Signal des Aufbruchs.



weniger Neubau, nach Bürgerbeteiligung und Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von Berlin nach Leipzig sogleich Eingang in die Verhandlungen des Leipziger Runden Tisches, der die amtierende Stadtverwaltung mit der Opposition und verschiedenen Bürgergruppen zusammenbrachte und als eine Art Ersatzparlament fungierte. Die einstigen Aufbegehrenden wurden nun zu Gestaltern des Umbruchs. Die damit geweckten großen Hoffnungen auf Mitwirkungsmöglichkeiten setzten enorme Energien frei, die in weiten Teilen der Bürgerschaft schlummerten. In dieser wenige Monate dauernden Periode schien sogar eine Baupolitik möglich, die auf direkter Volksherrschaft beruhte.

Doch diese Wunschvorstellung wurde von den sich rasant wandelnden Verhältnissen überholt. Im Eiltempo hielt die Marktwirtschaft in der untergehenden DDR Einzug. Scharen von fliegenden Händlern mit Billigware aus dem Westen erschienen als Vorboten von Bauinvestoren, die der Stadt bald die Türen einrennen sollten. Dem verbreiteten Willen, selbst mitanzupacken und mitzubestimmen beim Aufbau Leipzigs, der bereits den Film und erst recht die Diskussionen der Volksbaukonferenz durchzieht, standen bald vor allem die Eigentumsansprüche an Bauten und Grundstücke entgegen, die bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatten. Und aus demselben Grund erwies sich auch der basisdemokratische Anspruch der Konferenzteilnehmer rasch als Utopie. Eine zweite Volksbaukonferenz hat es denn auch nicht gegeben. Im Laufe des Jahres 1990 waren die Chancen auf die Rettung der Stadt beträchtlich gestiegen. Zugleich dämmerte aber den dafür kämpfenden Leipzigern, dass sie in diesem Prozess allenfalls eine Nebenrolle spielen würden. Als neue Hauptak-

Signal zum Aufbruch: Plakat für die Volksbaukonferenz von Heinz-Jürgen Böhme, 1989/1990

Ein Vierteljahrhundert später bieten die runden Jubiläen von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung einen Anlass, auf den seitdem zurückgelegten Weg zurückzuschauen und der Frage nachzugehen, inwieweit die Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen von damals eingetreten sind.

In der unmittelbaren Wendezeit, als die alten Strukturen zusammengebrochen und neue erst im Aufbau waren, schien alles möglich. Es gab reichlich Nährboden für Chaos- und Untergangsszenarien, aber auch für die utopische Hoffnung, dass die künftige Entwicklung zu einem Wunschkonzert werden könnte. So fanden die Forderungen der Volksbaukonferenz nach Abrisstopp, nach mehr Instandhaltung und



Rettung eines untergangsgeweihten Baudenkmals: die Alte Nikolaischule zu Beginn der Restaurierung, 1992

Foto: Armin Kühne



Glanzlicht der Denkmalpflege: die Alte Nikolaischule nach der Restaurierung, 2014

Foto: Arnold Bartetzky

teure betraten nun die fast ausschließlich aus Westdeutschland in die Stadt strömenden Investoren die Bühne.

Mit ihrem Kapitaleinsatz, aber auch mit Fördermitteln von Bund, Land und Kommune, die sich auf mehrere Milliarden Euro summieren, und nicht zuletzt mit beträchtlicher indirekter Förderung durch Steuervergünstigungen ist es gelungen, weitaus mehr von Leipzig zu retten,



Gerettetes Flächendenkmal der Gründerzeit: sanierte Wohnhäuser im Waldstraßenviertel, 2009
Foto: Martin Geisler

als zur Wendezeit die kühnsten Optimisten erwartet hätten. Rund vier Fünftel der Altbausubstanz konnten überwiegend denkmalgerecht saniert werden. Dies gilt nicht nur für öffentliche Gebäude und Wohnbauten, son-

dern auch für weite Teile der historischen Industriearchitektur, die vor allem den Westen Leipzigs prägt. Das in der DDR-Zeit von Verfall und Umweltbelastung besonders gezeichnete Plagwitz, das nach Auskunft des in dem Film zu Wort kommenden Chefarchitekten der Stadt „freigezogen werden“ sollte, weil „es verantwortungslos wäre, das Wohnen auf lange Sicht dort beizubehalten“, gehört heute zu den beliebtesten Stadtteilen und zu den Brennpunkten des aktuellen Leipzig-Hype, der mittlerweile sogar amerikanische Touristen lockt.

Ein Großteil der unzähligen Brachen, die sich in der DDR-Zeit selbst mitten im Stadtzentrum ausgebreitet und infolge des Zusammenbruchs der Altindustrie und der Abwanderung in den ersten Jahren nach 1989 zunächst weiter vermehrt hatten, ist inzwischen bebaut. Große Infrastrukturprojekte wie die Neue Messe oder der Flughafenausbau ließen zudem einige Landmarken auf einstigen Ackerflächen entstehen. Gute Architektur ist unter den Neubauten allerdings deutlich in der Minderheit. In der Masse unterbieten diese zum Teil dramatisch die Standards, die sich in Leipzig in der Gründerzeit und in der Zwischenkriegszeit etabliert und auch noch in der frühen DDR-Zeit gehalten hatten. Bei den Büro-, Wohn- und Geschäftsbauten dominiert Investorenarchitektur von der Stange, die materiell und vor allem ästhetisch schnell verrotet. Hinzu kommen einige echte Desaster. In der Innenstadt gehört zu ihnen etwa das Kaufhaus Galeria Kaufhof, ein containerartiger Rie-



Neues Leben im alten Industriebau: das Stelzenhaus nach Sanierung und Umbau zum Wohn- und Bürostandort, 2014.
Foto: Arnold Bartetzky



Großbrache im Stadtzentrum: das Areal des heutigen Kaufhauses Galeria Kaufhof an der Südseite der Grimmaischen Straße, 1988
Foto: Armin Kühne



Architekturdesaster im Stadtzentrum: das Kaufhaus Galeria Kaufhof, 2014
Foto: Arnold Bartetzky

se, der kaum Bezüge zu seinem baulichen Umfeld aufnimmt und sich mit seinen weitgehend fensterlosen Fassaden gegenüber dem Stadtraum abschottet. Mit rund 20.000 Quadratmetern Verkaufsfläche, die nicht weniger als 13 historische Parzellen schlucken, steht der Bau beispielhaft für den Maßstabssprung, den die Stadt entgegen ihren in der Wendezeit gefassten Vorsätzen auch an anderen Stellen in Kauf nahm, um vor allem für den Handel große Flächen im Zentrum bereitzustellen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung markiert das erst vor wenigen Jahren errichtete, architektonisch ebenso missratene Einkaufszentrum „Höfe am Brühl“, das mit seinen rund 45.000 Quadratmetern vermietbarer Gesamtfläche städtebaulich kaum sozialisierbar ist. In den traditionellen Wohnvierteln hat sich in jüngster Zeit vor allem der Eigenheimbau auf Brachen zwischen Gründerzeithäusern zu einem baukulturellen Problem entwickelt. Besonders mit ihren festungsartigen Erdgeschossen, die der Öffentlichkeit meist nur ein Garagentor und eine blickdichte Tür vom Baumarkt, gelegentlich auch ein schießchartenartiges Klofenster und einen Mülltonnenverschlag darbieten, stehen die wie Pilze aus dem Boden geschossenen, sogenannten Stadthäuser für



eine antiurbane – um nicht zu sagen: antisoziale – Baugesinnung. Trotz der Invasion kruder Handels-, Büro und Wohnbauten wird Leipzig als eine architektonisch sehr attraktive Stadt wahrgenommen. Offenbar kann es viel schlechte Architektur ertragen, vielleicht mehr als andere Städte. Dafür sorgt wohl vor allem die robuste städtebauliche Struktur mit dem weitgehend erhal-

Antisoziale Architektur: Stadthäuser in der Südvorstadt, 2014
Foto: Arnold Bartetzky



**Geschundene Landschaft
im Süden Leipzigs:
der Tagebau Cospuden, 1989**
Foto: Armin Kühne

tenen historischen Stadtgrundriss und überwiegend traditioneller Bautypologie, die eine Balance von Disziplin im Großen und vielgestaltiger Detailfreude im Kleinen wahrt. Man sollte sich aber besser nicht darauf verlassen, dass die Stadt noch viel mehr bauliche Rücksichtslosigkeit ohne größere Schäden wegstecken kann.

Fällt die Neubaubilanz, gelinde gesagt, durchwachsen aus, so gehört neben der weitgehenden Rettung des Denkmalbestands die Regeneration der Landschaft in weiten Teilen von Stadt und Umland zu den herausragenden Leistungen der Nachwendezeit. Der durch den Dreck- und Giftausstoß der DDR-Industrie stark belastete Auwald lebte als Naturraum und Naherholungsgebiet wieder auf. Neue Parks wurden angelegt, die zu Kloaken verkommenen Flüsse und Kanäle saniert und erweitert, verrohrte Flussarme freigelegt. An Stelle der zerstörerischen Braunkohletagebaue im Süden und Norden entstanden neue Seenlandschaften. Galt Leipzig einst nicht nur als die baulich kaputtteste, sondern auch als die landschaftlich unattraktivste Großstadt der DDR, so bietet es sich heute als grüne Stadt am Wasser dar, die mit vielen Ausflugszielen und Freizeitmöglichkeiten lockt.

Auch wenn manches gründlich schiefgelaufen ist, fällt die Gesamtbilanz der Leipziger Stadtentwicklung seit 1989 vor allem dank den Erfolgen des Denkmalschutzes, der erhaltenden Stadterneuerung, der Modernisierung der Infrastruktur und des Umweltschutzes beeindruckend aus. Doch diese Entwicklung verlief alles

andere als geradlinig. Ihre Höhen und Tiefen stehen beispielhaft für die Hoffnungen und Enttäuschungen, Chancen und Gefahren, Glanzleistungen und Debakel, die seit dem Untergang der DDR auch in anderen Städten Ostdeutschlands das Planen und Bauen prägten.

Noch mehrere Jahre nach 1989 tat sich auf dem Stadtterritorium Leipzigs trotz des Investorenandrangs baulich nicht besonders viel. Denn die komplizierten Eigentumsverhältnisse mit nicht enden wollenden juristischen Auseinandersetzungen um Restitutionsansprüche wurden zum größten Investitionshemmnis. Dafür setzte auf den Äckern und Wiesen in der Peripherie, wo die Eigentumsverhältnisse einfacher und die Grundstückspreise niedriger waren, bereits in der Wendezeit ein Bauwildwuchs ein. Eine Zersiedlung im Zeitraffer und eine zum Teil monströse Verunstaltung von seit dem Zweiten Weltkrieg nahezu unberührt gebliebenen Landstrichen waren die Folge. Besonders verheerend war diese Fehlentwicklung aber für die Stadt. Denn die neuen Wohnparks beschleunigten die Abwanderung, die Einkaufszentren wurden zum Totengräber des innerstädtischen Handels und die mit der Suburbanisierung Hand in Hand gehende explosionsartige Zunahme des Autoverkehrs machte die Ausfallstraßen nahezu unbewohnbar. Auch wenn Leipzig entgegen damaligen Befürchtungen in der Konkurrenz mit der grünen Wiese langfristig bestehen konnte, hat die Stadt bis heute mit den Folgen der Zersiedlung zu kämpfen.



Die Tagebaufolgelandschaft als stadtnahes Idyll: der Cospudener See, 2011

Foto: schoenes-leipzig.de

In der Stadt setzte erst um 1993 der lang erwartete und herbeigesehnte Bau- und Sanierungsboom ein. Allein bis 1997 entstand fast eine Million Quadratmeter Bürofläche. Mit etwas Verzug kletterte die Anzahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen bis dahin auf fast 8.000. Damit war eine exorbitante bauliche Überproduktion in Gang gekommen, während sich die Stadt rapide entvölkerte: Im Laufe des ersten nachwendezeitlichen Jahrzehnts verlor Leipzig rund 100.000 Einwohner.

Um die Jahrtausendwende folgte auf den Bau- und Sanierungsboom das böse Erwachen. Rund 60.000 Wohnungen standen leer, 800.000 Büroquadratmeter fanden keine Nutzer, der Immobilienmarkt drohte zu kollabieren. Die gefühlte „Boomtown des Ostens“ war plötzlich Leerstands- und bald auch Abrisshauptstadt. Vor allem mit den Mitteln des Programms Stadtumbau Ost wurden nicht nur Plattenbauten am Stadtrand, sondern auch wertvolle Gründerzeithäuser in den Altbauvierteln beseitigt. In den Jahren 2000 bis 2013 verlor Leipzig 862 denkmalgeschützte Bauten – und ist damit nicht nur in Sachsen, sondern vermutlich sogar deutschlandweit einsamer Negativrekordhalter. Nachdem in den 1990er Jahren mit großzügiger Förderung aus öffentlichen Kassen viel zu viele Neubauten entstanden waren, wurden nun horrenden Beträge aus Steuergeldern dafür eingesetzt, den Baubestand zu dezimieren. So wichtig die öffentliche Förderung für die Rettung des Leipziger Denkmalbestands war, so geht auf sie leider

auch ein Großteil der neugeschaffenen Probleme zurück.

Nach wie vor werden in Leipzig aus verschiedenen Gründen immer wieder Baudenkmale abgebrochen. Der wilde Tanz der Abrissbagger wurde aber vor einigen Jahren beendet. Dies ist bürgerschaftlichem Engagement und der verspäteten Einsicht der Stadtverwaltung zu verdanken, dass Leipzig längst nicht mehr zu den schrumpfenden Städten zählt. Entgegen früheren Prognosen wächst es seit mehr als einem Jahrzehnt kontinuierlich, inzwischen gilt es sogar als die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands. Einen wichtigen Anteil an dieser Entwicklung hat die um die Jahrtausendwende einsetzende Reindustrialisierung, die in der Ansiedlung einer großen BMW-Autofabrik gipfelte, nicht minder aber wohl die Wiedergewinnung eines attraktiven Stadtbilds durch die Sanierung des größten Teils der historischen Bausubstanz, die Gesundung der städtischen Naturräume und die Schaffung neuer Naherholungsgebiete.

Derzeit erlebt Leipzig einen neuen Bauboom, der diesmal nicht durch Lockungen der Förderung künstlich erzeugt ist, sondern dem realen Bedarf entspricht. War in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Ende der DDR der Bewohner- und Nutzerangel eines der Hauptprobleme der Stadt, so gewinnt nun im Zeichen des steigenden Investitionsdrucks eine der zentralen Aufgaben der Stadtplanung neue Aktualität: das Bremsen.



Zum Weiterlesen:

Arnold Bartetzky: Die gerettete Stadt. Architektur und Stadtentwicklung in Leipzig seit 1989. Erfolge, Risiken, Verluste. Leipzig 2015 (350 Seiten, 89 Abbildungen, 19,90 €)

Zu beziehen über den Buchhandel oder bei:

Lehmstedt Verlag
Hainstraße 1
Barthels Hof, Aufg. C
Tel. 0341-4927366
E-Mail: info@lehmstedt.de

Autor

Dr. Arnold Bartetzky
Geisteswissenschaftliches
Zentrum Geschichte und
Kultur Ostmitteleuropas
(GWZO)
Specks Hof (Eingang A)
Reichsstraße 4-6
04109 Leipzig

Die neue Leipziger Propsteikirche St. Trinitatis

Arnold Bartetzky

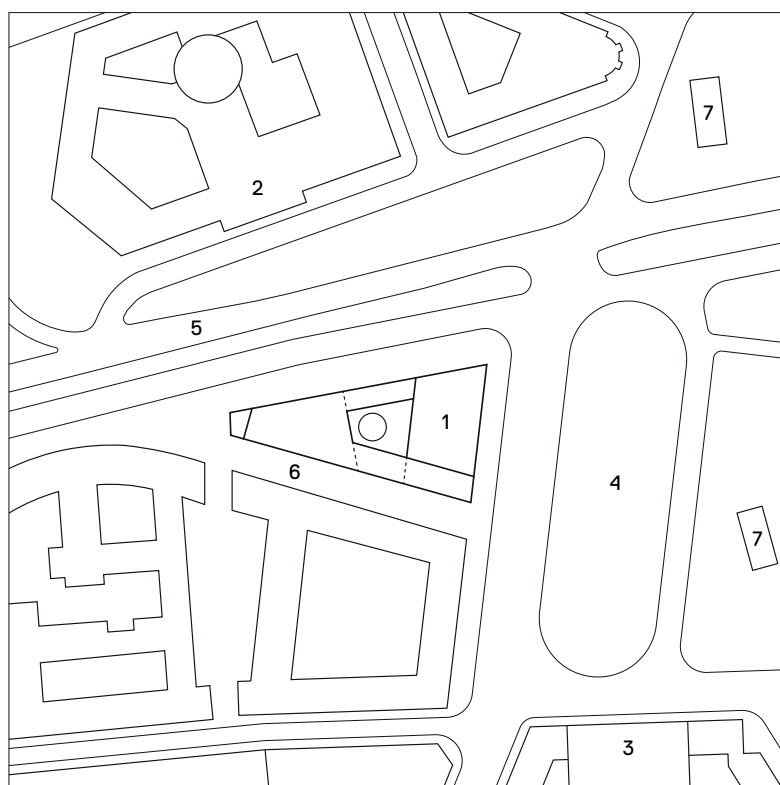
Neue Propsteikirche
St. Trinitatis in Leipzig, Lageplan
© Schulz und Schulz

Wenn Spitznamen für einen Neubau ein Zeichen für dessen Aneignung durch die Bevölkerung sind, ist die neue Leipziger Propsteikirche bereits vor ihrer Weihe am 9. Mai 2015 vollends in der Stadt angekommen. Denn der Volksmund hatte bereits zuvor etliche Verballhornungen ihres Patroziniums St. Trinitatis und flapsige Charakterisierungen ihrer Bauform hervorgebracht. „St. Tinnitus“ wurde

durch das inzwischen behobene Problem mit den die Standfestigkeit gefährdenden hohen Frequenzen einer der Turmglocken inspiriert. „St. Tetris“ bringt die Kantigkeit des Baus mit den aus Quadraten zusammengesetzten Formationen eines Computerspiels in Verbindung. „Hauptfeuerwache“ spielt wohl auf seine formale Strenge und den kräftigen rötlichen Ton der Steinverkleidung an. Kinder bezeichnen den Bau als Schnecke, weil sie beim Anblick des großen, weitgehend geschlossenen Kirchenblocks mit einem am gegenüberliegenden Ende des spitz zulaufenden Grundstücksdreiecks aufragenden Turm und dazwischen gespanntem Flachbau des Gemeindezentrums ein langgestrecktes Weichtier mit einer schützenden Schale und einem ausgestreckten Fühler assoziieren.

Ein dummer Spitzname ist „St. Tebartz“. Denn mit der dem ehemaligen Limburger Bischof zugeschriebenen Prunksucht hat die neue Hauptkirche der Leipziger Katholiken nichts gemein – auch wenn sie in der Tat nicht an soliden Materialien spart, die ihren Preis haben: Alle Gebäudeteile sind mit bis zu zwölf Zentimeter dicken, in einer massiven Schichtung aufgetragenen Blöcken aus dem in Leipzig traditionsreichen Rochlitzer Porphyrtuff verkleidet, die untersten Steinlagen bestehen aus dem ebenso lokaltypischen Beuchaer Granit. Das noble Hauptportal mit einer auf der Grundform des Dreiecks, des Symbols der Dreieinigkeit, beruhenden Komposition wurde aus Bronze gestaltet. Der Fußboden des auf einem trapezförmigen Grundriss errichteten, annähernd 600 Plätze fassenden Kirchensaals empfängt den Besucher mit freundlich hellem Travertin. Für Bänke, Türen, Holzvertäfelungen und verschiedene Möbel kam tonnenweise hervorragend verarbeitete, massive Eiche zum Einsatz.

Außen wie innen weist der Bau zudem jene zum Teil völlig unscheinbaren, aber oftmals technisch wie konzeptionell aufwendigen



Lageplan 1:2500

- 1 Katholische Kirche
- 2 Neues Rathaus
- 3 Stadtbibliothek
- 4 Wilhelm-Leuschner-Platz
- 5 Martin-Luther-Ring
- 6 Nonnenmühlgasse
- 7 S-Bahn-Station Citytunnel



Neue Propsteikirche St. Trinitatis in Leipzig, links das Neue Rathaus

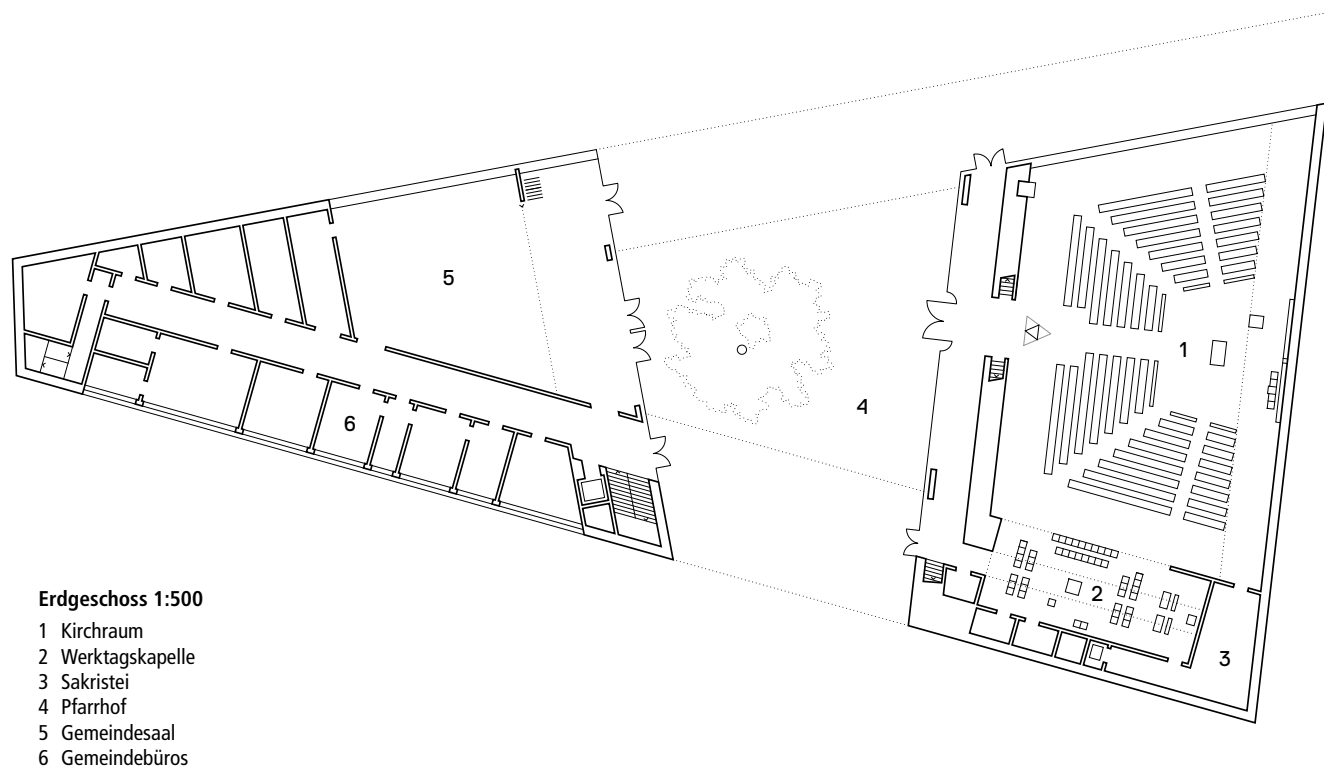
Foto: Stefan Müller

Detaillösungen auf, die ein Markenzeichen seiner Entwerfer, der Leipziger Architekten Ansgar und Benedikt Schulz, sind – von den schlicht wirkenden, doch tüftlerisch raffinierten, zum Teil mit Prallscheiben versehenen Fensterbändern am Gemeindezentrum über die der unregelmäßigen Fassadentextur zuliebe mäandernd angeordneten Dehnfugen bis zur balkenartig profilierten Decke des Kirchensaals, in deren Senken dezente Leuchtkörper integriert wurden, damit keine herabhängenden Lampen den lichten Raumeindruck stören.

Großen Wert legte die Gemeinde auch auf die Qualität der Kunst am Bau. Der Leipziger Künstler Falk Haberkorn gestaltete ein über zwanzig Meter langes, von der Bauflucht zurückgesetztes Fenster, mit dem sich die an einer großen Straßenkreuzung im Stadtzentrum situierte Kirche – schöne Ironie der Geschichte – zum Martin-Luther-Ring öffnet. Die Glasfront zeigt auf zwei hintereinanderliegenden Scheiben den gesamten Text der Bibel, wobei je nach Lichtquelle das Alte oder das Neue Testament zu sehen ist. Mit dem



Neue Propsteikirche St. Trinitatis in Leipzig, Fassade an der Nonnenmühlgasse
Foto: Stefan Müller

**Erdgeschoss 1:500**

- 1 Kirchraum
- 2 Werktagkapelle
- 3 Sakristei
- 4 Pfarrhof
- 5 Gemeindesaal
- 6 Gemeindebüros

**Neue Propsteikirche St. Trinitatis
in Leipzig, Grundriss**
© Schulz und Schulz

filigranen Ornament der liturgischen Orte wie Altar und Ambo, Taufstein und Tabernakel setzt der in den Vereinigten Staaten lebende kubanische Künstler Jorge Pardo einen zarten farbigen Akzent im warmtonigen Weiß des Kircheninneren.

Auch die Künstler unterwarfen sich mit ihren Arbeiten der von dem Bau repräsentierten Haltung der Zurückhaltung. Zeitgeistige Effekthaschereien sind der neuen Propsteikirche ebenso fremd wie auftrumpfende Gesten. Und bei aller Großzügigkeit und Hochwertigkeit von Entwurf, Material und Detail ist hier schon gar nicht ein luxuriöses Gebaren am Werk. Vielmehr ging es darum, der vor allem durch Zuzug aus katholischen Regionen Deutschlands stark wachsenden, mittlerweile fast 5.000 Mitglieder zählenden Gemeinde ein dauerhaftes, materiell ebenso wie ästhetisch haltbares Domizil zu bieten. Das ist wohlverstandene Nachhaltigkeit – oder, aus der Perspektive der Gemeinde, „ein Beitrag, Gottes Schöpfung zu bewahren“.

Diesem Motiv entspricht auch das ausgeklügelte Energiekonzept. Durch die Kombination von Erdwärme, Photovoltaik und Regenwasserspeicherung wird weitgehende Versorgungsautarkie erreicht. Höchste Ansprüche an Effizienz und Ressourcenschonung gehen hier allerdings nicht zu Lasten der Architekturqua-

lität. An der Südseite des rund 50 Meter hohen Turms vermochten es die Brüder Schulz sogar, die in aller Regel unansehnlichen Solarpaneele mit Gewinn als Gestaltungsmittel einzusetzen. Die etwas mehr als 15 Millionen Euro, die der Bau nach einer geringfügigen Budgetüberschreitung gekostet hat, sind sehr gut angelegt. Glücklicherweise war mit den von Propst Gregor Giele koordinierten Planungsaktivitäten bereits vor dem Skandal um die explodierten Baukosten der Limburger Bischofsresidenz, auf die der deplatzierte Tebartz-Spitzname verweist, begonnen worden. Sonst hätte sich die Gemeinde wohl mit einer billigen Kiste mit bunt angestrichenen Styroporfassaden begnügen müssen, mit der sie kurzfristig Geld gespart, doch gewiss der Idee der Schöpfungsbewahrung keinen Dienst erwiesen hätte.

Für die Leipziger Katholiken endet mit dem Neubau ihrer Hauptkirche eine lange, durch die Schrecklichkeiten des 20. Jahrhunderts erzwungene Odyssee. Sein 1847 geweihter neugotischer Vorgänger, die Trinitatiskirche, war in ebenso zentraler Lage, an der nur einen Steinwurf vom heutigen Standort entfernten Rudolphstraße errichtet worden. Die Bomben des Zweiten Weltkriegs verwandelten ihn in eine Ruine. Nach deren Sprengung im Jahr 1954 wurde die Genehmigung für einen Neubau an derselben Stelle zurückgezogen.



Propsteikirche St. Trinitatis in Leipzig, Innenraum
Foto: Stefan Müller



Neue Propsteikirche
St. Trinitatis in Leipzig, Innenhof
Foto: Stefan Müller

**Zweite Propsteikirche
St. Trinitatis, 1982 geweiht,
Zustand vor der Entweihung 2015**
Foto: wikimedia



Die Katholiken waren damit weiter auf die schon seit 1946 beanspruchte Gastfreundschaft der evangelischen Universitätskirche St. Pauli angewiesen. Doch diese wurde 1968 in die Luft gejagt, um Platz für einen Campus mit „sozialistischem Antlitz“ zu schaffen. Danach fand die Gemeinde in anderen evangelischen Kirchen Asyl, darunter in der Nikolai- und in der Lutherkirche. So entstand aus der Not eine anrührende ökumenische Tradition, die das Verhältnis der christlichen Konfessionen in Leipzig bis heute prägt. Jahrzehntlang hingehalten, durften die Katholiken erst ab 1979 eine eigene, durch Spenden aus der Bundesrepublik finanzierte Kirche errichten, allerdings außerhalb des Zentrums, im Waldstraßenviertel.

Von dem Neubau profitiert nicht nur die Propsteigemeinde, sondern auch die Stadt, die für ihn ein attraktives Grundstück direkt gegenüber dem Neuen Rathaus angeboten hatte. Denn das um einen öffentlich zugänglichen und querbaren Pfarrhof angelegte Ensemble schließt mit städtebaulichem Takt und architekturentsymbolischem Feingefühl eine klaffende Kriegsbrache in prominenter Lage. Dabei hatte der aus einem 2009 abgehaltenen Architekturwettbewerb hervorgegangene Entwurf vor allem wegen der blockhaften Strenge des Kirchenbaukörpers, der dem noch zu bebauenden Wilhelm-Leuschner-Platz eine fenster- und ornamentlose Mauer von rund 20 Metern Höhe darbietet, keineswegs nur Begeisterung ausgelöst. Mit der lebendigen Plastizität und den taktilen Reizen der rötlich changier-

enden Porphyrblockschichtung führt der Bau aber nun etwas vor Augen, das wegen der Seltenheit überzeugender Beispiele seit der Moderne in Vergessenheit geraten ist: dass Mauern wunderschön sein können.

Die erfreuliche Rückkehr der Leipziger Katholiken ins Stadtzentrum geht leider mit einem Verlust einher. Denn der 1982 geweihten bisherigen Propsteikirche im Waldstraßenviertel steht trotz kürzlich erfolgter Eintragung als Baudenkmal über kurz oder lang wohl unausweichlich der Abriss bevor, nachdem schwere Fundamentschäden den Anlass zu ihrer Aufgabe gegeben haben. Um diesen etwas spröden, doch auf den zweiten Blick ausgesprochen wohlgeratenen Bau der Spätmoderne ist es sehr schade. Dass die Architekten im Neubau einige seiner bewährten Merkmale, etwa die zum Kirchensaal offene, von einem Oberlicht beschienene Werktagkapelle, die winkelförmige Empore oder die seitlich, mit Blickkontakt zum Altar platzierte Orgel, aufgenommen haben, dürfte einige Gemeindeglieder mit dem Verlust versöhnen, andere aber um so melancholischer stimmen.

**Erste Propsteikirche St. Trinitatis,
Stich 1847**



Autor
Dr. Arnold Bartetzky
Geisteswissenschaftliches
Zentrum Geschichte und
Kultur Ostmitteleuropas
(GWZO)
Specks Hof (Eingang A)
Reichsstraße 4-6
04109 Leipzig

Luther und die Fürsten in Torgau

Der Reformator auf Dienstreise

Dirk Syndram

Hätte Friedrich III., später genannt der Weise, so gehandelt, wie es der Primas der katholischen Kirche im Heiligen Reich und die päpstliche Kurie in Rom von ihm 1518 erwartet haben, es hätte keine lutherische Reformation gegeben. Der sächsische Kurfürst war seinen Zeitgenossen als tiefgläubiger Mensch bekannt, der neben anderen Pilgerfahrten 1493 auch eine Reise nach Jerusalem auf sich genommen hatte und dort zum Ritter geschlagen wurde. Friedrich führte ein vorbildlich christliches Leben mit täglichen Messebesuchen und tiefer Werkfrömmigkeit. Vor allem aber verehrte er die Heiligen und besonders innig die Mutter Gottes. Zudem war Friedrich der Weise ein engagierter Sammler von Reliquien, die er in der Wittenberger Stifts- und Schlosskirche, dem geistlichen Zentrum des Kurfürstentums, aufstellen ließ. Hinter der Tür dieser der Allerheiligen Dreifaltigkeit geweihten Schlosskirche, an die Martin Luther am 31. Oktober seine Thesen genagelt haben soll, verbarg sich mit über 19.000 Reliquien ein Ablass von mehr als 2 Millionen Jahren und damit eine der größten Heiliumssammlungen im Heiligen Römischen Reich der Reformationszeit. In jedem anderen Fürstentum wäre der rebellische Augustinermönch und Bibelprofessor wohl verloren gewesen. Die fürstliche Macht hätte ihn, schon in Erinnerung an Jan Hus und der von seiner Lehre ausgelösten kriegerischen Unruhen, als Störer der bestehenden Ordnung ausgegrenzt und den kirchlichen Institutionen übergeben. Friedrich der Weise handelte anders. Er ließ den beliebten, außergewöhnlich kundigen Professor an seiner 1502 gegründeten Reformuniversität in Wittenberg gewähren und stellte ihn sogar unter seinen Schutz. Als gläubiger Christ war Friedrich



Martin Luther mit Buch in einer Nische, Lucas Cranach d. Ä., 1520, am unteren Bildrand rechts signiert: Schlange mit Flügeln
Herzog Anton Ulrich-Museum Braunschweig, Kunstmuseum des Landes Niedersachsen, Inv.-Nr. LCranach d. Ä. AB 3.7K
Kupferstich, 17,1 × 11,8 cm

grundsätzlich der Meinung, dass er sich als weltlicher Fürst aus dem geistlichen Disput heraushalten sollte und dass letztlich Gott selbst entscheiden werde, wer im Ablassstreit und in der ebenfalls mit Martin Luther in die deutsche Öffentlichkeit gelangten gänzlich gegensätzlichen Auffassung, was Kirche, Glaube und Gnade sei, Recht habe. Bestärkt wurde er darin von seinem Privatsekretär und Beichtvater Georg Spalatin, der sich fast unmittelbar auf Luthers Seite sah. Dieser Parteiung für Luthers Kirchenreformation schlossen sich sehr bald wesentliche Teile der in Torgau beheimateten kurfürstlichen Kanzlei unter der Führung des Kanzlers Gregor Brück an. Durch den ständig steigenden

Martin Luther als Junker Jörg
Lucas Cranach d. Ä., 1522,
 Herzog Anton Ulrich-Museum
 Braunschweig, Kunstmuseum des
 Landes Niedersachsen, Inv.-Nr.
 LCranach d. Ä. V 3.1696,
 Holzschnitt auf Papier,
 Blatt: 35,5 × 21,4 cm,
 Bildnis: 28,3 × 20,4 cm

Druck der Kirchenhierarchie und der päpstlichen Kurie auf Luther sah sich Friedrich der Weise zudem in seiner Souveränität als Fürst verletzt und blockte alle Angriffe auf den Reformator ab, ohne dabei sämtliche polemischen Schriften, die dieser nun gegen Papst und katholische Kirche richtete, gut zu heißen. Den Gehorsam des sächsischen Kurfürsten konnte Papst Leo X. auch durch die ihm im Oktober 1518 übergebene Goldenen Rose, die höchste päpstliche Auszeichnung für einen weltlichen Fürsten, nicht herbeiführen. Friedrich der Weise, den viele seiner Zeitgenossen 1519 gerne als Nachfolger des verstorbenen Maximilians I. im Kaiseramt gesehen hätten, wurde damit, ohne sich selbst öffentlich zur lutherischen Reformation zu bekennen oder gar mit Martin Luther selbst zusammen getroffen zu sein, zum ersten fürstlichen Garanten der neuen Lehre. Dass der Kurfürst und seine Räte gegen den inneren Willen des gewählten und 1520 in Aachen gekrönten Kaisers Karl V. durchgesetzt haben, dass der vom Papst exkommunizierte Augustinerpater auf dem Reichstag zu Worms im April 1521 vor den Fürsten des Heiligen Reiches sich verteidigen durfte, dass man den daraufhin auch mit dem Reichsbann belegten Mönch auf der kursächsischen Wartburg zu Eisenach vor den Häschern verbarg und dass man bewirkte, dass das Edikt von Worms überall im Reich, nicht aber im ernestinischen Sachsen verkündet und damit wirksam wurde, war eine diplomatische Meisterleistung.

Johann der Beständige, der jüngere Bruder des sächsischen Kurfürsten und Mitregent der ernestinischen Lande, bekannte sich bereits 1522 mit der Einnahme des Abendmahles in beiderlei Gestalt zur Lehre Luthers. Vor Ausbruch der Bauernkriege war er aber auch neugierig darauf, was dessen reformatorische Kontrahenten Karlstadt und Thomas Müntzer zur grundsätzlichen Erneuerung der Kirche und des Glaubens zu sagen hatten, und zog sich damit den Ärger des Wittenberger Reformators zu. 1525 folgte Johann seinem Bruder in der Herrschaft Kursachsens nach und suchte zunehmend die Nähe und den Rat Luthers. Politische Hilfestellung fand er bei dem Reformator allerdings nicht, denn dieser schied streng zwischen der weltlichen Macht und den Fragen des Glaubens, so dass später daraus die „zwei Reiche-Lehre“ formuliert wurde. Luther festigte in seiner politischen Theologie die Staatsgewalt als gottgewollte Macht der Obrigkeit in weltlichen Dingen: aus dem vierten der zehn Gebote leitete er die Gehorsamspflicht der Untertanen ab. Wenn



Gott forderte, man solle Vater und Mutter ehren, so bedeutete dies für Luther auch, dass die Untertanen der von Gott eingesetzten weltlichen Obrigkeit der Fürsten beziehungsweise der Stadtmagistrate Gehorsam schuldig seien. In dem Johann dem Beständigen gewidmeten Traktat „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ des Jahres 1523 und in dem 1526 veröffentlichten Traktat „Ob Kriegsleut auch in seligem Stand sein können“ legte Martin Luther die umfassende Gewalt des Fürsten und der reichsstädtischen Magistrate als Garanten für die Sicherung des Evangeliums und des christlichen Friedens dar. Ab 1528 wies der Reformator den Fürsten in der Definition der neuen evangelischen Kirche die Rolle eines „Notbischofs“ und damit höchsten Verantwortlichen in Glaubensfragen in ihrem Territorium zu. Das führte zu einer beträchtlichen Ausweitung der landesherrlichen Kompetenz. Zugleich sah Luther aber auch die Obrigkeit in der Pflicht gegenüber der Kirche und dem Wohl des Untertanen und dies sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht. Seine theologischen Neuerungen, dass ein jeder die in die deutsche Sprache übertragene Heilige Schrift studieren sollte, erforderten gleichsam den Aus- und Aufbau des Schul- und Erziehungswesens in Stadt und Land und führten zur Förderung der christlichen Bildung in



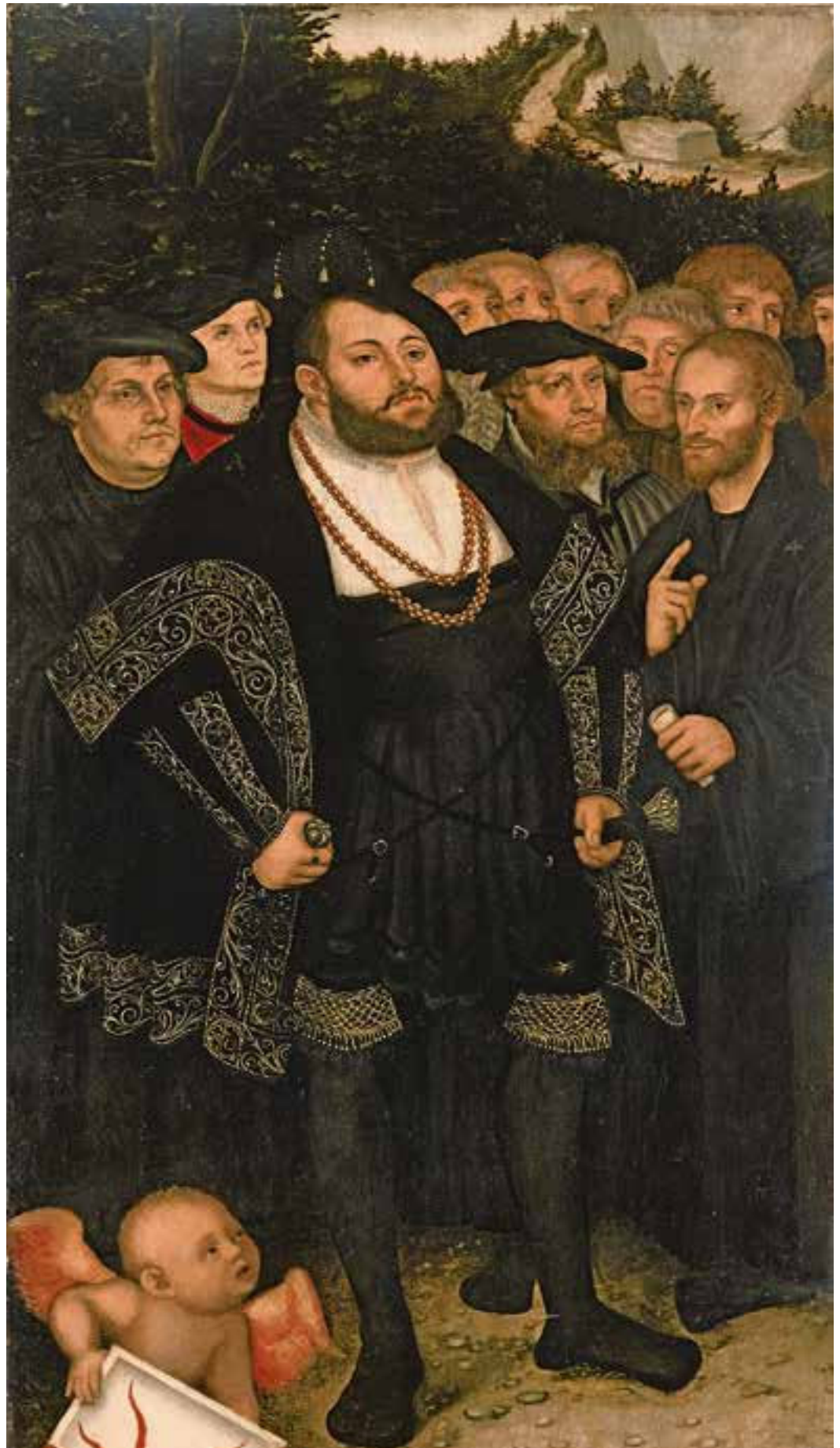
allen Bevölkerungsschichten. Als Seelsorger, nicht aber gleichermaßen als politischer Ratgeber konnte Martin Luther seinem Kurfürsten dienen, denn in Glaubensfragen war er nicht bereit, Kompromisse einzugehen, im Gegensatz zu seinem engsten Mitstreiter und Freund Philipp Melanchthon.

Spätestens seit 1525 war immer wieder Torgau das Reiseziel Martin Luthers, mindestens einundsechzig Mal bis zu seinem Tode 1546. Hatte Friedrich der Weise noch beständig sein Land durchzogen und sich wechselseitig in verschiedenen Orten und Schlössern aufgehalten – an den hohen christlichen Festtagen in Wittenberg, dem geistlich-geistigen Zentrum seines Landes, zu Familienfesten sowie in den Wintermonaten im bequemen Schloss Hartenfels in Torgau und zur Jagd in seinem Schloss Lochau (heute Annaburg) zwischen Wittenberg und Torgau –, so änderte sich dies mit dem Herrschaftsantritt Johanns des Beständigen. Bereits unter Friedrich dem Weisen wurde Torgau zum Hauptsitz der kursächsischen Kanzlei und zugleich zum Zentrum der fürstlichen Repräsentation. Nach dem Tode Friedrichs III. stand Torgau dann im Brennpunkt der von den sächsischen Kurfürsten zunehmend energisch betriebenen Reformationspolitik. Dies begann 1526 mit dem Torgauer Bund zwischen den in ihrem Glauben vereinten Johann von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen. Es war der erste Verteidigungsbund des lutherischen Bekenntnisses. Auf dem Reichstag des gleichen Jahres in Speyer trugen die beiden Fürsten und ihre kursächsische und hessische Delegation erst-

mals die Devise VDMIE an ihrem Gewand, die Johann bereits 1522 seinem Hofstaat in Weimar verordnet hatte. Die Buchstaben stehen für „Verbum Domini Manet in (A)Eternum“, Das Wort Gottes bleibt in Ewigkeit. Sie wurden zum spirituell-politischen Leitspruch der Reformation und der sich zu dieser bekennenden Reichsstände. Diese Heilszusage gründet sich auf den Ersten Petrusbrief (1,25), der wiederum auf den Propheten Jesaja im Alten Testament zurückgriff: „Das Gras verdorrt, die Blume verwelkt, aber das Wort des Herrn bleibt in Ewigkeit.“ Martin Luther hat dazu in seiner beispielhaften Auslegung von Jesaja 40,8 geschrieben: „Das ist ein trefflicher Spruch, den man an alle Wände schreiben sollte. Das Wort des Herrn wird allein bleiben; alles was über und außer dem Wort Gottes ist, das wird wie eine Blume auf dem Felde vergehen. Hier mache dir ein Register von allen Werken, welche im Papstthum ohne das Wort Gottes geschehen. Die Mönchsorden, die Messe, die Kappe, die Genugthuung, die Wallfahrten, der Ablass sc., sind nicht Gottes Wort.“

1530 trat Torgau erneut in das Zentrum der reformatorischen Entwicklungen. Hatte man auf dem Reichstag des Jahres 1526 eine Kompromissformel zur Konfession gefunden, so trat erneut in Speyer auf dem Reichstag des Jahres 1529 die altgläubige Reichstagsmehrheit für die Wirksamkeit des Edikts von Worms, das die lutherischen Schriften und dessen Lehre ächtete, ein. Die sich zur lutherischen Lehre bekennenden Fürsten und Stadtmagistrate protestierten gegen diesen Beschluss und hießen seitdem „Protestanten“. In Torgau trafen am 27. März 1530 in der Superintendentur nahe des Schlosses Philipp Melanchthon, Martin Luther, Justus Jonas und Johannes Bugenhagen mit den kursächsischen Räten zusammen, um die Torgauer Artikel zu verfassen. In ihnen legten die Protestanten erstmals die Grundpfeiler der neuen Lehre als Basistext für die für den Augsburger Reichstag des gleichen Jahres vorgesehenen Religionsgespräche. Als „Confessio Augustana“ gingen sie in die Geschichte ein und gehören bis heute zu den verbindlichen Bekenntnisschriften der lutherischen Kirchen. Sie wurden aber auch zur Grundlage des sich nach dem Scheitern friedlicher Gespräche bildenden Defensivbündnisses, des Schmalkaldischen Bundes. Zwar hatte sich Martin Luther auf dem Höhepunkt der Bauernkriege energisch für den Einsatz massiver Gewalt gegen die von teuflischen Mächten, ja vom Satan selbst irreführten, das Chaos

Bildnis Martin Luthers
Hans Brosamer, Nürnberg:
Wolfgang Resch, 1530
 Kupferstich-Kabinett, Staatliche
 Kunstsammlungen Dresden,
 Inv.-Nr. A 6654, Holzschnitt,
 350 × 280 mm



**Johann Friedrich von Sachsen
und die Wittenberger Reformatoren, Lucas Cranach d. J.,
um 1543**

Toledo Museum of Art, Gift of
Edward Drummond Libbey, 1926.55,
Öl auf Holz,
72,8 × 39,7 cm

anstrebenden aufständischen Bauern ausgesprochen – und sich damit zugleich gegen den auf Ausgleich und Frieden hoffenden Kurfürsten Friedrich und dessen Brüder Johann gewandt –, in Bezug auf die Ausbreitung des Evangeliums war er aber gegen jedwede Form von Gewalt. Da nach dem Augsburger Reichstag ein militärischer Konflikt zwischen dem Kaiser und den protestantischen Reichsständen immer wahrscheinlicher wurde, versuchte man im Oktober 1530 in Torgau den nunmehr zum obersten Richter in Glaubensfragen aufgestiegenen Martin Luther dazu zu bewegen, einem militärisch-defensiven Bündnis gegen den Kaiser zuzustimmen. Für den Reformator war der Kaiser aber gemäß dem Römerbrief (13,1-7) des Apostels Paulus die höchste Obrigkeit, dem jedermann Gehorsam schuldig war. Er war zudem zutiefst davon überzeugt, dass Frieden und Ordnung, nicht aber Gewalt oder gar Krieg den endgültigen Sieg des Evangeliums herbeiführen würden. Es bereitete den kurfürstlichen Realpolitikern einige Mühe, bis Luther dann doch das Schmalkaldische Defensivbündnis als rein weltliches Geschehen akzeptierte. Die deutschen Fürsten sahen sich zu ihrem Widerstand gegen den kaiserlichen Machtanspruch, der nicht vor dem ganz persönlichen Glauben Halt machte, im Recht. Für Kaiser Karl V. selbst war das allerdings ein unerhörtes Aufbegehren. Doch nach Auffassung der evangelischen Reichsstände war der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation keineswegs der Erbe der römischen Imperatoren, sondern das höchste Glied der auf Konsens zielenden Reichsverfassung. Im deutschen Wahlkönigtum hatten die Erbfürsten Teil an der Reichsherrschaft und konnten deshalb bei einer Amtspflichtverletzung des Kaisers gegen diesen handeln. Der Kurfürst von Sachsen empfand sich als die in seinem Lande autonome Obrigkeit aus eigenem, göttlich begründetem Recht und nicht als gehorsampflichtiger Untertan des Kaisers. Dieser Machtkonflikt beherrschte die Reichspolitik bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges und wurde bereits 1546/47 im Schmalkaldischen Krieg blutig ausgefochten. Mit der Niederlage Kurfürst Johann Friedrichs am 24. April 1547 bei Mühlberg änderten sich die Machtverhältnisse im wettinischen Sachsen grundlegend, nicht aber dessen Funktion als Schutzmacht des neuen Glaubens.

Für das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung der Fürsten im Zeitalter der Reformation und der Konfessionsausbildung ist das Schloss Hartenfels eines der eindrucksvollsten

Zeugnisse. Nicht ohne Grund steht es im Mittelpunkt der figuren- und handlungsreichen Jagddarstellungen des Hofmalers Lucas Cranach, durch die der Kurfürst seine hohe Stellung im Reich dokumentieren ließ. Mit dem zwischen 1533 und 1536 vom Architekten Konrad (Kunz) Krebs ausgeführten, fast schon königliche Maßstäbe erreichenden Festgebäude des Schlosses Hartenfels, dem Johann-Friedrich-Bau im Osten des Schlosses, und dem zwischen 1543 und 1544 errichteten Neubau am kurfürstlichen Wohnflügel mit der vom Reformator selbst im Wesentlichen konzipierten Schlosskapelle entstand eine Schlossanlage, mit der Kurfürst Johann Friedrich den Anspruch seiner lutherischen Herrschaft ein Denkmal setzte. Sowohl die frisch restaurierte, 1544 von Luther eingeweihte Kapelle, als auch die erstmals zugänglichen kurfürstlichen Gemächer gehören zur diesjährigen Ausstellung in Torgau.

Das Verhältnis zwischen Luther und den Fürsten seiner Zeit, seien es Papst und Kaiser oder Kurfürst und Landgraf, steht im Zentrum der Ersten der Nationalen Sonderausstellungen, die die Höhepunkte der Lutherdekade 2008-2017 bilden. Die Sonderausstellung, die vor allem in zwei Geschossen des Flügels D des Schlosses Hartenfels sowie in der alten kursächsischen Kanzlei in der vom Schloss in die Stadt führenden Straße Wintergrüne gelegen ist, betrachtet dabei den Zeitraum von 1515 bis 1591. Im Jahre 1515 wurde von Papst Leo X.



Sturmhaube Kaiser Karls V. Kolman Helmschmid, Augsburg, um 1540, auf dem Kinnreiff die Wappen der habsburgischen Hoheitsgebiete: Kastilien, Léon, Aragón, Sizilien, (neues) Österreich, (altes und neues) Burgund, Brabant, Flandern und Tirol
 Patrimonio Nacional, Real Armeria, Palacio Real de Madrid, Inv.-Nr. A -151/1
 (Corpus: 10037893; Visier: 10037894; Bart: 10037895)
 Helmglocke, Wangenklappen und Kinnreiff: Stahl gepunzt, geätzt, teilweise vergoldet (Vergoldung der Wangenklappen weitgehend verschwunden), 28,2 × 21,5 × 26,5 cm, Gewicht 2.685 g



Hofjagd auf Hirsche und Bären
 Lucas Cranach d. Ä., 1540,
 signiert und datiert
 unten rechts:
 geflügelte Schlange und »1540«
 Cleveland Museum of Art,
 Obj.-Nr. 1958.425
 Öl auf Masonit, ehemals Holz,
 116,8 × 170,2 cm

der Petersablass verkündet, den nicht nur der Papst, sondern auch Kardinal Albrecht von Brandenburg, Primas der katholischen Kirche im Heiligen Reich und Erzbischof der Bistümer Magdeburg und Mainz, offensiv dazu verwendet haben, Geld für die Zurschaustellung ihres hohen Amtes zu generieren und ihre Schulden an das Bankhaus Fugger zu bezahlen. 76 Jahre später, im Jahre 1591, war aus der von Luther zunächst allein angestrebten Reformation der katholischen Kirche eine eigene Konfession geworden. In den Jahren nach der im Schmalkaldischen Krieg von Johann Friedrich dem Großmütigen verlorenen Schlacht bei Mühlberg hatte sich der von den Protestanten verfochtene Zugang zu Gott und auf den Evangelien fußende Glaube in dem 1548 auf dem Reichstag von Kaiser Karl V. verkündeten „Augsburger Interim“ großen Anfechtungen zu erwehren. Erst der kühne Fürstenaufstand, der am 22. Mai 1551 in Torgau unter Führung des Kurfürsten Moritz von Sachsen zwischen den protestantischen Fürsten Norddeutschlands zur Verteidigung der „deutschen Libertät“ und damit die Freiheit der Reichsfürsten gegenüber der Zentralmacht eines fast über-

mächtig erstarkten Kaisers Karl V. geschlossen worden war, führte zur Befreiung des neuen Glaubens aus der „babylonischen Haft“. Mit einem mächtigen Heer zogen die evangelischen Reichsfürsten von Torgau aus nach Süden, eroberten schnell die wenigen noch kaisertreuen Städte, wobei sich die katholischen Reichsstände betont neutral verhielten, und drangen im März 1552 in Tirol ein. Der völlig überraschte Kaiser musste aus Innsbruck nach Villach fliehen, wobei er einen Teil seiner Bagage im Innsbrucker Schloss ließ. Aus seiner Beute brachte Kurfürst Moritz den prunkvollen Rock eines Ritters des spanischen Calatravaordens zurück nach Sachsen. Dieser ist in dieser Ausstellung ebenso zu sehen wie die Harnische des Kaisers des Herzog Moritz und des Kurfürsten Johann Friedrich, die diese in der Schlacht bei Mühlberg getragen haben, oder die Feldbinde der kaiserlichen Partei, die Moritz 1553 in der Schlacht bei Sievershausen trug, als er ein Jahr nach dem Fürstenaufstand im Vollzug der Reichsacht, mit der er den neu gewonnenen Reichsfrieden gegenüber Albrecht Alcibiades von Brandenburg durchzusetzen suchte, tödlich verwundet wurde. Die Leihgaben

für diese Sonderausstellung gelangten aus den Dresdner Sammlungen, aber auch aus Gotha, Berlin, München, New York, Paris, Cleveland, Madrid, Wien und mehr als dreißig weiteren Orten nach Torgau.

Im ersten Geschoss der Ausstellung geht es dann noch stärker als zu Anfang der Präsentation um die „Selbstdarstellung und Selbstverständnis des Herrschers im Zeitalter der Reformation“, wie der Untertitel der Sonderausstellung lautet. Für Sachsen symbolisiert dies vor allem Kurfürst August, der nach dem Tod seines Bruders auf dem Schlachtfeld von 1553 bis 1586 Sachsen zu einem lutherischen Musterstaat ausbaute, 1555 durch seine Räte großen Anteil am Zustandekommen des Augsburger Land- und Religionsfriedens hatte und mit dem 1574 verkündeten „Torgauer Bekenntnis“, aus dem das 1580 gedruckte Konkordienbuch hervorging, den von Luther verkündeten Glauben zu einer festumrissenen und zunächst unversöhnlich orthodoxen Konfession machte. Der Sohn und Nachfolger des Kurfürsten August, Christian I., unternahm, sich mehr an der liberalen Lehre Philipp Melanchthons als an der Lehre Luthers orientierend, im Jahre 1591 den Versuch einer Annäherung des Luthertums an den stetig erstarkenden Calvinismus. In Torgau kam es zum Bündnis zwischen dem sächsischen Kurfürsten und dem pfälzischen Kuradministrator Johann Casimir, zugleich Schwager von Christian I. Doch als wenige Monate später die beiden Protagonisten dieser politisch-religiösen Verbindung unvermutet verstarben, war diese epochale Chance vertan. Die Ausstellung erlaubt, schon wegen des beschränkten Raumes, skizzenhaft in den folgenden vier Räumen einen Blick auf das im Calvinismus erstarkende Pfälzer Kurfürstentum, auf das in der katholischen Reformation sich findende Herzogtum Bayern und auf die Macht der Kaiser im Reich.

Außerhalb des Schlosses, in der kursächsischen Kanzlei, wird an Beispielen vorgeführt, auf welche Weise diese, aber auch der Kreis um Luther und Melanchthon vor fast 500 Jahren Grundlagen der heutigen Kultur schufen. Sei es mit der in der Reformation zunehmend erstarkenden und sich differenzierenden fürstlichen Verwaltung, sei es in der Verwendung und virtuos von Luther weiterentwickelten obersächsischen oder „meißnischen“ Kanzleisprache, die zur Grundlage der allgemein im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation sich durchsetzenden hochdeutschen Sprache wurde. Erlebbar ist die abgründige Furcht Martin Luthers in den Bauernkriegen ebenso wie seine neue Deutung der säkularisierten Ehe als Keimzelle des Staates, aber auch die scharfe Kriegsführung der sich

trennenden Konfessionen mit Hilfe der Karikatur und des Schmähbildes. Letztlich, mit Blick auf die Stadtkirche und die Superintendentur, in der 1530 mit den Torgauer Artikeln die Grundlage des neuen Glaubens entwickelt wurden, wird sichtbar, wie bedeutend diese kursächsische Residenzstadt für die Institutionalisierung der protestantischen Kirche war.

Die Ausstellung „Luther und die Fürsten“ unternimmt an diesem authentischen Ort den Versuch, mit Hilfe ausgewählter und in besonderem Maße mit der Geschichte verbundener Kunstwerke, Prunkobjekte, Archivalien und Drucke den Besucher des 21. Jahrhunderts in eine der bewegtesten und folgenreichsten Phasen der europäischen Geschichte zurückzuführen, in der die heute etwas versteckt liegende kleine Stadt Torgau als Residenzstadt der Reformation eine große Rolle spielte.



© projekt2508 GmbH

Luther und die Fürsten.

1. Nationale Sonderausstellung zum 500. Reformationsjubiläum auf Schloss Hartenfels in Torgau, 15. Mai bis 31. Oktober 2015

Öffnungszeiten:

Di – So 10.00 – 18.00 Uhr

Harnisch von Karl V., sogenannte Rüstung von Mühlberg, Desiderius Helmschmied, Augsburg, 1544, auf dem rechten Armzeug datiert: »1544«
Patrimonio Nacional, Real Armeria, Palacio Real de Madrid, Inv.-Nr. A -165/Stahl, vergoldet

Autor

Prof. Dr. Dirk Syndram
Staatliche Kunstsammlungen Dresden
Residenzschloss
Taschenberg 2
01067 Dresden

Museum „Mühlberg 1547“ eröffnet

Lars-Arne Dannenberg

Während sich der Anteil Leipzigs an der Reformation zumeist an der Musik, namentlich dem Schaffen des Thomaskantors Johann Sebastian Bach, bemisst, führt die Schlacht bei Mühlberg stärker an den Beginn des auch militärisch ausgefochtenen Glaubenskonflikts. Die Schlacht bei Mühlberg am 24. April 1547 hat der kleinen Stadt an der Elbe einen Eintrag in die Geschichtsbücher beschert und nunmehr auch, just auf den Tag genau 468 Jahre nach der Schlacht, ein völlig neu gestaltetes Museum.

Schlacht bei Mühlberg

Die Schlacht bei Mühlberg war das furiose Finale des Schmalkaldischen Krieges, dem ersten Religionskrieg auf deutschem Boden, in dem sich die Truppen des Schmalkaldischen Bundes und die vereinigten Heere Kaiser Karls V. und seines Bruders Ferdinand I. gegenüberstanden.

Im Schmalkaldischen Bund hatten sich die protestantischen Reichsfürsten Weihnachten 1531 auf dem Schloss von Schmalkalden zusammengeschlossen, nachdem sie befürchten mussten, dass Kaiser Karl V. nach ergebnislosen Verhandlungen nunmehr gewaltsam den alten Glauben im Reich durchsetzen würde. Diesem Bündnis schlossen sich bald weitere evangelische Fürsten, Grafen und Reichsstädte an. Im Gegenzug gründeten die katholischen Reichsstände 1538 in Nürnberg die Katholische Liga, die jedoch weitgehend wirkungslos blieb. Stattdessen feierte der Schmalkaldische Bund in der Schlacht bei Lauffen 1534 seinerseits militärische Erfolge und setzte den evangelischen Herzog Ulrich von Württemberg wieder in sein Herzogtum ein. Der Sieg über den kaisertreuen katholischen Herzog Heinrich II. von Braunschweig-Wolfenbüttel 1542 im Wolfenbütteler Krieg deutete die wachsende Kriegsmacht des Schmalkaldischen Bundes an. Nach dem Ausgleich mit Frankreich wandte sich Kaiser Karl V. wieder den Angelegen-

heiten in Deutschland zu. Nachdem die protestantischen Reichsstände ihre Teilnahme am Konzil von Trient 1545 verweigerten und auch nicht zum Regensburger Reichstag 1546 erschienen, verhängte Karl V. über die Hauptleute des Schmalkaldischen Bundes, Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen, die Reichsacht.

Daraufhin brach im Sommer 1546 der Schmalkaldische Krieg aus. Beflügelt von den Erfolgen über den Welfenherzog hatte sich das protestantische Lager nach Süddeutschland vorgewagt und an der Donau ein starkes Heer aufgestellt. Es gelang aber Karl V. seine Truppen bei Ingolstadt zu vereinigen. Mit dabei auf kaiserlicher Seite war auch Herzog Moritz von Sachsen, was dem Konflikt eine besondere Brisanz verlieh, denn Herzog Moritz war zeitweilig am Hof seines kurfürstlichen Veters erzogen worden und stand auch mit Landgraf Philipp in enger Verbindung. Zudem bekannte er sich selbst zum lutherischen Glauben. Aber er hielt sich für den geeigneteren Kurfürsten, und er wollte die Leipziger Teilung von 1485 korrigieren. Tatsächlich hatte ihm Kaiser Karl V. bei einem Sieg über Kurfürst Johann Friedrich die sächsische Kurwürde in Aussicht gestellt.

Kurfürst Johann Friedrich zog sich nach Sachsen zurück und verschärfte den wettinischen Konflikt, als er in albertinisches Territorium einfiel. Im Winter 1546/47 belagerte er vergeblich den wichtigen Messehandelsplatz Leipzig. Im Frühjahr 1547 versammelten Karl V., Ferdinand I. und Herzog Moritz ihre Truppen bei Eger (Cheb) in Böhmen. Die alliierte Armee bestand aus etwa 23.000 Fußknechten und 6.300 Reitern, darunter neben deutschen Verbänden auch zahlreiche italienische und spanische Söldner sowie ungarische Husaren. Denen standen gerade einmal 21 Geschütze, etwa 1.000 Reiter und 5.000 Fußknechte Johann Friedrichs gegenüber. Der Kurfürst wich von Dresden und Meißen auf das Nordufer der Elbe aus, um im stark befestigten Wit-

tenberg Schutz zu suchen, als er bei Mühlberg überrascht wurde.

In einem Gewaltmarsch hatte der kaiserliche Heerführer Herzog Alba, Fernando Alvarez de Toledo, die Truppen bis vor Mühlberg geführt. Als sich die Morgennebel lichteten, entdeckten die kurfürstlichen Späher erste Truppen des Kaisers auf dem gegenüberliegenden Elbufer. Panik machte sich breit. Der Kurfürst, der sich gerade bei der sonntäglichen Morgenandacht befand, eilte nach Mühlberg, wo sein Generalfeldmeister Wolf von Schönberg allerdings nicht aufzufinden war. Also musste sein Kämmerer Hans von Ponickau den Rückzug organisieren, ein in militärischen Dingen völlig unerfahrener Mann. An die Spitze des Zuges stellte er den Proviantmeister mit der Kriegskasse. Danach die Geschütze, die er von den Deichen hatte abziehen lassen, und die Munitionswagen. Anschließend die Fußknechte und erst ganz zuletzt der Kurfürst inmitten der Reiterei, die immer wieder in die Fußknechte hineinsprengten, sich gegenseitig behinderten und nicht schnell genug vorwärts kamen. Zudem behinderten Zäune und Gräben den Weg. Der Tag endete für den Kurfürsten in einem Fiasko. Er wurde gefangen genommen und verlor wenig später die Kurwürde und große Teile seines Landes.

All diese Ereignisse einschließlich der Vorgeschichte werden in dem völlig neu gestalteten und zuvor aufwändig sanierten Museum „Mühlberg 1547“ erzählt.

Kein Schlachtenmuseum

Wie aber zeigt man eine Schlacht, wie zeigt man einen Krieg, in dem sich noch dazu gleich mehrere Konflikte entluden? Erstens Reichsgewalt contra Fürstenmacht, zweitens alter Glaube gegen neuer Glaube und schließlich der innerwettinische Gegensatz zwischen der albertinischen und der ernestinischen Linie.

Den größten Teil der Ausstellung nimmt die Schlacht bei Mühlberg ein. Dennoch ist das Museum „Mühlberg 1547“ kein eigentliches militärgeschichtliches Museum und schon gar kein Kriegs- oder Schlachtenmuseum. Ziel der Kuratoren um Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath vom Zentrum für Kultur//Geschichte war es, die europäische Dimension des Ereignisses hervorzuheben, denn Söldner aus halb Europa, aus Spanien, aus Italien, aus Frankreich, Neapolitaner neben ungarischen Husaren und natürlich tausende deutsche Landsknechte und Panzer-

reiter trafen an diesem Tag vor Mühlberg aufeinander. Sie wollten die Menschen zeigen, sie aus der anonymen Masse der rund 35.000 Schlachtenteilnehmer herausholen.

Das ist gerade bei den Söldnern schwer genug, so dass sich anderer Mittel bedient wurde. Gemeinsam mit dem Potsdamer Mediävisten Dr. Uwe Tresp wurde den Söldnern nicht in Form von Biografien ein Gesicht gegeben, sondern anhand ihrer Waffen und Ausrüstungsgegenstände, in denen sie sich erheblich unterschieden. Originale und originalgetreue Repliken lassen die Söldner vor dem Auge entstehen. Mangels museumseigener Exponate wurden vielfach Medieninszenierungen vorgenommen. Herzstück ist ein Medientisch, der den Tag aus

Medientisch zur Schlacht bei Mühlberg im Museum „Mühlberg 1547“



drei unterschiedlichen Perspektiven darstellt: zum einen aus der Sicht der katholisch-kaiserlichen Partei, zum anderen aus der kurfürstlich-protestantischen Sicht und schließlich aus der Sicht der Bevölkerung. Anhand der überlieferten Augenzeugenberichte wurde auf kaiserlicher Seite der spanische Reitergeneral Luis d'Ávila y Zuniga ausgewählt, auf kurfürstlicher Seite Wolf von Schönberg, der das Geschehen im Tross begleitete, sowie aus Sicht der Bevölkerung Bartel Strauchmann, ein Bürger des Städtchens Mühlberg, dessen Pferde tags zuvor von den Kurfürstlichen requiriert worden waren und der nun aus Verärgerung den Kaiserlichen eine Furt durch die Elbe gezeigt hatte.

Die Ausstellung führt in die Ereignisse der Reformation ein. Um den Konflikt zu verstehen, werden die unterschiedlichen Glaubensinhalte von Katholiken und Protestanten erklärt, denn in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft ist es heute kaum mehr verständlich, warum sich Christen mit Christen schlugen.

Dennoch ist das Museum „Mühlberg 1547“ kein Reformationsmuseum – und doch ist es auch wieder eines, denn es erzählt von einer

wichtigen Etappe im Religionskonflikt. Der Ausgang der Schlacht markiert eine Zäsur, die weichenstellend war für die künftige territoriale, herrschaftliche und auch konfessionelle Gestaltung in Mitteldeutschland. So hatte der in der Schlacht unterlegene Kurfürst Johann Friedrich die Kurwürde und große Teile seines Territorium, darunter den Kurkreis um Wittenberg, an seinen Vetter Herzog Moritz von Sachsen abtreten müssen. Nach der Niederlage und der Auflösung des Schmalkaldischen Bundes musste sich die protestantische Partei neu formieren. Der nunmehrige Kurfürst Moritz von Sachsen, dem Zeit seines Lebens der Makel eines „Judas von Meissen“ anhaftete, stellte sich an die Spitze der protestantischen Reichsstände und erreichte schließlich im Passauer Vertrag 1552 mit König Ferdinand I. die Anerkennung des lutherischen Bekenntnisses auf Reichsebene. Damit bereitete sein Handeln den Augsburger Religionsfrieden vor, der 1555 das Zusammenleben der Konfessionen friedlich regelte. Zunächst aber befand sich Kaiser Karl V. nach der Schlacht bei Mühlberg auf dem Höhepunkt seiner Macht. Gemäß seinem universal-christlichen Herrschaftsverständnis glaub-

**Ausstellungsraum im Museum
„Mühlberg 1547“ mit
Inszenierung der Sieger und
Verlierer der Schlacht**



te er, die renitenten Herren und Fürsten, die Abweichler vom rechten Glauben, ein für alle Mal in die Schranken gewiesen und die Einheit des Reiches auch in konfessioneller Hinsicht wieder hergestellt zu haben. Dementsprechend wurde die Schlacht auf Medaillen, Gobelins, Vasen, Gemälden u.a.m. verherrlicht. Erinnert sei nur an das berühmte Gemälde Tizians, das den siegreichen Kaiser Karl V. als heroische Reiterfigur nach der gewonnenen Schlacht bei Mühlberg zeigt, wengleich in einer idealisierten Landschaft, oder an die Fresken auf den Säulenfüßen des eindrucksvollen Westportals auf der berühmten Alhambra hoch über Granada in Andalusien. Aber noch sehr viel mehr Bezüge zu Mühlberg lassen sich in Spanien finden, etwa in Alba de Tormes, der einst prächtigen Residenz des gleichnamigen Herzogsgeschlechts, von der heute nur noch das turmartige Zeughaus erhalten geblieben ist, das aber einige prächtige Fresken im Inneren enthält, die Szenen der Schlacht wiedergeben. Fernando Alvarez de Toledo, Herzog von Alba, hatte seine Taten verewigen lassen und vor allem die Gefangennahme des Kurfürsten für sich reklamiert. So ist insbesondere in Spanien

„Mühlberg“ bis heute zumindest dem Namen nach bekannt.

Die erstaunlichste Metamorphose erlebte indes der „geborene“ Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, wie er sich nach der Entlassung aus der mehrjährigen kaiserlichen Gefangenschaft beinahe etwas trotzig nannte. Seine Anhänger deuteten die militärische Niederlage nämlich in einen Sieg des Glaubens um. Johann Friedrich, der die Schlacht und seine Kurwürde verloren hatte, wurde zum Märtyrer, zum gerechten Streiter Gottes stilisiert. Auch von diesen ganz verschiedenen Deutungen einundderselben Schlacht erzählt das Museum.

Das Museum „Mühlberg 1547“ wird künftighin eine wichtige Rolle in der Reformationslandschaft einnehmen, die bislang zumeist noch auf die Wartburg in Thüringen, Wittenberg in Sachsen-Anhalt und Torgau in Sachsen verkürzt wird. Das Städtchen Mühlberg/Elbe wird mit seinem neuen Museum zum Vertreter Brandenburgs innerhalb der Reformationslandschaft – denn Mühlberg, das 1815 an das Königreich Preußen gelangte und bis 1952 der Provinz Sachsen bzw. Sachsen-Anhalt zugeordnet war, gehört seit 1990 zu Brandenburg.

Propstei Mühlberg, heute Museum „Mühlberg 1547“





Propstei Mühlberg, Diele im Obergeschoss mit freigelegten Wandmalereien aus der 2. Hälfte der 1530er Jahre

Das Museum ist in die Trägerschaft des Landkreises Elbe-Elster übergegangen und in den neu gegründeten Museumsverbund mit Einrichtungen in Doberlug, Finsterwalde und Bad Liebenwerda integriert worden.

Die Propstei

Mit dem aufwändig sanierten Museumsbau erhält dieser neue Status einen würdigen und vorzeigbaren Rahmen. Das historische Gebäude ist selbst ein Ausstellungsstück. Dabei handelt es sich um die Propstei, ein in den 1530er Jahren errichteter Renaissancebau, dessen Räume über und über mit wertvollen Wandmalereien ausgestaltet sind und das seinesgleichen in Mittel- und Norddeutschland sucht. Natürlich wird auch die Hausgeschichte dem Besucher erzählt und ausgewählte Wandmalereien erklärt, die die Besucher ein Stück weit in die Lebenswelten des Propstes, des Seelsorgers und weltlichen Vertreters des Zisterzienserinnenklosters St. Marienstern Mühlberg, eintauchen lassen.

Stadt- und Klostergeschichte

Darüber hinaus gibt es noch zwei weitere Ausstellungsbereiche. Neben der Schlacht bei

Mühlberg und den Ereignissen der Reformation wird auch die Stadtgeschichte Mühlbergs dargestellt. Mühlbergs Geschichte war und ist geprägt vom Leben am und mit dem Fluss. Die Elbe war Segen und Fluch zugleich, war Lebenselixier und Bedrohung, wie die jüngste Hochwassergefahr im letzten Jahr erst wieder eindrücklich gezeigt hat. Es handelt sich bei Mühlberg um eine jener zahlreichen Gründungsstädte des ausgehenden 12. oder frühen 13. Jahrhunderts, wie der relativ gleichmäßige Schachbrettgrundriss verrät. Allerdings besitzt Mühlberg eine Besonderheit, denn der Ort besteht eigentlich aus zwei Städten; aus der etwas älteren Altstadt einerseits und der wenig später gegründeten, auf einer Elbinsel gelegenen Neustadt andererseits. Beide Städte waren durch einen heute trockenen Elbarm voneinander getrennt. Mühlberg blieb jedoch – anders als etwa Dresden oder Magdeburg – durch all die Jahrhunderte ein eher bescheidenes Handwerker- und Ackerbürgerstädtchen, deren Handwerker sich aber im Laufe der Jahrhunderte zu einer stattlichen Zahl an Innungen zusammengeschlossen hatten. Wie in einem riesigen Setzkasten werden die Innungsläden präsentiert und veranschaulichen den bürgerlichen Alltag der Kleinstadt.



Propstei Mühlberg,
Museum „Mühlberg 1547“,
Ausstellungsbereich zur
Stadtgeschichte mit Innungsladen
und Innungszinn

Daneben ist das Innungszinn, darunter die imposanten „Willkomm“, wie in einer Silberwand aufgereiht. Beim sog. Willkomm handelt es sich um einen großen Trinkpokal, der zu besonderen Anlässen wie Meisterküren herumgereicht wurde. Diese für die Innungen wertvollen Gegenstände wurden neben den Statuten in den Innungsladen bei den Innungsaltesten aufbewahrt. Das Leben am und mit dem Fluss wird durch eine stilisierte Flusslandschaft, die sich quer durch den Raum legt, veranschaulicht. Eindrückliche Exponate, wie das Modell einer der früher zahlreich das Ufer säumenden Schiffsmühlen, Fischereigeräte, wie Beiboote, oder auch Relikte aus dem bis 2008 reichenden Fährbetrieb über die Elbe, lassen den beschwerlichen Alltag erahnen.

Gemeinsam mit Dr. Uwe Tresp, Potsdam, und dem Gestalterbüro it's about aus Berlin wurde um die beste Präsentation der Exponate gerungen, wurden äußerst knappe und dennoch sehr informative Texte erstellt, und es wurde nach Lösungen für interaktive Ausstellungsmodule gesucht, wie einem sog. Wimmelbild nach dem Gemälde von Herneysen, Die ganze Christenheit, das eindrücklich die lutherischen Glaubensinhalte vorstellt, oder die über ein Touchscreen ansteuerbare Schmähbibel, ein Flugblatt, das in einzelnen Bildfolgen den Schmalkaldischen Krieg sowie den innerwettinischen

Konflikt in Erzählungen des Alten und Neuen Testaments einordnet und natürlich den schon erwähnten Medientisch.

Lager Mühlberg

Und auch die Geschichte der beiden Lager Mühlbergs wird nicht ausgespart, die der Stadt gleichfalls einen, wenn auch negativen, Eintrag in die Geschichtsbücher beschert hat. Dieser Ausstellungsteil wurde von Dr. Christoph Schölzel aus Berlin kuratiert. Ganz in der Nähe, in Neuburxdorf, hatten die Nationalsozialisten eines ihrer Kriegsgefangenenlager errichtet. Das Stalag (Stamm lager) IV B wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der sowjetischen Besatzungsmacht als eines der berüchtigten Speziallager weitergeführt. Im Speziallager Nr. 1 waren mehr als 21.800 Häftlinge untergebracht, von denen 6.700 an Hunger und Krankheiten starben. 1948 wurde das Lager geschlossen; ein Teil der Insassen kam nach Waldheim oder wurde in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert.

Entstanden ist mithin ein attraktives und modernsten Ansprüchen genügendes Museum in einem beeindruckenden historischen Gemäuer, in dem der Besucher auf kurzweilige und informative Art und Weise Wissenswertes zu mehreren Themen und Epochen erfährt. Überzeugen Sie sich selbst!



**Museumsverbund
Landkreis Elbe-Elster
Museum Mühlberg 1547**
Klosterstraße 9
04931 Mühlberg/Elbe
Tel.: 035342-837000 oder 837002
museum-muehlberg1547@lkee.de
www.museumsverbund-lkee.de

Öffnungszeiten:
April bis September
Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr
Oktober bis März
Di – So 10.00 bis 17.00 Uhr

Wie Sachsen geteilt wurde

Die „sächsische Frage“ auf dem Wiener Kongress 1815

Matthias Donath

Vor 200 Jahren wurde auf dem Wiener Kongress die Teilung Sachsens beschlossen. König Friedrich August I. von Sachsen (1750–1827) musste 58 Prozent seines Landes abtreten. 42 Prozent der Einwohner Sachsens kamen, ohne dass sie gefragt wurden, unter preußische Herrschaft. Abgetreten wurden nahezu zwei Drittel der Oberlausitz, die gesamte Niederlausitz, der Wittenberger Kreis (Kurkreis), Teile des Meißner und des Leipziger Kreises, die Stifter Merseburg und Naumburg, der Thüringer Kreis, der Neustädter Kreis, der sächsische Anteil der Grafschaft Henneberg sowie mehrere Orte des Vogtländischen Kreises.

Durch neue Forschungen war es möglich, die Akten des Wiener Kongresses genauer auszuwerten und den Verlauf der Verhandlungen nachzuzeichnen.¹ Dabei wurde deutlich, dass zahlreiche weit verbreitete Urteile überdacht werden müssen. So wird die 1815 beschlossene „blutige Zerreißung“ Sachsens oftmals allein der preußischen Seite zugeschrieben, und der Grenzverlauf diene allein dem militärischen Interesse des Königreichs Preußen, eine „strategische Aufmarschbasis für den nächsten Krieg gegen Österreich zu schaffen.“² Aus den Kongressakten geht jedoch hervor, dass die Grenzlinie mitten durch Sachsen keineswegs von Preußen gefordert worden war. Vielmehr wollte der preußische König Sachsen ungeteilt der preußischen Monarchie angliedern. Österreich, Frankreich und England konnten das durch diplomatisches Geschick verhindern und einen Kernbestand des Königreichs Sachsen erhalten. Der Grenzverlauf beruhte auf Vorschlägen Österreichs, weil diese andere deutsche Großmacht eigene militärische Ziele verfolgte.

Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen hatte im Friedensvertrag von Posen vom 12. Dezember 1806, der ihm den Königstitel

bescherte, vom französischen Kaiser Napoleon Bonaparte (1769–1821) die Zusage erhalten, den Cottbusser Kreis in sein Königreich eingliedern zu können. Dieses vollständig von sächsischem Gebiet umgebene, jedoch unter preußischer Hoheit stehende Territorium wurde am 12. September 1807 dem Königreich Sachsen unterstellt, nachdem Napoleon seinen preußischen Widersacher, König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), militärisch besiegt hatte. Zudem wurde dem sächsischen König die Würde eines Großherzogs von Warschau übertragen. Das neu geschaffene Großherzogtum Warschau war ein selbständiger Staat, der lediglich in Personalunion mit Sachsen verbunden war. 1808 musste der König von Sachsen kleinere Landesteile an das von Napoleon neu geschaffene Königreich Westphalen abtreten: das Amt Gommern des Kurkreises, die Grafschaft Barby, den sächsischen Anteil der Grafschaft Mansfeld sowie den sächsischen Anteil der Ganerbschaft Treffurt und der Vogtei Dorla.³ Nach der Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und der Gefangennahme des sächsischen Königs wurde Sachsen als besiegtes Land behandelt und besetzt. Der Cottbusser Kreis fiel unverzüglich an Preußen zurück. Das von den Alliierten geschaffene und zunächst unter die Aufsicht des russischen Fürsten Nikolai Repnin-Wolkonski (1778–1845) gestellte „General-Gouvernement der Hohen Verbündeten Mächte“ bediente sich überwiegend sächsischer Beamter, die jedoch dem russischen Zaren zur Treue verpflichtet waren. Wichtige Positionen waren mit Verwaltungsfachleuten besetzt, die als „Franzosenfeinde“ galten und eine Angliederung Sachsens an Preußen befürworteten. Die Verwaltung zielte auf die Eingliederung Sachsens in die preußischen Monarchie ab. Das entsprach ganz den Interessen Russlands und Preußens, die sich in

1 Vgl. die Kongressakten in Johann Friedrich Klüber, Acten des Wiener Congresses. Bd. 1-8, Erlangen 1815-1819; Comte d'Angeberg [Leonard Borejko Chodźko], Le Congrès de Vienne et les traités de 1815. Bd. 1/2, Paris 1863/64; Klaus Müller (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Wiener Kongresses 1814/15, Darmstadt 1986.

2 Vgl. Karlheinz Blaschke, Bewahrte Einheit. Die Oberlausitz in den 130 Jahren erzwungener Teilung 1815-1945, in: Karlheinz Blaschke, Beiträge zur Geschichte der Oberlausitz. Gesammelte Aufsätze, Görlitz/Zittau 2000, S. 165.

3 Rudolf Jenak, Ursachen und Hintergründe der sächsischen Territorial-Abtretungen an das Königreich Westphalen im Jahre 1808, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 74/75 (2003/2004), S. 443-453.

der Konvention von Kalisch im Februar 1813 bereits auf eine ungefähre Aufteilung der von Napoleon befreiten Länder geeinigt hatten. Zar Alexander I. von Russland (1777–1825) hatte die Zusage erhalten, dass er den größten Teil des Großherzogtums Warschau erhalten werde. Er wollte ein formal eigenständiges Königreich Polen schaffen und dieses in Personalunion mit Russland verbinden. Da Preußen bei dieser Aufteilung Gebiete verlor, die es bei der zweiten und dritten Teilung Polens erhalten hatte, war es naheliegend, Preußen mit Sachsen zu entschädigen. Als sich die verbündeten Mächte im September 1814 in Wien versammelten, um auf Einladung des Kaisers Franz I. von Österreich (1768–1835) und des österreichischen Außenministers Clemens Wenceslaus Lothar Fürst von Metternich (1779–1859) einen umfassenden Friedensvertrag auszuhandeln und eine Neuordnung der Ländergrenzen in Europa vorzunehmen, glaubte die preußische Seite, ihre Forderung nach der Einverleibung Sachsens rasch durchsetzen zu können. Der Vertreter Englands, Robert Viscount Castlereagh (1769–1822), stimmte am 11. Oktober 1814 in einer Note der Annexion Sachsens zu.⁴ Auch von Österreich erhoffte man sich eine Zustimmung. Doch in einer Note an den Bevollmächtigten des preußischen Königs, den Fürsten Carl August von Hardenberg (1750–1822), vom 22. Oktober 1814 formulierte Metternich die Bedingungen für die Zustimmung zu einer Friedensordnung.⁵ Wie es in einem Nebensatz heißt, gebe man zu bedenken, ob nicht ein „Kern“ des Königreiches Sachsen erhalten bleiben könne. Dabei bliebe den Mächten die Aufgabe erspart, den König von Sachsen andernorts zu entschädigen. Freilich überlas Hardenberg diesen Nebensatz und erblickte in der Note die Zustimmung Österreichs zu einer Angliederung Sachsens.

In einem nicht datierten Memorandum vom Oktober 1814 trug der österreichische Diplomat Johann Freiherr von Wessenberg (1773–1858) die Argumente zusammen, die gegen eine Annexion Sachsens sprachen. In diesem machte er erstmals den Vorschlag für eine Landesteilung.⁶ Dem König von Preußen sollten die Niederlausitz, der Wittenberger Kreis (bis 1806 Kurkreis), die Ämter Barby, Gommern, Querfurt und Jüterbog, der sächsische Anteil der Grafschaft Mansfeld sowie sechs Ämter des Thüringer Kreises (Eckartsberga, Freyburg, Sangerhausen, Weißensee, Sachsenburg, Langensalza) mit insgesamt 432.400 Einwohnern zufallen. Als Begrün-

dung hieß es: Eine direkte Grenze zwischen Österreich und Preußen sei zu verhindern, weil sie immer wieder zu Reibungen zwischen beiden Mächten führen würde.

Der Wiener Kongress, der aus einem „System von Einzelberatungen“⁷ bestand, befasste sich zunächst mit anderen Fragen, unter anderem mit dem Schicksal Polens. Preußen, Österreich und England waren keineswegs bereit, Zar Alexander I. das Großherzogtum Warschau allein zu überlassen. Die „polnische Frage“ war eng mit der „sächsischen Frage“ verknüpft, weil der König von Preußen bei Zugeständnissen an den Zaren von diesem erwartete, er werde eine vollständige Angliederung Sachsens an Preußen befürworten. Dass die beiden Verbündeten sich untereinander geeinigt hatten, beweist die Tatsache, dass die Leitung des Generalgouvernements des Königreiches Sachsen am 10. November 1814 dem preußischen Staatsminister Eberhard Freiherr von der Recke (1744–1816) sowie dem preußischen Generalmajor Friedrich Wilhelm Leopold Freiherr von Gaudi (1765–1832) übertragen wurde. Fürst Repnin erklärte den sächsischen Landesbehörden, er sei angewiesen, das Gouvernement den preußischen Bevollmächtigten zu übergeben, „um dadurch die Verbindung Sachsens mit Preußen, welche nächstens auf eine noch förmlichere Weise bekannt gemacht werden wird, einzuleiten, und beide Völker gleichsam zu verbinden“.⁸ König Friedrich Wilhelm III. habe erklärt, Sachsen nicht als eine Provinz seiner Monarchie einzuverleiben, sondern es als eigenständiges Königreich unter Beibehaltung der Verfassung erhalten zu wollen.

Dieser eilige Vorstoß Russlands und Preußens, der nicht mit den anderen Mächten abgesprochen war, schuf zwar erst einmal Fakten, doch dürfte dies zu Verstimmungen bei den anderen Kongressteilnehmern geführt haben, und insbesondere Österreich gedachte nun eine vollständige Angliederung Sachsens an Preußen, die durchaus erwogen worden war, abzulehnen, weil die österreichische Seite ein zu starkes Vordringen Preußens und Russlands in den mitteleuropäischen Raum befürchtete. Das Einvernehmen zwischen Preußen und Österreich zerbrach.

Der Streit um die „sächsische Frage“ verdichtete sich im Dezember 1814. Metternich lehnte in einer Note an Hardenberg vom 10. Dezember 1814 eine Abtretung ganz Sachsens an Preußen ab.⁹ Um Preußen entgegenzukommen, schlug er eine Teilung des Lan-

4 Müller, Quellen (wie Anm. 1), S. 211–212.

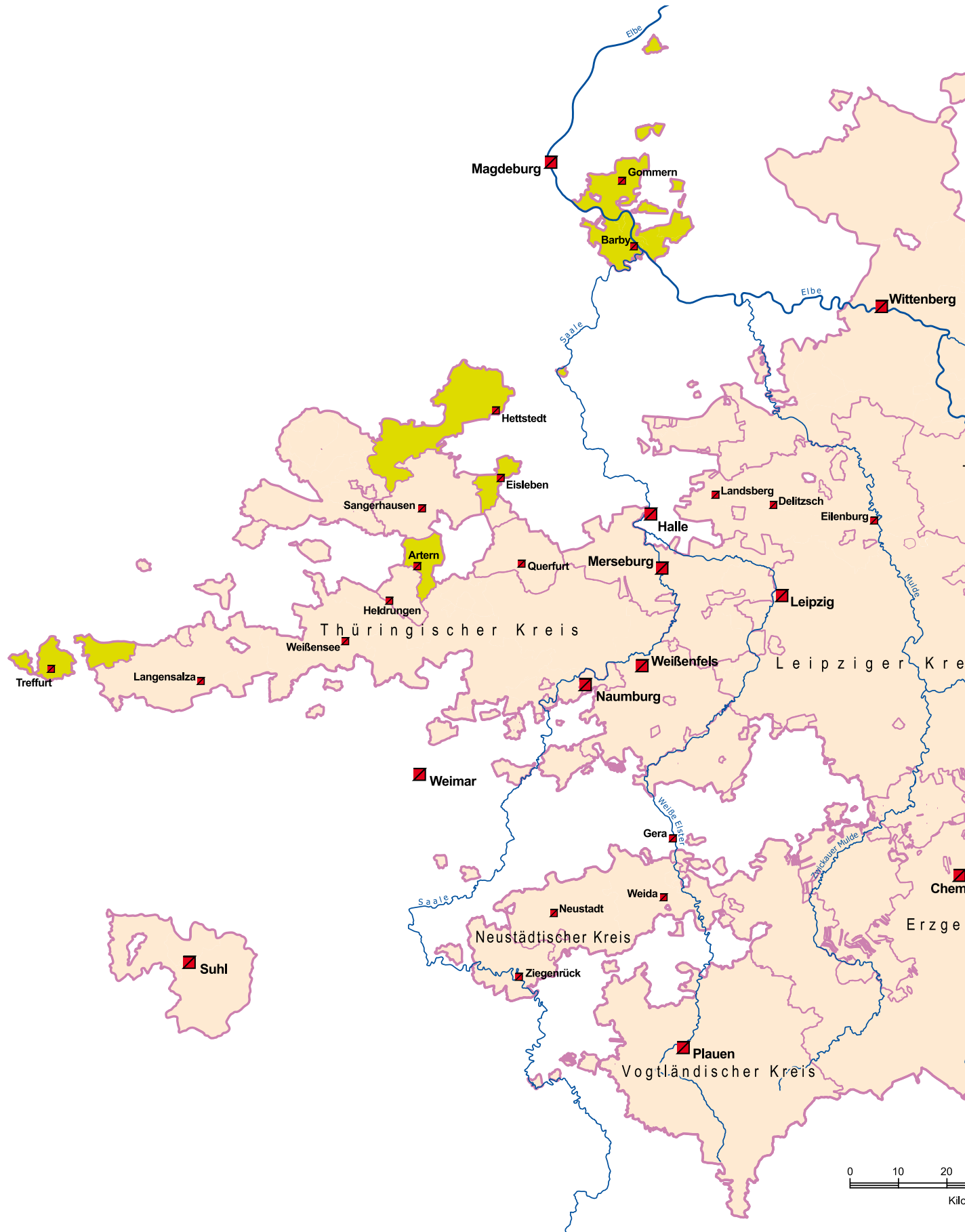
5 Ebd., S. 214–219.

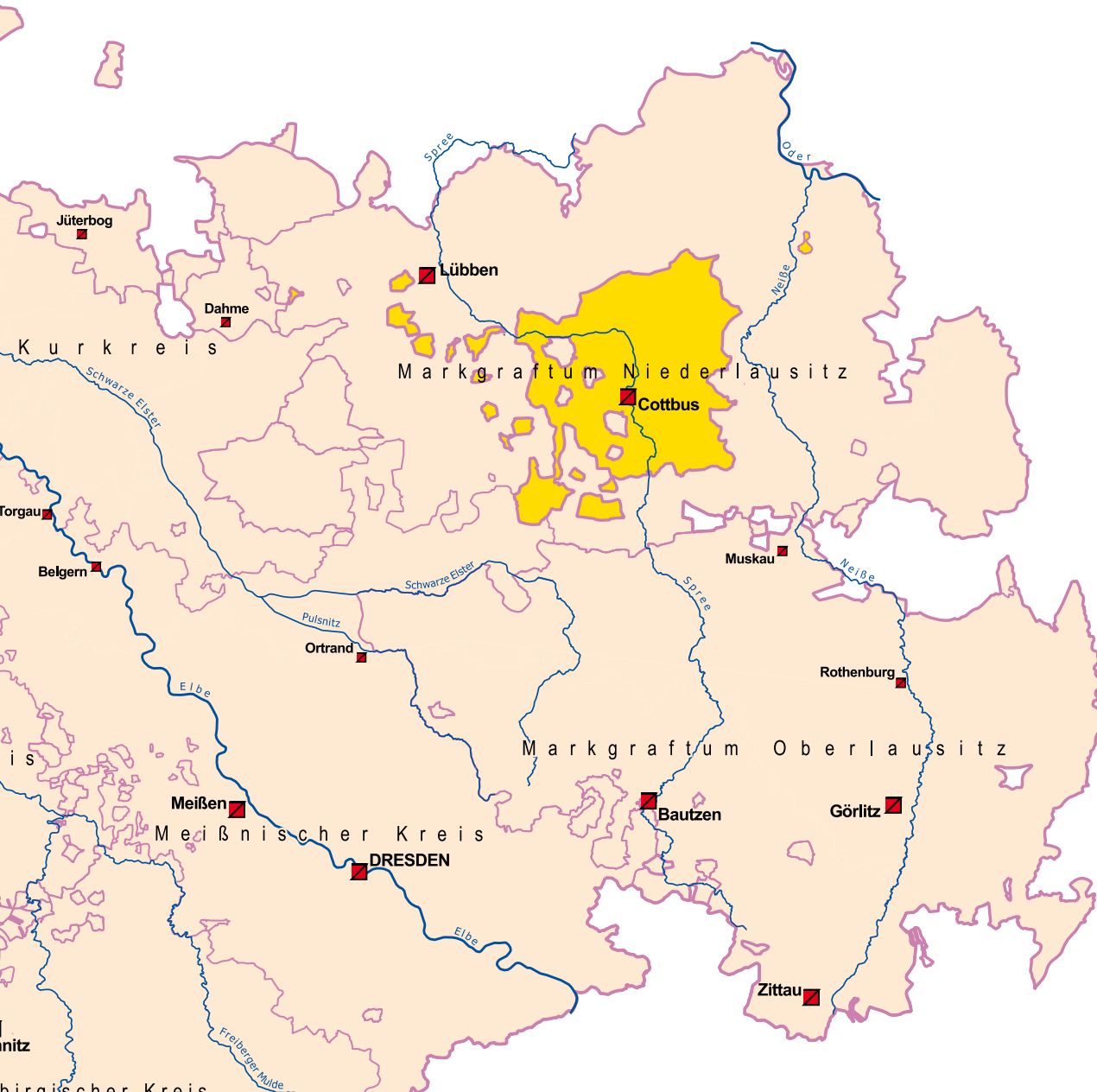
6 Ebd., S. 226–230.

7 Reinhard Stauber, Von der „prunklosen Konferenz“ zur „diplomatischen Explosion“. Polen, Sachsen und die Probleme der Verhandlungen auf dem Wiener Kongress, in: Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Thomas Brechenmacher (Hrsg.), Die Nieder- und Oberlausitz. Konturen einer Integrationslandschaft. Bd. III: Frühes 19. Jahrhundert, Berlin 2014, S. 21–37, hier S. 26.

8 Klüber, Acten (wie Anm. 1), Bd. 1, Heft 2, S. 1–4.

9 Angeberg, Congrès de Vienne (wie Anm. 1), S. 505–510; Müller 1986, S. 254–258.

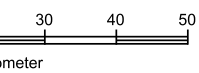




Grenzveränderungen des Königreiches Sachsen zwischen 1807 und 1818
Grenzverlauf 1807

- Grenze des Königreiches Sachsen (1806)
- von Preußen an Sachsen (1807)
- von Sachsen an das Königreich Westphalen (1807)
- nicht von Gebietsveränderungen betroffene Teile des Königreiches Sachsen

Kartographie: Uwe Ulrich Jäschke & Rico Illés
 Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
Auftraggeber: Sächsisches Staatsarchiv
Copyright
 Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Ausschließliche Nutzungsrechte sind dem Sächsischen Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden, vorbehalten.



des vor. Der Note war ein Anhang beigelegt, in dem Preußen größere Gebietsgewinne zugesagt wurden. Der König von Preußen sollte Teile Polens, verschiedene Gebiete im Westfälischen Reichskreis sowie den nördlichen Teil Sachsens mit 432.400 Einwohnern erhalten. Zur Abtretung wurden jene Landesteile vorgeschlagen, die Wessenberg in seinem Papier vom Oktober 1814 aufgelistet hatte. Preußen wurde damit ein Fünftel des sächsischen Staatsgebiets angeboten.

Metternich wollte die vollständige Einverleibung Sachsens verhindern, um nicht auch noch am Erzgebirgskamm eine gemeinsame Grenze zwischen Preußen und Österreich zu erhalten, nachdem das preußische Schlesien schon an Böhmen und den österreichischen Teil Schlesiens grenzte. Da man auch nach einem Friedensschluss eine militärische Bedrohung durch Preußen erwartete, sollte ein „Pufferstaat“ nördlich des Erzgebirgskamms, möglichst unter Einschluss der Festung Torgau, die beiden Großmächte voneinander trennen. Metternich wollte sich ein militärisches Vorfeld erhalten, um allzu schnelle Angriffe Preußens auf Böhmen zu verhindern. Außerdem widersprach es seiner Vorstellung eines von Gott eingesetzten Königiums, einen legitimen König abzusetzen, zumal dieser König aus einer befreundeten (katholischen) und mit dem österreichischen Kaiserhaus verwandten Dynastie stammte.

Einen zu starken Machtzuwachs Preußens befürchteten nunmehr auch England und Frankreich. Am 19. Dezember 1814 übergab der französische Außenminister Charles-Maurice Herzog von Talleyrand-Périgord (1754–1838), der als Vertreter des besiegten Frankreich zunächst nicht an den Verhandlungen über Gebietsfragen zugelassen war, einen Brief an Metternich. Darin betonte er, dass mit einer „Aggressionsmacht“ („force d’aggression“) an der Grenze zu Böhmen kein Gleichgewicht der Mächte erreicht werden könne. Großbritannien wiederum wollte ein zu starkes Vordringen Russlands nach Mitteleuropa sowie ein zu starkes Preußen verhindern. Daher lehnte Castlereagh nunmehr ebenfalls eine vollständige Angliederung Sachsens an Preußen ab. Er bot sich an, in der „sächsischen Frage“ als Vermittler aufzutreten, wobei er offen für eine Teilung Sachsens warb. In Unterredungen am 19. und 20. Dezember 1814 mit Hardenberg und Fürst Adam Georg Czartoryski (1770–1861), der auf russischer Seite an den Verhandlungen teilnahm, versuchte er, Preußen und

Russland von einer vollständigen Annexion Sachsens abzubringen.¹⁰ Als realistischen Zugewinn für Preußen betrachtete er einen beträchtlichen Teil Nordsachsens mit den Festungen Wittenberg und Torgau sowie die Ober- und Niederlausitz. Dagegen beharrte Hardenberg unverändert auf dem preußischen Anspruch auf Sachsen und auf einer Entschädigung des Königs in Westphalen oder auf dem linken Rheinufer.¹¹ Preußen werde eher in den Krieg ziehen, als nur einen Teil Sachsens zu akzeptieren. Der Kongress drohte somit an der „sächsischen Frage“ zu scheitern.

Um die verhärteten Fronten aufzubrechen, griff Castlereagh zu einem Verfahrenstrick: Da Preußen bei seinen Forderungen immer argumentierte, einen Ausgleich für die abzutretenden polnischen Gebiete erlangen zu wollen, schlug er vor, eine Kommission einzusetzen, die für jene zur Disposition stehenden Gebiete die Bevölkerungszahlen ermitteln sollte.¹² Die Entschädigungen sollten dabei nicht nach der Fläche, sondern nach der Zahl der Einwohner bestimmt werden. Castlereagh hoffte, bei einer genauen Berechnung der Einwohnerzahlen einen präzisen Plan für einen Bevölkerungsausgleich vorlegen zu können, der es Preußen ermögliche, einen Teilverzicht auf Sachsen zu leisten, denn letztlich standen fiskalische Interessen im Raum. Da die anderen Mächte den Vorschlag unterstützten, wurde innerhalb von nur vier Tagen eine mit Vertretern Österreichs, Preußens, Russlands, Frankreichs und Großbritanniens besetzte „Statistische Grundlagenkommission der Verbündeten Mächte“ („Commission chargée et poser des bases statistiques pour servir aux travaux des puissances réunies à Vienne“) eingerichtet. Am Heiligabend 1814 kam sie zu ihrer ersten Arbeitssitzung zusammen.

Am 27. Dezember 1814 beantragte der russische Gesandte Andrej Kyrillowitsch Rasumowsky (1752–1836) die Einberufung einer Konferenz der vier Mächte Russland, Österreich, Preußen und Großbritannien zur endgültigen Lösung der sächsischen Frage. Die erste dieser Konferenzen fand bereits am 29. Dezember statt. Österreich forderte, die „sächsische Frage“ unter Beteiligung und Zustimmung des Königs von Sachsen zu lösen, was Preußen und Russland aber kategorisch ablehnten. Auch die zweite Konferenz am 31. Dezember brachte keinen Fortschritt. Die Interessengegensätze waren so groß, dass der Ausbruch eines Krieges zwischen den Mächten möglich schien. Harden-

10 Reinhard Stauber, Legitimität oder Länderschacher? Zur Arbeit der Statistischen Kommission auf dem Wiener Kongress 1814/15, in: Frank Göse/Winfried Müller/Kurt Winkler/Anne-Katrin Ziesak (Hrsg.), Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft. Erste Brandenburgische Landesausstellung Schloss Doberlug 2014, Dresden 2014, S. 382.

11 Müller, Quellen (wie Anm. 2), S. 259–264.

12 Stauber, Legitimität (wie Anm. 12), S. 382–389.

berg drohte, würden Österreich und Großbritannien ihre Zustimmung zur Angliederung Sachsens verweigern, so betrachteten das Preußen und Russland als Kriegserklärung. Unter dem Eindruck dieser Drohungen schlossen Österreich, Großbritannien und Frankreich am 3. Januar 1815 ein gegen Russland und Preußen gerichtetes Bündnis, in dem sie sich bei einem Angriff gegenseitige militärische Hilfe zusicherten.¹³ Die unverhohlene Drohgebärde führte schließlich zu einem Einlenken Preußens in der „sächsischen Frage“. Zwar gab Hardenberg vor, nach wie vor auf der vollständigen Eingliederung Sachsens zu bestehen. Der König von Sachsen solle mit einem Gebiet am linken Rheinufer abgefunden werden. Doch unter dem Druck der anderen Mächte war er dann doch zu einer Kompromisslösung bereit.

Zur Sitzung am 12. Januar 1815, zu der erstmals Frankreich zugelassen war, legte Metternich einen Gegenvorschlag („Contre-projet austrichien“) vor, in dem er auf den Erhalt eines Kerns des Königreichs Sachsen beharrte, aber dem preußischen König größere Zugeständnisse machte.¹⁴ Die Grenzlinie sollte in der Oberlausitz zunächst der Wittig und dann der Neiße folgen, so dass Görlitz auf sächsischer Seite geblieben wäre. Dann sollte eine Linie südlich von Rothenburg, das an Preußen gefallen wäre, über Königswartha und Wittichenau bis zur Schwarzen Elster und weiter entlang dieses Flusses bis zur Elbe gezogen werden. Zwischen Belgern und Torgau sollte die Elbe die Grenze bilden. Damit wäre die Festung Torgau noch auf sächsischer Seite geblieben. Nördlich von Leipzig sollte die Grenzen entlang der Linie Torgau – Eilenburg – Delitzsch – Landsberg verlaufen. Westlich von Leipzig war die Saale als Grenzlinie vorgesehen, und zwar so, dass Zeitz, Weißenfels und Naumburg sächsisch geblieben wären, während Merseburg auf preußischer Seite gelegen hätte. Dem König von Preußen wurde somit eine Hälfte der Oberlausitz, die Niederlausitz, der Wittenberger Kreis, Teile des Leipziger Kreises, der überwiegenden Teil des Thüringer Kreises, der gesamte Neustädter Kreis sowie die sächsischen Anteile der Grafschaften Henneberg und Mansfeld angeboten. Insgesamt wären 782.249 von 2.085.911 Einwohnern unter preußische Hoheit gelangt.

Bei der Grenzziehung fällt auf, dass Metternich nicht Castlereaghs Vorschlag folgte, beide Lausitzen an Preußen abzutreten. Das hätte bedeutet, dass das Königreich Preußen

im Bereich der Oberlausitz bis an die böhmische Grenze vorgerückt wäre. Um das zu verhindern, schlug Metternich eine Teilungslinie durch die Oberlausitz vor. Außerdem versuchte er, die Festung Torgau und die größeren Städte an der Saale für Sachsen zu sichern. Die Militärs am österreichischen Hof hatten darauf gedrängt, dass die Festungen Erfurt und Torgau keinesfalls in preußische Hände fallen dürften. Auch Bautzen und Zittau müssten in sächsischer Hand bleiben.

Am 19. Januar 1815 veröffentlichte die statistische Kommission ein genaues Verzeichnis der Einwohnerzahlen der Kreise und Ämter des Königreichs Sachsen.¹⁵ Am 28. Januar berieten die Mächte nochmals Metternichs Teilungsplan. Dabei wurden die Einwohnerzahlen nach den Angaben der Statistischen Kommission nachgerechnet. Dabei kam man zu dem Ergebnis, dass in dem für Preußen vorgesehenen Gebiet nur 723.311 und nicht 782.249 Einwohner lebten. Unter Berücksichtigung auch der anderen Territorien in Nord- und Westdeutschland, die Metternich in seinem „Contre-projet“ Preußen zugestehen wollte, ergab die Nachrechnung ein Defizit von 264.311 Einwohner, die folglich durch zusätzliche Gebietsabtretungen an Preußen gelangen sollten.¹⁶

Nachdem Hardenberg schon am 13. Januar angedeutet hatte, dem Erhalt eines stark verkleinerten Königreichs Sachsen mit der Umgebung Dresdens und Teilen des Erzgebirges zustimmen zu können, wurden die Verhandlungen am 28. Januar 1815 fortgesetzt. Dabei erreichte Metternich die grundsätzliche Zustimmung der preußischen Seite zu einer Teilung Sachsens. Die erst unter dem 8. Februar in den Kongressakten veröffentlichten Aufzeichnungen Hardenbergs lassen erkennen, dass sich Preußen allerdings nicht mit der von Österreich vorgeschlagenen Teilungslinie zufrieden gab.¹⁷ Hardenberg bemängelte, dass nach Metternichs Plan von den 28 größten Städten des Königreich Sachsens nur acht zu Preußen kommen sollten. Das sei nicht hinnehmbar. Außerdem forderte er Leipzig für Preußen. Ohne den Gewinn einer der beiden bedeutendsten Städte Sachsens, Dresden oder Leipzig, könne es keine Einigung geben.

Unterdessen verhandelte Castlereagh weiter. Er versuchte, die preußische Seite zum Verzicht auf Leipzig zu bewegen, indem er andere territoriale Zugeständnisse anbot. Am 29. Januar notierte Castlereagh, dass Österreich bereit sei, die Festungen Torgau und Erfurt

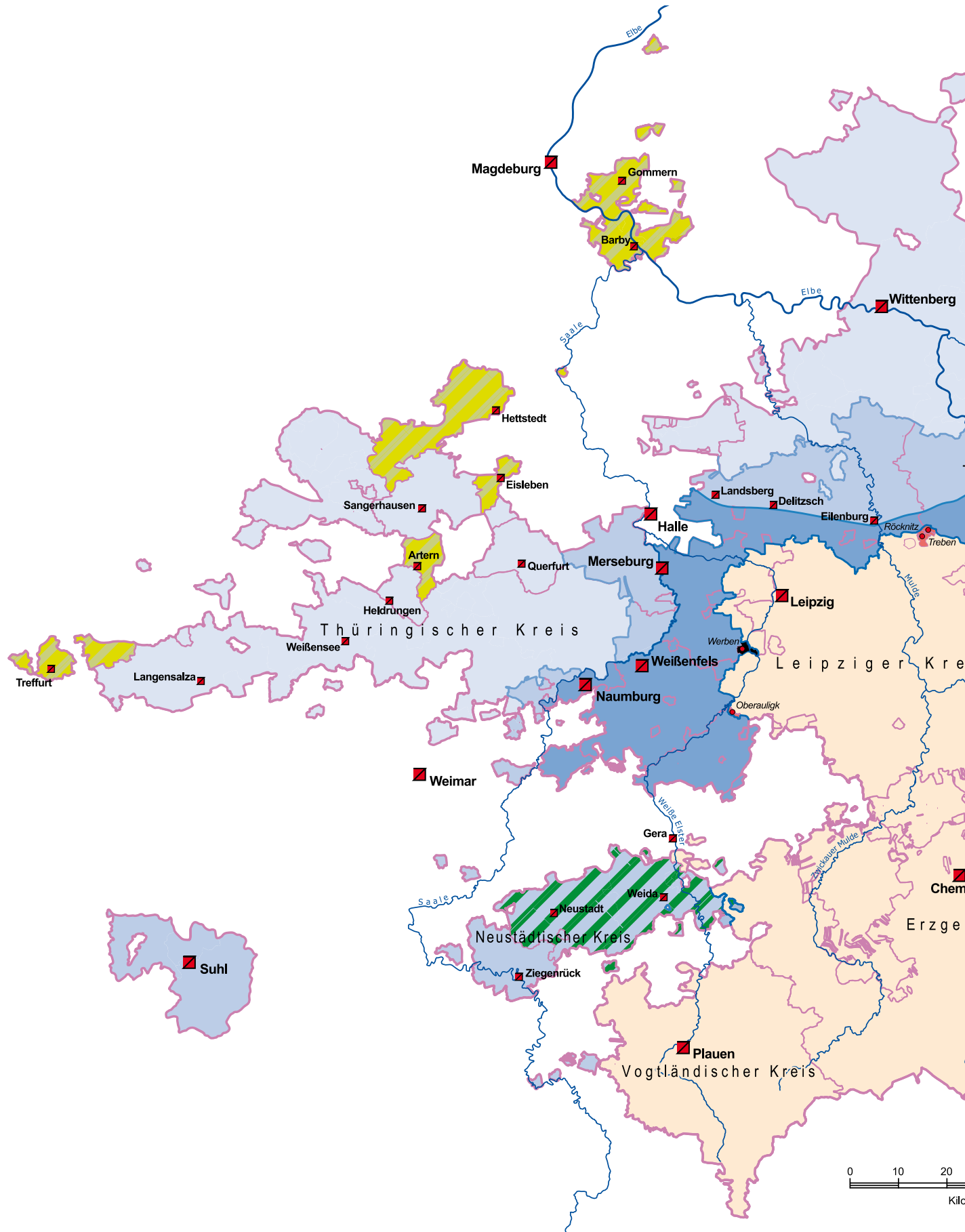
13 Angeberg, Congrès de Vienne (wie Anm. 2), S. 589-592.

14 Ebd., S. 604, 680-683.

15 Ebd., S. 648-651.

16 Ebd., S. 722.

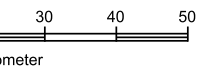
17 Ebd., S. 707-712.



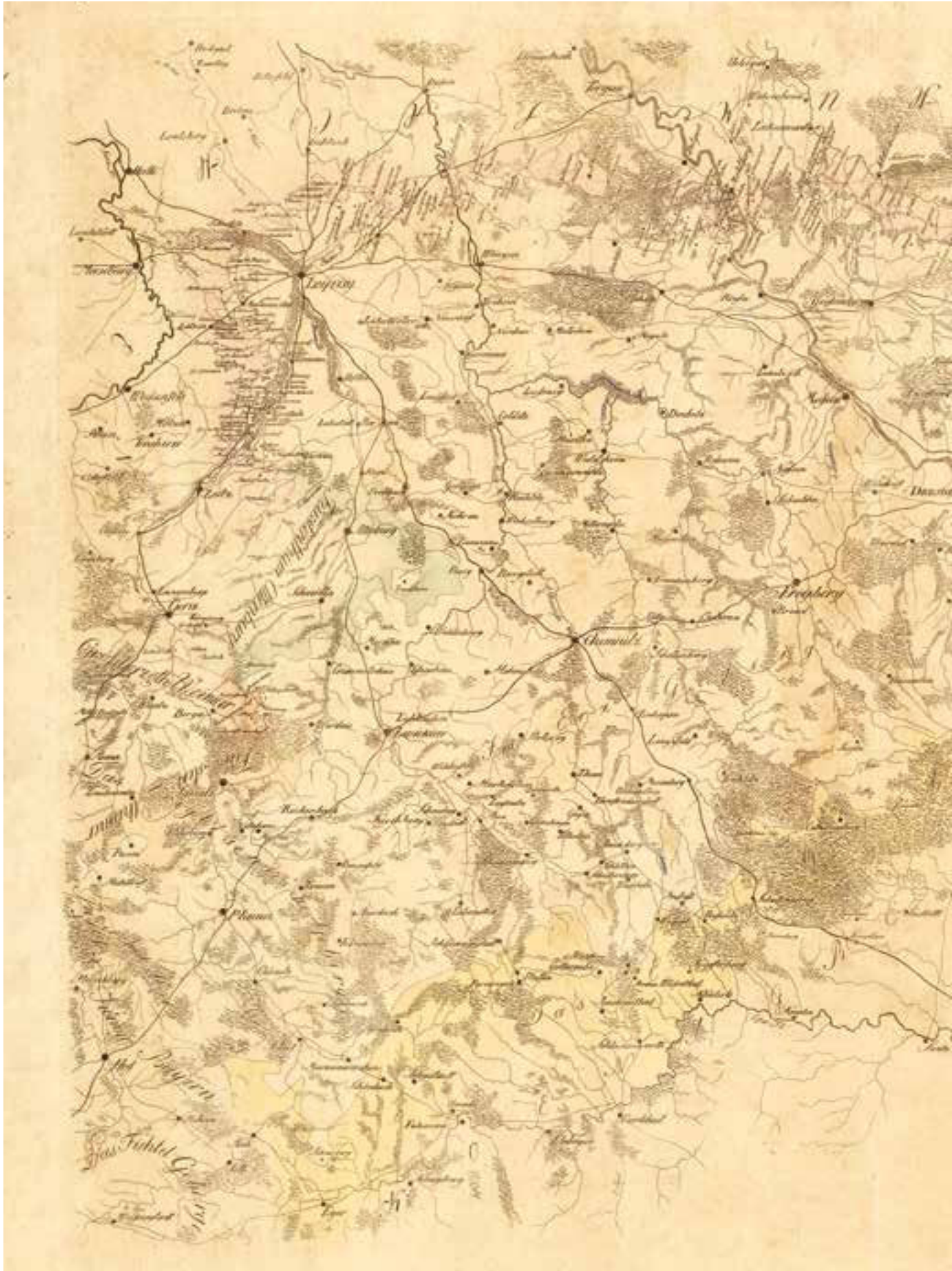


Grenzveränderungen des Königreiches Sachsen zwischen 1807 und 1818

- Grenze des Königreichs Sachsen (1806)
- Grenze zwischen Sachsen und Preußen nach dem 1. Teilungsvorschlag (10.12.1814)
- Grenze zwischen Sachsen und Preußen nach dem 2. Teilungsvorschlag (12.01.1815)
- Grenze zwischen Sachsen und Preußen nach dem 3. Teilungsvorschlag (08.02.1815) festgelegt im Friedensvertrag vom 18./21.05.1815
- von Preußen an Sachsen (1807)
- von Sachsen an Preußen (1813/15)
- von Sachsen an das Königreich Westphalen (1807) dann an Preußen (1815)
- von Sachsen an Preußen (21.5.1815)
- von Preußen an Sachsen-Weimar-Eisenach (22.09.1815)
- von Preußen an Sachsen (1818)
- von Sachsen an Preußen (1818)
- nicht von Gebietsveränderungen betroffene Teile des Königreichs Sachsen



Kartographie: Uwe Ulrich Jäschke & Rico Illés
 Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
Auftraggeber: Sächsisches Staatsarchiv
Copyright:
 Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Ausschließliche Nutzungsrechte sind dem Sächsischen Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden, vorbehalten.





Karte des Königreichs Sachsen mit Eintragung der 1815 festgelegten Grenzlinie © Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

den Preußen zu überlassen, wenn diese auf Leipzig verzichteten.¹⁸ In den folgenden Tagen wurde offenbar hartnäckig um Leipzig wie auch um größere Gebietsabtretungen in der Oberlausitz gerungen. Castlereagh hatte am 29. Januar ein Gespräch mit Hardenberg, in dem es um „Leipsick and the re-entering angle into Bohemia by Bautzen and Zittau“ ging.¹⁹ Aus der Formulierung scheint hervor, Hardenberg habe die südliche Oberlausitz und damit eine direkte Grenze zu Böhmen gefordert. Am 30. Januar sprach Castlereagh mit König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der jedoch einen Verzicht auf Leipzig ablehnte.²⁰ Einen Ausweg aus der verfahrenen Situation ebnete Zar Alexander I., der im Gespräch mit Castlereagh zusagte, den Preußen die Stadt Thorn an der Weichsel zu überlassen, die ursprünglich wie Krakau ein neutrales Gebiet werden sollte. Thorn war für die militärische Sicherheit Preußens ungleich wichtiger als Leipzig, so dass der preußische König dann doch Anfang Februar für Thorn auf das bevölkerungsstärkere Leipzig verzichtete.²¹ Castlereagh berichtete am 6. Februar, dass nach der russischen Abtretung Thorns an Preußen die letzten Schwierigkeiten in der „sächsischen Frage“ überwunden seien.²²

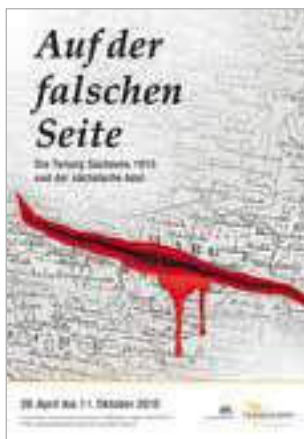
Der Durchbruch in der „sächsischen Frage“ gelang am 8. Februar 1815. Die fünf Großmächte einigten sich auf einen modifizierten Teilungsvorschlag.²³ Er sah gegenüber Metternichs Vorschlag zusätzliche Gebietsabtretungen mit insgesamt 131.469 Einwohnern vor. Preußen erhielt das Gebiet um Görlitz zugeprochen, nicht aber die südliche Oberlausitz, außerdem größere Anteile der Ämter Großenhain, Torgau, Delitzsch, Weißenfels, Merseburg und Zeitz sowie das gesamte Amt Mühlberg. Hatte Metternich noch einen Grenzverlauf entlang von Elster, Elbe und Saale vorgesehen, so wurde die Grenzlinie nun so weit in das sächsische Kernland hineinverlegt, dass die Städte Görlitz, Elsterwerda, Mühlberg, Torgau, Eilenburg, Delitzsch, Weißenfels, Naumburg, Merseburg und Zeitz unter preußische Hoheit kamen. Den größten Zugewinn gegenüber dem Teilungsvorschlag vom 12. Januar erzielte Preußen an der Saale, wo die Stifter Naumburg und Merseburg sowie das Amt Weißenfels fast vollständig der preußischen Regierung unterstellt wurden, weiterhin an Mulde und Elbe sowie in der Oberlausitz. Insgesamt lebten im Abtretungsgebiet 855.305 Einwohner.

Die Teilung Sachsens wurde gegen den langen, energischen Widerstand der preußi-

schen Seite beschlossen, die das ganze Königreich in Besitz nehmen wollten. Österreich und England konnten ein „Restsachsen“ unter Herrschaft des sächsischen Königs nur retten, indem sie der Gegenseite eine Teilung vorschlugen. Die letztlich ausgehandelte Teilungslinie berücksichtigte das militärische Interesse Österreichs, auf sächsischem Gebiet keine gemeinsame Grenze mit Preußen zu erhalten, und das fiskalische Interesse Preußens, sich möglichst viele Einwohner und damit steuerpflichtige Untertanen zu sichern. Das Ringen um ein möglichst großes „Restsachsen“ nördlich des Erzgebirges unter Einschluss der südlichen Oberlausitz, eine Forderung Österreichs, bei gleichzeitiger Abtretung ausreichend großer Einwohnerzahlen an Preußen führte dazu, dass die Grenzen auf dem Konferenztisch mitten durch geschlossene Herrschafts- und Amtsbezirke gezogen wurden. Dass man dabei Grundherrschaften, Kirchgemeinden und andere zusammenhängende Einheiten zerschnitt, wussten die Diplomaten nicht, als sie – einzig anhand von Landkarten und Einwohnerzahlen – die Grenze festlegten.

Letztlich handelte es sich bei der Grenzziehung des Wiener Kongresses um einen Kompromiss. Preußen musste auf das sächsische Kernland mit Dresden und Leipzig verzichten, das es eigentlich haben wollte. Österreich hätte eine Grenzziehung entlang der historischen Grenzen der Kreise und Ämter wahrscheinlich durchsetzen können, hätte aber dann den Preußen wohl grenznahe Gebiete im Süden Sachsens überlassen müssen. Daher gab man das Prinzip des ersten Teilungsvorschlags, entlang historischer Grenzen zu teilen, auf. Aber auch das Prinzip des zweiten Teilungsvorschlags, die Grenzen möglichst an den Flüssen verlaufen zu lassen, konnte nicht umgesetzt werden, weil so nicht ausreichend Untertanen an Preußen abgetreten werden konnte. Da Metternich aus militärischen Gründen Preußen unbedingt von der Nordgrenze Böhmens fernhalten wollte, stimmte er lieber einer Zerteilung der Oberlausitz, des Meißner Kreises und des Leipziger Kreises zu. Bautzen und Zittau wurden aus strategischen Erwägungen auf der sächsischen Seite belassen und gegen Görlitz, Naumburg und Weißenfels eingetauscht.

Vertreter Sachsens saßen in Wien nicht mit am Verhandlungstisch. Allerdings war der sächsische König durch seinen Bevollmächtigten, Friedrich Albrecht Graf von der Schulenburg-Klosterrode (1772–1835), über



Der Landesteilung des Jahres 1815 widmet sich die Sonderausstellung „Auf der falschen Seite“ im Schloss Nossen. Die von Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath kuratierte Ausstellung ist bis zum 11. Oktober 2015 geöffnet.

Schloss Nossen
Am Schloss 3
01683 Nossen
Tel.: 035242-50435
nossen@schloesserland-sachsen.de
www.schloss-nossen.de

Öffnungszeiten:
Di – Fr 10.00 – 17.00 Uhr
Sa/So 10.00 – 18.00 Uhr

den Fortgang der Verhandlungen informiert. Dieser durfte allerdings nur als „Privatmann“ Gespräche führen. Nachdem sich die Großmächte auf den Erhalt eines „Restsachsen“ verständigt hatten, durfte Friedrich August I. im Februar 1815 das Schloss Friedrichsfelde bei Berlin verlassen. Auf Einladung des österreichischen Kaisers reiste er nach Preßburg (heute Bratislava, Slowakei). Der König wollte erst nicht einer Abtretung bedeutender Landesteile an Preußen zustimmen. Dann machte er die Abtretung von Bedingungen abhängig. Doch die Großmächte, die sich mühevoll auf den Teilungsplan verständigt hatten, zeigten keinerlei Bereitschaft, auf die Forderungen einzugehen. Da man dem sächsischen König drohte, er werde alles verlieren, stimmte er der Landesteilung schließlich zu.

Am 3. Mai 1815 begannen Vertragsverhandlungen zwischen Sachsen, Österreich, Preußen und Russland. Darin stimmte der König von Sachsen der bereits ausgehandelten Teilungslinie zu, auf deren Verlauf er keinen Einfluss mehr hatte. Dass man den König von Sachsen nunmehr als Verhandlungspartner akzeptierte, lag an dem Legitimitätsprinzip des Wiener Kongresses. Es sollte der Anschein aufrecht erhalten werden, der König entscheide als Souverän. Faktisch hatte er aber nur noch einem Diktat der Großmächte zuzustimmen.

Der Friedensvertrag Sachsens mit Preußen und Russland, der die Gebietsabtretungen regelte, wurde am 18. Mai 1815 in Preßburg ausgefertigt. Nach der Ratifizierung durch den sächsischen König trat er am 21. Mai in Kraft. Die wichtigsten Regelungen wurden auch in die Schlussakte des Wiener Kongresses übernommen, die die Signatarmächte zwischen dem 6. und dem 26. Juni 1815 unterzeichneten.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen nahm bereits am 22. Mai 1815 von dem „mit der Preußischen Monarchie vereinigten Antheil von Sachsen“ Besitz.²⁴ Mit dieser Erklärung nahm er die Titel eines Herzogs von Sachsen, Markgrafen der beiden Lausitzen, Landgrafen von Thüringen und gefürsteten Grafen von Henneberg an. Die Verwaltung des Generalgouvernements wurde von Dresden nach Merseburg verlegt. Dort errichtete man das „Generalgouvernement des Herzogthums Sachsen“, das noch 1815 in kleinere Verwaltungseinheiten zerlegt wurde. Die Landesteile um Merseburg und Naumburg bildeten fortan den Regierungsbezirk Merseburg der neu geschaffenen Pro-



vinz Sachsen, die neben den preußisch gewordenen Teilen Thüringens und Sachsens mit der Altmark auch ein ehemals brandenburgisches Gebiet umfasste. Die nördlichen Landesteile Sachsens, der Wittenberger Kreis und die Niederlausitz, wurden in die Provinz Mark Brandenburg eingegliedert. Den preußischen Anteil des Markgraftums Oberlausitz schloss man dem Regierungsbezirk Liegnitz der Provinz Schlesien an. Damit waren die „Musspreußen“ nunmehr auf drei Provinzen aufgeteilt, was eine Besinnung auf die gemeinsame sächsische Vergangenheit verhinderte.

Der König von Preußen hatte sich in der Schlussakte des Wiener Kongresses verpflichtet, seinem Verbündeten, dem Großherzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757–1828), an Weimar angrenzende Gebiete mit mindestens 50.000 Einwohnern abzutreten. Daher übergab er ihm mit Staatsvertrag vom 22. September 1815 einen Teil der „erbeuteten“ sächsischen Gebiete. So gelangten zwei Drittel des Neustädter Kreises mit den Städten Neustadt/Orla, Triptis, Auma, Weida und Berga/Elster nur vier Monate nach der preußischen Besitzergreifung an Sachsen-Weimar. Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach hatte gehofft, selbst König von Sachsen und Thüringen zu werden oder zumindest Erfurt und Fulda zu erwerben. Er musste sich mit wenigen Gebietsgewinnen und dem Titel eines Großherzogs zufrieden geben.

Tafel an einem Stadttor in Delitzsch mit dem preußischen Adler und dem Tag der preußischen Inbesitznahme

18 Müller, Quellen (wie Anm. 1), S. 291-294.

19 Ebd., S. 295-297.

20 Ebd.

21 Thorn und Umland wurde in den Auflistungen der Statistischen Kommission mit 20.000 Einwohnern und Leipzig mit 30.796 Einwohnern bewertet.

22 Müller, Quellen (wie Anm. 1), S. 295-297.

23 Angeberg, Congrès de Vienne (wie Anm. 1), S. 722-724.

24 Patent wegen der Besitzergreifung des mit der Preußischen Monarchie vereinigten Antheils von Sachsen, 22. Mai 1815

Der sächsische Konferenzminister Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf (1765–1836)

Ein Beitrag zum 250. Geburtstag

Boris Böhm

Stationen seines Lebens und Schaffens

Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf wurde am 21. April 1765 als Spross des alten Oberlausitzer Adelsgeschlechtes auf Gut See bei Niesky geboren. Sein Vater starb bereits 1768, und die Familie übersiedelte nach Oppach, wo sie im herrschaftlichen Niederhof lebte. Die Verantwortung für den begabten Jungen lag seitdem bei der Mutter, die ihm im eigenen Haus eine sorgfältige Erziehung und umfassende humanistische Bildung zuteil werden ließ. Mit 15 Jahren begann er zu dichten und behielt sich diese Leidenschaft ein Leben lang.

Bereits im 16. Lebensjahr immatrikulierte sich Nostitz an der Universität Leipzig. Er studierte zwei Jahre mit äußerster Intensität Staats-, Verwaltungs- und Rechtswissenschaften und legte 1783 ein hervorragendes Examen ab. Anschließend begann er seine berufliche Laufbahn als Auditor (Prüfer) beim Oberhofgericht in Leipzig. Im Februar 1785 trat er als Finanzrat beim kurfürstlichen Geheimen Finanzkollegium in Dresden in den sächsischen Staatsdienst ein.

Am 31. Mai 1786 heiratete Nostitz in Schkeuditz die 17jährige Henriette Sophie von Bose (1769–1848). Aus der Ehe gingen acht Töchter und vier Söhne hervor. Nachdem er mündig geworden war, übernahm er 1786 das väterliche Rittergut Oppach mit Wurbis, das er ein halbes Jahrhundert bis zu seinem Tode ungeachtet der zahlreichen sonst von ihm ausgeübten Ämter bewirtschaftete.

Im Jahre 1792 übernahm er in seiner Oberlausitzer Heimat ein wichtiges ständisches Amt: ihm wurde vom Oberlausitzer Provinziallandtag das Amt eines Landesältesten des Bautzner Kreises übertragen. Dies war eine einflussreiche Stellung, da die Oberlausitzer Stände auch nach dem Übergang an den Kurfürsten von Sachsen im Prager Frieden von 1635 zahlreiche Sonderrechte behielten. Wie bereits zuvor in seinem Ehrenamt als Beisitzer des Landständischen Waisenamtes zeigte sich in dieser Funktion früh das Engagement von Nostitz für die soziale Fürsorge. Zuerst setzte er von ihm als notwendig erachtete Reformen auf sozialem Gebiet auf seinen Gütern, er besaß zeitweilig auch die Güter Jenkwitz und Doberschau, um. So errichtete er 1794 in Oppach ein Armenhaus. 1801 veröffentlichte er in Görlitz einen „Versuch über Armenversorgungsanstalten in Dörfern, in näherer Beziehung auf das Markgrathum Oberlausitz.“ Damit seiner Zeit voraus, sind die vom ihm aufgestellten Grundsätze 40 Jahre später in die sächsische Armenordnung vom 23. Oktober 1840 eingegangen. Die Hofdienste seiner Untertanen in Oppach wandelte Nostitz in geringe Geldabgaben um. Dem Schulwesen galt sein besonderes Augenmerk. Auch seine Verpflichtungen als Gerichtsherr in Oppach nahm er ernst. Auferlegte Strafgelder überwies er häufig zu Gunsten des von ihm begründeten Armenhauses. Am Neujahrstag 1802 ließ er der Oppacher Gemeinde von der Kanzel abkündigen: „...Ihr wißt, daß mir euer Wohlstand und die Ruhe und Zufriedenheit jedes Einzelnen unter euch auch in der Entfernung, zu welcher mich meine Geschäfte zwin-

gen, am Herzen liegt, und daß es mir gewiß angenehm ist, euch nützlich zu werden...”

Nostitz wohnte mit seiner Familie von 1790 bis 1806 überwiegend in Bautzen, wo 1791 auch sein Sohn Eduard Gottlob geboren wurde, der als sein prominentestes Kind von 1836 bis 1844 das Amt des sächsischen Innenministers ausübte. Sein Sohn Julius Gottlob (1797–1870) war von 1840 bis 1864 sächsischer Gesandter beim Deutschen Bund, die Tochter Clotilde Septimia (1801–1852) trat als Dichterin in die Fußstapfen ihres Vaters.

Nostitz starke geistigen und literarischen Interessen führten ihn 1790 als Mitglied in die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften, die damals 57 Mitglieder zählte. Im Alter von 30 Jahren wurde er 1795 zum Präsidenten dieser Gesellschaft gewählt. Während seiner bis 1817 andauernden Präsidentschaft hatte er bedeutenden Anteil an der Entfaltung einer regen wissenschaftlichen Tätigkeit. Der vielseitig interessierte, gelehrsame und redegewandte Präsident erwarb sich durch bemerkenswerte Ansprachen und sein integratives Wirken viele Sympathien inner- und außerhalb der Gesellschaft.

Der 1802 vom Oberlausitzer Provinziallandtag als Amtshauptmann bestimmte Nostitz übernahm im Juni 1804 als Oberamts-hauptmann die Spitze der in Bautzen ansässigen Provinzregierung für die Oberlausitz. Dazu hatte er sich den Oberlausitzer Ständen durch die umsichtige Bekleidung bisheriger parlamentarischer Ämter, sein ausgleichendes Wesen und diplomatisches Geschick empfohlen. Bereits im September 1807 berief der sächsische König Friedrich August I. Nostitz als Oberkonsistorialpräsidenten nach Dresden, wohin er auch seinen Wohnsitz verlegte. Hier wirkte er unter anderem an der Überarbeitung der Verfassung der Universität Leipzig mit.

Am 13. April 1809 erfolgte durch den sächsischen König die Ernennung von Nostitz zum Konferenzminister und wirklichen Geheimen Rat. Als einer von drei Konferenzministern gehörte er zu den ranghöchsten Staatsmännern des Königreiches. In dieser Funktion war Nostitz bis zum Jahre 1831 Mitglied des Geheimen Konsiliums – des obersten Beratungsorgans des Königs – und seit 1817 eines von insgesamt sieben Mitgliedern des Geheimen Rates, dessen Vorsitz er in den letzten Jahren inne hatte. Weiterhin wurde ihm vom König im Mai 1809 die Leitung der Königlichen Kommission für die Landes-Straf- und Versorgungsanstalten übertragen, die er bis 1831 ausübte.

Der selbst dichtende Nostitz trat zeitlebens als ein Gönner der Künste auf. Nach der Napoleonzeit war er eine prägende Gestalt des „Dresdner Liederkreises“ und erlangte unter dem Pseudonym Arthur vom Nordstern mit einigen seiner Werke eine gewisse Popularität. Weiterhin gilt er auch als einer der ersten Übersetzer von Byrons Werken ins Deutsche. Zu seinem Freundeskreis zählten der Maler Gerhard von Kügelgen und der Altertumswissenschaftler Karl August Böttiger.

Als eifriger Freimaurer, deren Tugenden Humanität und Toleranz er verkörperte, nahm er in dem Bund eine hohe Stellung ein und übte von 1827 bis 1836 das Amt des Landesgroßmeisters aus. Bemerkenswert ist auch sein Einsatz für die Gründung des Sächsischen Altertumsvereins.

In den krisengeschüttelten Jahren 1830/1831 wirkte Nostitz als Staatsminister im neuen Kabinett von Bernhard von Lindenau an der

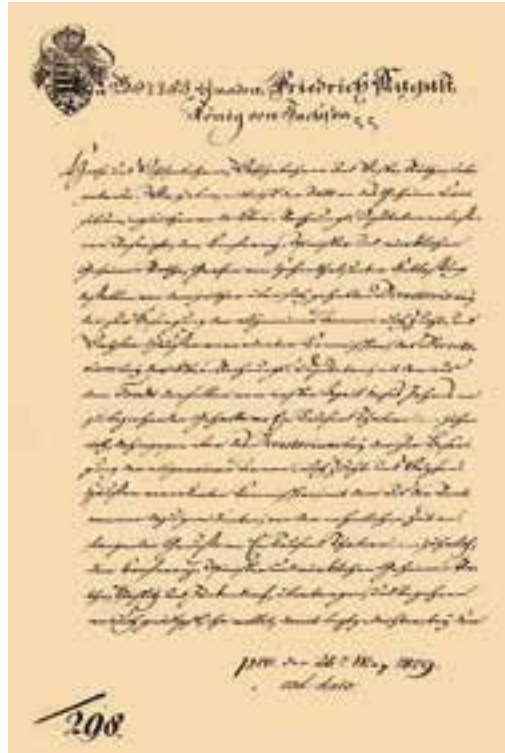


Titelblatt einer von Nostitz 1801 veröffentlichten sozialen Schrift
© SLUB Dresden



Unbekannter Maler, Porträt Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf, um 1800, Öl auf Leinwand

© Kulturhistorisches Museum Görlitz



Auszug aus dem Erlass von König Friedrich August I. vom 17. Mai 1809, betreffend die Ernennung von Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf zum Direktor der Kommission für die Straf- und Versorgungsanstalten
© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

verlieh ihm die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig die Ehrendoktorwürde. Am 15. Oktober 1836 verstarb Gottlob Adolf Ernst von Nostitz und Jänckendorf 71-jährig in Oppach, wo er auch begraben wurde.

Direktor der Kommission für die Straf- und Versorgungsanstalten

Im historischen Rückblick ist Nostitz' langjährige Tätigkeit als Direktor der „zur Besorgung der allgemeinen Armen-, auch Zucht- und Waisenhäuser verordneten Commission“ von besonderer Bedeutung, zu dem er am 17. Mai 1809 durch den sächsischen König ernannt worden war.

Die von Nostitz angestrebte Reformierung der Landesanstalten hatte das Ziel der Überwindung des undifferenzierten Typs des Internierungshauses. Nostitz ließ sich von den Ideen der Aufklärung und Menschenrechtsforderungen im Gefolge der Französischen Revolution leiten, berücksichtigte aber auch Sachzwänge wie die ständige Überfüllung der sächsischen Anstalten. Als Direktor hatte Nostitz Verantwortung für die Organisation und Ausgestaltung des Anstaltswesens sowie für die wirtschaftlichen Belange und Finanzierung der Einrichtungen. So hatte er auch die Oberaufsicht über die Landeslotterie, deren Einnahmen für die Finanzierung der Landesanstalten verwendet wurden. Zu seinem Verantwortungsbereich gehörten 1809 zunächst die Straf- und Versorgungsanstalt in Waldheim, die Armen- und Waisenanstalt Torgau, die Zuchtanstalt Torgau und die Strafanstalt Zwickau. Die Humanisierung des Strafvollzuges in Zwickau und Waldheim war ihm ein wichtiges Anliegen.

Nachdem im November 1810 auf Forderung Napoleons der sächsische König die Neubefestigung Torgaus angeordnet hatte, stellte Nostitz den Antrag zur Gründung einer Heilanstalt auf dem Sonnenstein. Bereits am 8. Juli 1811 konnte diese dann in den Gebäuden der ehemaligen Landesfestung eröffnet werden. Sie war von Beginn an das „Lieblingskind“ von Nostitz. Er sah hier die Chance, ein seinen philanthropischen Neigungen entsprechendes staatliches Musterinstitut zu formen, das sich ausdrücklich der Heilung von Kranken und nicht nur deren Verwahrung zum Ziel setzte. Besondere Bedeutung maß er der humanen Behandlung der 200 hier aufgenommenen psychisch kranken Menschen bei. Er beschränkte die Patientenzahl, um angesichts eines relativ kleinen Beamtenkörpers therapeutische Zielsetzungen nicht zu gefährden. Auf ein hohes

Erarbeitung einer zeitgemäßen liberalen sächsischen Landesverfassung mit, die er vor Inkrafttreten am 4. September 1831 kontrasierte. Ende 1831 trat er in den Ruhestand und widmete sich fortan auf seinem Oppacher Gut ganz seiner Familie und seinen literarischen Neigungen. Kurz vor seinem Tod



Titelseite der berühmten Publikation von Nostitz über den Sonnenstein, 1829
© Bibliothek des Sächsischen Krankenhauses Arnsdorf

Niveau der Ernährung, Bekleidung und Unterkunft legte er auch bei den nicht selbstzahlenden Patienten großen Wert. Als Direktor der Kommission hatte er sich auch mit der Rechtmäßigkeit ärztlicher Vorstellungen, insbesondere zur Dauer der Unterbringung der Patienten, auseinanderzusetzen.

Besondere Verdienste erwarb er sich im Herbst 1813 bei der Versorgung und Rettung aller Insassen während der Kämpfe um Dresden und der Fremdnutzung der Anstalten Sonnenstein und Waldheim. Er sorgte maßgeblich für die Bereitstellung der Mittel für den Wiederaufbau des schwer beschädigten Sonnensteins. Große Schwierigkeiten hatten Nostitz und die von ihm geleitete Kommission nach 1815 durch die Abtretung von fast 60 Prozent des sächsischen Territoriums zu überwinden. Sachsen verlor dadurch die Strafanstalt Lichtenburg, die 1812 auf Initiative von Nostitz eingerichtete Irrenanstalt Sorau und das Waisenhaus Langendorf. Nostitz befasste sich mehrere Jahre mit den bei der Abtretung zu beachtenden Grundsätzen und rang um die Aufteilung von Vermögen und Kapitalbeständen der abgetretenen Einrichtungen.

Eine notwendige Veränderung betraf die staatliche Fürsorge für Waisenkinder, von denen nicht alle in städtischen Asylen und Waisenversorgungshäusern untergebracht werden konnten. Der Initiative von Nostitz war 1824 die Errichtung einer Landeswaisenanstalt für 80 Kinder auf dem Rittergut Bräunsdorf bei Freiberg zu danken. In dieser Anstalt genossen die unter anderem aus Waldheim überführten Waisenkinder fortan Erziehung und Ausbildung.

Nicht nur unter Ärzten und Philanthropen, auch in Regierungskreisen erlangte der Sonnenstein den Ruf als Musteranstalt. So erhielten Nostitz und seine Kommission den Auftrag, den Höfen in Wien und Paris sowie der russischen Kaiserin Maria Fjodorowna Berichte über diese Anstalt zu erstatten. Die Bitte letzterer war der Anlass, dass Nostitz 1829 seine berühmte „Beschreibung der Königl. Sächsischen Heil- und Verpflegungsanstalt Sonnenstein“ erarbeitete. Darin untersuchte Nostitz die gesamte theoretische und praktische Psychiatrie seines Zeitalters, erörterte die Einrichtung und Organisation der Irrenanstalten und vermittelte in Auswertung seiner 20-jährigen Erfahrungen auf diesem Gebiet bedeutsame Richtlinien und Regulative für die Ausgestaltung des Sonnensteins.

1827 fasste die Kommission unter Nostitz den Beschluss, in Waldheim die unheilbar Geisteskranken von den Strafgefangenen zu trennen und Schloss Colditz für erstere einzurich-



ten. Dies geschah aus der Erkenntnis, dass sich die Doppelfunktion von Verwahr- und Versorgungsanstalt einerseits und Strafanstalt andererseits als nicht praktikabel erwiesen hatte. Nostitz weihte am 12. November 1829 die Versorgungsanstalt Colditz ein, deren Leitung dem von ihm geschätzten Arzt Dr. Hayner übertragen wurde. Die Profilierung von Colditz als mit der Heilanstalt Sonnenstein korrespondierende Pflegeanstalt vollendete die 1811 unter Führung von Nostitz begonnene Entmischung der undifferenzierten Zucht-, Waisen- und Armenhäuser in Torgau und Waldheim. Waldheim diente fortan als reine Strafanstalt.

1831 gab Nostitz mit dem Ministeramt auch den Direktorenposten auf, in dem er sich enorme Verdienste um das sächsische Gesundheits- und Sozialwesen erworben hatte. Sein soziales Empfinden und philanthropisches Handeln hatten ihn immer wieder besonders für die Kranken und Armen sorgen lassen. Sein Interesse an den Problemen Geisteskranker war unter den deutschen Staatsmännern der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts einzigartig.

Unbekannter Zeichner,
Altersbildnis von Gottlob
Adolf Ernst von Nostitz und
Jänckendorf, Lithografie, 1836

Autor
Dr. Boris Böhm
Gedenkstätte
Pirna-Sonnenstein
Schlosspark 11
01796 Pirna

Die königlich-sächsischen Konsuln in Venedig (1848/49–1868)

Dietmar Stübler

- 1 Vgl. Ludwig, Jörg, Zur Geschichte des sächsischen Konsulatswesens (1807–1933), in: Ulbert, Jörg/Prijak, Lukian (Hrsg.), Die Welt der Konsulate im 19. Jahrhundert, Hamburg 2010, S. 366–373, siehe auch Stübler, Dietmar, Revolution in Italien: Sächsische Diplomaten und Journalisten über Italien zwischen 1789 und 1871, Leipzig 2010; Stübler, Dietmar: Sächsische Textilwaren im Königreich Beider Sizilien. Generalhandelsagent Carl Just berichtet aus Neapel nach Dresden (1818–1863), in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 84 (2013), S. 165–183.
- 2 Zum gesamten Vorgang vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 6484, Bl. 1–8; Zitat Bl. 5.
- 3 Vgl. Becker an Ministerium des Handels, Brief Nr. 2, vom 12. Januar 1849, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 3818.
- 4 Becker an Außenministerium, Brief Nr. 5 vom 6. März 1850, ebd.
- 5 Handelsbericht Beckers vom 24. April 1852, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 6484, Bl. 27.
- 6 Ebd., Bl. 29.

Die Einrichtung eines königlich-sächsischen Konsulats in Venedig

Der Aufbau eines Netzes sächsischer Konsulate außerhalb der Staaten des Deutschen Bundes vollzog sich, gemessen an der frühen Entfaltung der wirtschaftlichen Energien des Königreichs Sachsen, zu einem späten Zeitpunkt, nämlich erst nach der Revolution 1848/49. Nach Untersuchungen Jörg Ludwigs hat Dresden zwischen 1807 und 1819 lediglich vier Konsulate eröffnet; darunter 1817 eine, in den Rechten gegenüber einem Konsulat etwas herabgestufte Generalhandelsagentur in Neapel. In den 1820er Jahren kamen 13 Konsulate hinzu; in den 1830er und 1840er Jahren jeweils neun; darunter 1840 das Konsulat in Livorno, 1845 dasjenige in Genua und 1848 eines in Venedig. Während des massiven Ausbaus des konsularischen Geflechts in den 1950er Jahren reihten sich 39 Konsulate an. 1867 verfügte das Königreich Sachsen mithin über 73 Konsulate, fünf davon in Italien.¹

Den Anstoß, ein Konsulat in Venedig zu eröffnen, gab das Direktorium des sächsischen Industrievereins mit Sitz in Chemnitz. Mit Post vom 11. Januar 1847 lenkte es die Aufmerksamkeit des Innenministeriums auf die Nützlichkeit, „welche die Anstellung eines diesseitigen Konsuls zu Venedig für den Absatz der sächsischen Fabrikate in ganz Oberitalien und auch fernwärts haben könne“. Nach dem Einverständnis des sächsischen Handelsvorstandes mit Sitz in Leipzig stimmten beide Institutionen darin überein, den in Zittau, dem Zentrum des sächsischen Leingewerks, gebürtigen Kaufmann Heinrich Eduard Becker, der inzwischen einem eigenen Handelskontor in Venedig vorstand, dem König zur Berufung als Konsul vorzuschlagen.²

Die provisorische Regierung in Venedig erkannte im April 1848 Becker provisorisch als

Königlich-Sächsischen Konsul an.³ Als österreichisches Militär die Revolution in Venedig niedergeworfen hatte, empfing Becker am 20. Januar 1850 sein „bisher in Wien zurückgebliebenes, von Sr. Majestät Allerhöchst Eigenhändig vollzogenes Patent, nachdem unterm 24. Dezember 1849 das Kaiserlich-Österreichische Exequatur auf der Rückseite des Patents ausgestellt worden“ war.⁴ Damit besaß das Königreich Sachsen ein Konsulat in Venedig, dessen Leiter Heinrich Eduard Becker, und in dessen Nachfolge (seit 1862) Adolph von Kunkler, beauftragt waren, die Untertanen des sächsischen Königs und deren Eigentum zu schützen und jährlich einen Handelsbericht nach Dresden zu senden. Die Post aus Venedig nach Dresden verwahrt das Hauptstaatsarchiv in Dresden. Den Handelsberichten liegen Abschriften von Tabellen des venezianischen Handelskommissariats bei, die Auskunft über die Geschäftigkeit im Hafen geben. Teilweise kommentierten sie die Konsuln. Die Mangelhaftigkeit der Arbeit des Handelskommissariats grenzte in Beckers Augen „an das Unglaubliche“⁵. Das subjektiv bedingte Defizit wuchs sich aus, weil die Statistiken nur die Ein- bzw. Ausfuhren auf dem Wasserweg registrierten, die Handelsbewegungen auf dem Landweg indessen ignorierten. Das verzerrte das Bild Sachsens besonders arg, da „gerade auf dem Landweg die meisten Zollvereinsmanufakturwaren nach Venedig gesendet werden“; denn dieser galt, verglichen mit dem Seeweg, als „die unendlich einfachere“ Passage.⁶ Schließlich scheiterten die Anstrengungen, fundierte Vorstellungen von Handel und Wandel im Hafen von Venedig zu bekommen, an den unglaublichen Dimensionen, in denen Schmuggelware ins Land kam. Das Prohibitivsystem⁷, das in den frühen 1850er Jahren durch ein im gesamten Kaiserreich gültiges Schutzzollsystem abgelöst worden war, stiftete die Kaufleute aller



Wappen des königlich-sächsischen Konsulats in Venedig
© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

Länder geradezu an, ihre Waren dem Zoll zu entziehen und die Fuhrwerke auf Abwegen auf die Haupthandelsplätze der Habsburgermonarchie zu bringen. Zu den genannten Einschränkungen kommt hinzu, dass die Handelsbewegungen zwischen den Königreichen Sachsen und Lombardei-Venetien nicht getrennt ausgewiesen wurden. Wenn die Autoren der Statistiken überhaupt auf deutsche Staaten Bezug nahmen, dann nur auf „die Zollvereinsstaaten“ als Block.

Angesichts der unsicheren Privat-Nachforschungen und Zusammenstellungen betonte Konsul Becker gegenüber dem sächsischen Außenminister Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust⁸ wiederholt, dass die „mit vieler Mühe zusammengetragenen Daten nur als annähernd zu betrachten“⁹ sind.

Für die wissenschaftliche Analyse erscheinen die Statistiken der venezianischen Ämter kaum ergiebig. Als aufschlussreich erweisen sich dagegen die Berichte der Sächsischen Konsuln aus Venedig,¹⁰ die Grundlage dieses Beitrags sind.

Hinsichtlich seiner Grundstimmung zerfällt das Konvolut der Handelsberichte und Depeschen in zwei Teile. Die Zäsur bildet die Krise der Weltwirtschaft 1857/59, die den langen, bis 1873 anhaltenden weltwirtschaftlichen Aufschwung kurzzeitig unterbrach. Dem parallel zur Krise vollzogenen Wechsel in der Leitung des sächsischen Konsulats in Venedig – Adolph von Kunkler löste 1862 Heinrich Eduard Becker ab – dürfte nur marginale Bedeutung beizumessen sein.

Die optimistische Phase der Berichterstattung aus dem Konsulat in Venedig (1848/49 bis 1857/59)

Konsul Beckers Depeschen dieser Jahre sind in der Regel von der Zuversicht des Absenders gekennzeichnet, dem Handel zwischen dem Königreich Sachsen und Oberitalien – trotz aller Schwierigkeiten – neuen Schwung verleihen zu können. Nach dem Wiener Kongress musste sich die sächsische Politik in dem Rahmen bewegen, den das Kräfteverhältnis zwischen den Führungsmächten des Deutschen Bundes, Österreich und Preußen, absteckte. Wien konnte in der Olmützer Punktation (29. November 1850) seine politische Vorherrschaft verschriftlichen. Auf einen vergleichbaren Erfolg an der wirtschaftspolitischen Front zielte eine Initiative des österreichischen Staatskanzlers Felix Fürst zu Schwarzenberg ab.

Er schlug einen mitteleuropäischen Staatenbund unter Habsburgs Präsidium vor, dem alle

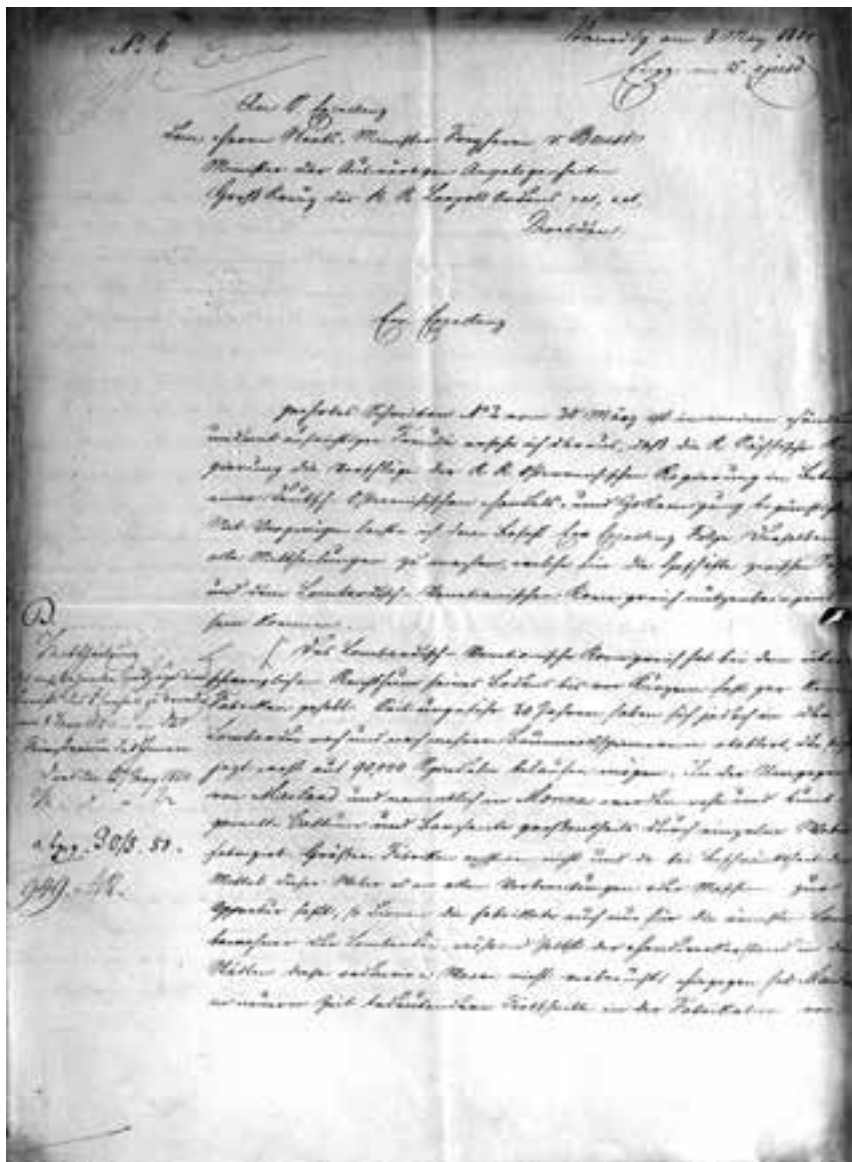
Staaten des Deutschen Bundes unter Einschluss ihrer nicht zum Deutschen Bund gehörenden Gebiete, beispielsweise das Königreich Lombardei-Venetien, beitreten sollten. Schwarzenbergs Pläne untermauerte eine parallel laufende Offensive seines Handelsministers Karl Ludwig Freiherr von Bruck. Er entwarf das Projekt einer mitteleuropäischen Zoll- und Handelsunion. Der zehn Jahre alte Vertrag über den Deutschen Zollverein, auf dessen planmäßig anstehende Verlängerung Preußen drängte, sollte aus Brucks Sicht nicht weitergeführt werden, vielmehr Österreich auf der Basis eines neuen Vertrags als Mitglied des Deutschen Zollvereins aufgenommen werden. Um die Attraktivität des Vorhabens zu steigern, erklärte sich Österreich bereit, auf die Prohibitivzölle zu verzichten und damit den Markt für die Zollvereinsstaaten zu öffnen. „Den industriell teilweise fortgeschrittenen deutschen Zollvereinsstaaten hätte sich dabei ein neues Absatzgebiet eröffnet, welches aufgrund seiner im Vergleich geringeren industriellen Entwicklung mit vielen Produkten des Zollvereins kaum konkurrieren könnte.“¹¹ Die Pläne, die die Wiener Hofburg Ende 1849, Anfang 1850 öffentlich machte, fanden in den Regierungen der deutschen Klein- und Mittelstaaten, voran in Sachsen und Bayern, gespannte Aufmerksamkeit. Wie man sich zu den Wiener Vorstellungen positionierte, erlangte große Bedeutung für die Beantwortung der Frage, wie man die Vorherrschaft im Deutschen Bund behaupten bzw. gewinnen könne oder wie man die Chancen eines Klein- bzw. Mittelstaates verbessern könne, die fürstliche Souveränität und territorialstaatliche Integrität zu bewahren.¹²

In Venedig ergriff Konsul Becker eilends und entschieden Partei: „Mit aufrichtiger Freude ersehe ich daraus, daß die K. Sächsische Regierung die Vorschläge der k. k. Österreichischen in Betreff einer deutsch-österreichischen Handels- und Zolleinigung begünstigt.“¹³ Konsul Becker trat also rückhaltlos an die Seite des proösterreichisch eingestellten Außenministers Ferdinand von Beust. Die Gründe, die ihn zu dieser Stellungnahme bewogen, lagen allerdings auf einem anderen Feld als die machtpolitischen Motive der Staatenlenker. Beckers Interessen traten deutlich hervor, als mitten in der deutschen „Zollunionskrise“ das Polizeiregime¹⁴, das Wien dem Königreich Lombardei-Venetien oktroyiert hatte, Venedig den Status eines Freihafens aufkündigte.¹⁵ In der Folge beschwerten zusätzliche Lasten Fabrikanten und Kaufleute, die in Venedig ihre Waren anlandeten. In einem Brief an Beust vom 6.



Wappen des Königreichs Lombardei-Venetien

- 7 Die Prohibitivzölle betrug bis zu 60 % des Warenwertes. Die Schutzzölle, die seit 1851 an ihre Stelle traten, lagen zwischen 10 % und 20 % des Warenwertes. Betroffen waren vor allem importierte Fertigwaren und einige Rohstoffe. Auf diesem Wege beabsichtigte Wien, die Lombardei und Venetien als Absatzmarkt für Industriewaren und als Rohstoffquelle in Dienst zu nehmen. Vgl. Meriggi, Marco, *Il Regno Lombardo-Veneto*, Turin 1987, S. 230-231; Glazier, Ira A. (Hrsg.), *Il commercio estero del Regno Lombardo-Veneto dal 1815 al 1865*, in: *Archivio economico dell'unificazione italiana*, Serie 1, Bd. 15, Turin 1966, S. 26-28.
- 8 Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust, Minister des Auswärtigen 1849-1866; Minister des Innern 1852-1866; Vorsitzender des Gesamtministeriums 1858-1866; vgl. Blaschke, Karlheinz, *Das Königreich Sachsen 1815 – 1918*, in: *Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933*, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1983, S. 285.
- 9 Handelsbericht Beckers vom 24. April 1852, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 6484, Bl. 27.
- 10 Hauptstaatsarchiv Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 6484; künftig zitiert: HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484. – Hauptstaatsarchiv Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 3818; künftig zitiert: HStAD, 10717 Mda, Nr. 3818.
- 11 Hagen, Thomas J., *Wirtschaftspolitische Bestrebungen Österreichs nach 1848: Alternative zum (Klein-)Deutschen Zollverein*, in: Hahn, Hans-Werner/Kreutzmann, Marko (Hrsg.), *Der Deutsche Zollverein: Ökonomie und Nation im 19. Jahrhundert*, Köln, Weimar und Wien 2012, S. 259.



Seite aus der Korrespondenz des Konsuls Heinrich Eduard Becker mit dem Außenminister Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust in Dresden © Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

März 1850 dramatisierte Becker die Lage: „Somit ist nun aller rechtlicher Verkauf für Venedig mit sächsischen Manufakturwaren abgeschnitten und deutsche, hier etablierte Kaufleute, deren Hauptgeschäft in sächsischen und überhaupt Zollvereinsmanufakturwaren bestand, sind aller ihrer Geschäftsverbindungen beraubt.“¹⁶ Rigide Prohibitivzölle bzw. überspannte Schutzzölle sowie die Überflutung der Märkte in der Habsburgermonarchie mit Konterbande bildeten die hauptsächlichen Triebfedern für die Parteinahme Beckers zugunsten der Vorstellungen Schwarzenbergs und Brucks in Wien und damit Beusts in Dresden. Die Einbeziehung Österreichs in einen deutschen Zollverband trafe durch die Aufhebung der Prohibitionen und durch die Absenkung der Zölle den blühenden Schwarzhandel empfindlich. Der „für sächsische Interessen unumgänglich nötige freie Austausch für alle

Manufakturwaren [...] [würde] der sächsischen Industrie ein unübersehbar weites Feld eröffnen [...] und Sachsen dadurch auf einen nie gekannten Punkt des Wohlstandes kommen muß.“¹⁷

Beckers Hoffnungen an eine Zoll- und Handelsunion erfüllten sich nicht. Weder die politische noch die wirtschaftliche Kraft der Wiener Hofburg reichten aus, um die angedachten Vorhaben zu realisieren. Wien musste sich mit einem Trostpflaster, einem Handelsvertrag mit Preußen, zufriedengeben. (12. Februar 1853). Becker kommentierte das Ereignis im Handelsbericht vom 29. März 1853: „Es ist übrigens wohl kaum einem Zweifel unterworfen, daß der kürzlich abgeschlossene preußisch-österreichische Zollvertrag, welchem dem Vernehmen nach der ganze Zollverein beizutreten beabsichtigt, im Allgemeinen einen günstigen Einfluß auf den Verkehr der beiden Länder ausüben wird [...] Die in Aussicht gestellte direkte Eisenbahnverbindung [über den Brenner nach Innsbruck mit Anschluß an das süd- und westdeutsche Eisenbahnnetz] dürfte noch manchen sächsischen Fabrikanten den bisher nicht gekannten Eingang hier verschaffen.“¹⁸ Ein krasses Fehlurteil! Die preußische Zollpolitik zielte wirkungsvoll auf die Abgrenzung gegenüber Österreich; und – aus Metternichs Sicht, dessen Vorahnungen aus dem Jahre 1833 sich hier bestätigten – schlimmer noch: Die mittleren und kleineren Staaten gewöhnten sich daran, „ihre Blicke der Furcht wie der Hoffnung nur nach Berlin zu richten“.¹⁹

Die resignative Phase der Berichterstattung aus dem Konsulat in Venedig (1857/59 bis 1868)

Das Scheitern der Pläne Schwarzenbergs und Brucks kühlten die überhitzte Euphorie Beckers ab. Hinzu trat – belastender noch als diese schmerzliche Erfahrung – das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1857/59. Ausweglosigkeit tritt als immer wieder anklingendes Leitmotiv in den Depeschen aus Venedig nach Dresden hervor. In jedem Bericht finden sich Formulierungen wie: „Leider zeigt sich noch wenig Hoffnung auf ausgiebige Besserung für die nächste Zeit.“²⁰ oder: „Der Wert der allgemeinen Einfuhr und Ausfuhr [hat sich 1866] gegen das Jahr 1865 um mehr als 19 Millionen Francs vermindert.“²¹

Die kritische Situation der „Detailhändler“, wie die Konsulin die Kleinhändler in den Handelsberichten nannten, gewann existenzbedrohende Züge. Der Detailhandel liegt „seit einem Jahr derartig darnieder, daß zwei Dritteile

12 Die Ausführungen zu den Plänen Schwarzenbergs und Brucks folgten Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat, München 1994, S. 684 – 687.
13 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 Mda, Nr. 3818, Bl. 29. – Beust hatte Becker im Brief Nr. 2 vom 20. März 1850 mitgeteilt, dass die sächsische Regierung die österreichischen Pläne zu „einer deutsch-österreichischen Handels- und Zollvereinigung mit Freuden begrüßt“. HStAD, 10717 Mda, Nr. 3818, Bl. 24.

unserer Detaillanten in der letzten Zeit ihre Zahlungen eingestellt haben.“²², schrieb Konsul Becker am 22. April 1858 an Beust. Die „zahlreichen und bedeutenden Fallimente“ veranlassten das interimistisch geführte Konsulat des Königreichs Sachsen in Venedig „jenen Fabrikanten und Kaufleuten, welche hier Geschäftsverbindungen haben oder welche anzuknüpfen gedenken, die größte Vorsicht im Kreditgeben anzupfehlen“.²³

Zu den allgemeinen Störungen des Handels, die die Weltwirtschaftskrise hervorrief, traten in Italien Naturkatastrophen hinzu, die zusätzliche Schwierigkeiten aufwürfen. Sie betrafen die beiden hauptsächlichen Exportartikel der Lombardei und Venetiens, die Seide und den Wein. 1853/54 befiel eine Krankheit, die Pebrina, die Maulbeerbäume, die zum Absterben der Seidenspinnerraupe führte. Die lang andauernde Epidemie erreichte 1857 ihren Höhepunkt und konnte erst 1862 durch den Einsatz von Schwefel überwunden werden. Bruno Caizzi, der zu diesem Thema eine räumlich und zeitlich tiefgegliederte Studie vorgelegt hat, resümierte, dass die Erträge zwischen 1854 und 1862 um 40 bis 50 %, ja örtlich sogar 60 % unter den durchschnittlichen Ernten der vorangegangenen Jahre gelegen haben.²⁴

Die sinkende Leistungskraft der oberitalienischen Landwirtschaft als Rohstofflieferant für das Textilgewerbe und die durch Armut und Arbeitslosigkeit eingeschränkte Zahlungsfähigkeit der potentiellen Käufer engten den Spielraum von Fabrikanten und Kaufleuten empfindlich ein. Es ist erstaunlich, dass die Konsuln den erwähnten Krankheiten der Maulbeerbäume so gut wie keine Aufmerksamkeit schenken, vielmehr Probleme in der Landwirtschaft – trotz ihrer besonders engen Verkettung mit der (textil-)gewerblichen Produktion – nahezu total ignorierten.

Um zu erklären, warum die Weltwirtschaftskrise 1857/59 in Oberitalien nicht ebenso rasch wie in Westeuropa überwunden worden ist, griff Konsul von Kunkler zuvörderst auf außenpolitische Themen zurück. Am 13. Februar 1860 schrieb er nach Dresden: Nachdem die Kleinhändler „schon im vorigen Sommer durch den Krieg bedeutenden Schaden erlitten, so verlieren jene, welche in Tuchen, Seidenstoffen und Modeartikeln handeln, durch die hier stattfindenden politischen Demonstrationen, welche die Fremden verschrecken und alle öffentlichen Unterhaltungen zu verhindern suchen, die bedeutenden Einnahmen, welche sie sonst in der Karnevalszeit erzielten.“²⁵ Der Handel des habsburgischen Königreichs



Maulbeerbäume in Venetien, von Seidenraupen zerfressen, um 1900

Lombardei-Venetien beeinträchtigende Krieg, auf den sich der Handelsbericht vom 13. Februar 1860 bezog, meinte den Waffengang des mit Frankreich verbündeten Königreichs Sardinien-Piemont gegen Österreich (27. April bis 11. Juli 1859). Die unterlegene Habsburgermonarchie musste die Lombardei an Sardinien-Piemont abtreten, durfte indessen Venetien vorerst behalten. Für den Handel der nunmehr politisch-administrativ getrennten Regionen traten zunächst einmal die zerstörerischen und belastenden Konsequenzen nach vorn: Jede der beiden Regionen galt gegenüber der anderen ab sofort als Ausland. Die Lombardei übernahm das freihändlerische sardisch-piemontesische Zollsystem, Venetien verharrte unbeweglich hinter den hohen Mauern der in der Habsburgermonarchie generell gültigen Schutzzölle.

In Bezug auf Venetien änderte sich die Lage erst 1866. Im Gefolge der Niederlage Österreichs im Deutschen Krieg gewann das mit Preußen verbündete Königreich Italien (Proklamation am 17. März 1861) Venetien hinzu. (21. Oktober 1866) Aber selbst jetzt ahnte Konsul von Kunkler voraus, dass die den Handel belebenden Impulse, die Herausbildung eines nationalen Marktes und die Verwirklichung der überfälligen freihändlerischen Tarifrevolution²⁶, erst auf lange Sicht ihre fördernde Wirkung entfalten werden. Die beklagenswerte wirtschaftliche Situation Venetiens nach dem Anschluss Venetiens an das Königreich Italien erklärte von Kunkler im Handelsbericht vom August 1867 ähnlich wie die gleichermaßen miserable Situation der lombardischen Wirtschaft nach der Inbesitznahme der Lombardei durch Sardinien-Piemont im Jahre 1859: Am

14 Zum Begriff „Polizei“- bzw. „Militär-Staat“ vgl. Meriggi (wie Anm. 7), S. 83 – 93.

15 Venedig besaß die Privilegien eines Freihafens seit 1719/20. Vom August 1849 bis März 1851 hatte Militärdiktator Feldmarschall Johann Wenzel von Radetzky dieses Vorrecht eingezogen.

16 Becker an das Außenministerium, Brief Nr. 5 vom 6. März 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818.

17 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818, Bl. 29.

18 Handelsbericht Beckers vom 29. März 1853, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 44.

19 Metternich an Kaiser Franz vom Juni 1833, in: Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, hrsg. von Richard Metternich-Winneburg, Tl. 2, Bd. 3. Friedens-Aera 1816 – 1848, Wien 1882, S. 512.

20 Handelsbericht von Kunklers vom 16. Mai 1863, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 186.

21 Handelsbericht von Kunklers vom August 1867, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484.

22 Handelsbericht Beckers an Beust vom 22. April 1858, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 139.

23 Handelsbericht des sächsischen Konsulats in Venedig vom 13. Februar 1860, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 166.

Absturz des Handelsvolumens 1866 gegenüber 1865 trägt „wohl teilweise der vorjährige, in nächster Nähe geführte Krieg große Schuld. Trotz dem Anschluß Venedigs an das übrige Italien und den Bemühungen der Regierung [...] zeigt sich noch immer nicht die gehoffte Besserung“²⁷ Nachdem Konsul von Kunkler auf der Suche nach Erklärungen für den wirtschaftlichen Niedergang Venedigs die verheerenden Konsequenzen der Kriege 1859 und 1866 für den Handelsplatz Venedig angesprochen hatte, kam er – 1867 pointierter als Becker 1859 – auf die gegenwärtig grundsätzlich veränderte Stellung Venedigs im Welthandel, gemessen am Niveau vergangener Jahrhunderte, zu sprechen. Aus der „Herrin des Mittelmeers“ war im 19. Jahrhundert „eine große Provinzstadt“²⁸ geworden, deren Attraktivität als europäisches Vergnügungszentrum von höchstem Rang auf der Strahlkraft seiner großen Vergangenheit gründete.²⁹

Um den lahmdenden Handel im Freihafen Venedig seinem Dienstherrn in Dresden zu erklären, trug Konsul von Kunkler schließlich im Handelsbericht vom August 1867 einen Gesichtspunkt vor, den er bis dato noch niemals auch nur angetippt hatte: „die geringe Energie der hiesigen Handelswelt und der Mangel jedes Assoziationsgeistes.“³⁰ Der Verfasser des Berichts spürte die Unfähigkeit der privilegierten Oberschichten der Stadt, politische Initiativen auszulösen und die Volksbewegung im adelsliberalen Interesse zu führen. Zu einem Zeitpunkt, als Venetien den Anschluss an das Königreich Italien bereits vollzogen hatte, fiel ihm der nach wie vor mangelnde Assoziationsgeist der Oberschicht in Venedig, das heißt ihre Entfernung von der nationalen Bewegung auf. Diese Distanz betrachtete er als Hindernis, das der Entwicklung Venedigs im Wege stand. In dieser sehr präzisen Beobachtung spiegelte sich der „Wandel der Denk- und Lebensweise der venezianischen Oberschicht [ab]. Die Adligen zogen sich aus dem Handel zurück; sie waren nicht mehr Seefahrer, sondern grundbesitzende Landadlige, sie investierten ihre immer noch sehr großen Vermögen nicht mehr in Schiffe und Waren, sondern in der Landwirtschaft und in der Industrie der Terra ferma, so daß die Ausfuhr von Weizen, Reis und Rohseide sich als lohnend erwies.“³¹

Etwas Zuversicht verströmten die Handelsberichte auch in den 1860er Jahren, wenn das Transportwesen zur Debatte stand. „Eine kleine Hoffnung setzen wir noch auf die Vollendung der im Bau begriffenen Eisenbahn über den Brenner in Tirol zum Anschluß an das deutsche und den Bau der projektierten Eisenbahn über

Padna und Rovigo an den Po zum Anschluß an das zentralitalienische Eisenbahnnetz.“³² Die fesselnde Vision, mit der Brennerbahn über Innsbruck die kürzeste ununterbrochene Schienenverbindung aus dem Mittelmeer in das süd- und westdeutsche Eisenbahnnetz anbieten zu können, uferte in rückwärts gerichtete Phantasereien aus, als sie sich mit den Möglichkeiten verschränkte, die der Bau des Suezkanals Italien zu erschließen schien. Die Memorabilien der überragenden Machtstellung Venedigs im Ost-West-Handel aus dem 14. und 15. Jahrhundert geisterten als Gespenster durch die Gedankenwelt des Risorgimento im 19. Jahrhundert, ohne je leibhaftige Gestalt anzunehmen. Anders als in Deutschland durchpulte der Eisenbahnbau in Italien nicht das gesamte wirtschaftliche Leben. Drei der vier großen Eisenbahngesellschaften Italiens lagen vollständig, die vierte zu Teilen in ausländischen Händen.

Die Gesamtheit der angesprochenen Bedingungen beeinflusste Quantität und Qualität der Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich Sachsen und dem bis 1859 bzw. 1866 zur Habsburgermonarchie gehörenden Königreich Lombardei-Venetien maßgeblich.

Das Textilgewerbe und der Handel zwischen den Königreichen Sachsen und Lombardei-Venetien (1849-1867)

Seide aus Italien

Als sich Konsul Becker in einem Brief vom 8. Mai 1850 ausführlich über die Möglichkeiten des Handels zwischen dem Königreich Sachsen und dem Königreich Lombardei-Venetien verbreitete, ging er vom Entwicklungsniveau des Textilgewerbes in Oberitalien aus. „Das Lombardisch-Venezianische Königreich hat bei dem überschwänglichen Reichtum seines Bodens bis vor kurzem fast gar keine Fabriken gehabt. Seit ungefähr zwanzig Jahren haben sich jedoch in der Lombardei nach und nach mehrere Baumwollspinnereien etabliert [...] Größere Fabriken [gemeint sind hier Webereien] existieren nicht und da bei der Beschränktheit der Mittel dieser Weber es an allen Vorbereitungen oder Maschinen zur Appretur fehlt, so dienen die Fabrikate auch nur für die ärmsten Landbewohner der Lombardei, während selbst der Handwerkerstand in den Städten diese ordinäre Ware nicht verbraucht.“ Die Mailänder Seidenwaren nahm Becker ausdrücklich von diesem Verdikt aus, fügte jedoch sogleich beruhigend an, daß die Produktion in Mailand „noch wenig bedeutend und an eine Ausfuhr vor der Hand gewiß nicht zu denken“³³ sei. Punktuelle Anzeichen einer Belebung der gewerblichen Produktion, in

24 Caizzi, Bruno, La crisi economica del Lombardo-Veneto nel decennio 1850 – 1859, in: Nuova rivista storica, Rom 1958, S. 205-222, hier S. 208 (Lombardei) bzw. S. 211 (Venetien).

25 Handelsbericht des sächsischen Konsulats in Venedig vom 13. Februar 1860, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 166.

26 Zu diesem Terminus vgl. Hahn, Hans-Werner, Geschichte des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1984, S. 167. Hahn setzte den Begriff „Tarifrevolution“ in Anführungszeichen.

27 Handelsbericht von Kunklers vom August 1867, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484.

28 Luzzatto, Gino, L'economia veneziana dal 1797 al 1866, S. 267-277, in: Storia della civiltà veneziana, hrsg. von Vittore Branca, Bd. 3. Dall'età barocca all'Italia contemporanea, Florenz 1979, S. 267.

29 Vgl. Hellmann, Manfred, Geschichte Venedigs in Grundzügen, 3. Auflage Darmstadt 1989, S. 189 f.

30 Handelsbericht von Kunklers vom August 1867, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484.

31 Hellmann, Geschichte (wie Anm. 30), S. 179-189.

32 Handelsbericht v. Kunklers vom 14. Juli 1862, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 180.

33 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818.

unserem Beispiel in Mailand und Umgebung, vermochten nicht ausreichend Energien zu bündeln, um auf der Apenninenhalbinsel eine industrielle Revolution auszulösen. Deren Entladung hätte man möglicherweise auf dem gemeinsamen Markt empfinden können. Die Wirklichkeit unterschied sich stark von diesen Mutmaßungen. „Die einzigen Erzeugnisse des Lombardisch-Venezianischen, welche nach den Zollvereinsstaaten eingeführt werden, sind rohe beziehungsweise gesponnene Seide, Reis und Käse, letzterer in unbedeutenden Quantitäten.“³⁴ Bei zollfreiem Import der Rohseide aus Italien könnten die sächsischen Unternehmer mit ihrem „billigen Arbeitslohn“ „angemessene Preise“ bilden und sehr wohl „die Konkurrenz der Schweiz ganz [vom Markt] verdrängen“. Der

ten jenseits der Alpen, deren Fabrikanten und Kaufleute die luxuriösen seidenen Fertigprodukte auf den italienischen Messen und Märkten verkauften.

Die deutschen Staaten erwiesen sich als ein Hauptabnehmer italienischer Rohseide. Hubert Kiesewetter hat für den Durchschnitt der Jahre 1842/46 den Import von 12.262 Zentnern Seidenwaren in die Zollvereinsstaaten ermittelt; für 1860/64 schon 20.619 Zentner. Zum Zentrum der Seidenverarbeitung in den deutschen Ländern stieg allerdings nicht Sachsen, wie es Konsul Becker erhofft hatte, sondern das Rheinland (Krefeld) auf. Von 9.727 Hauptbetrieben, die Kiesewetter für 1907 in Deutschland recherchierte, arbeiteten 8.256 Betriebe im Rheinland und nur 398 in Sachsen.³⁷



Kattendruckerei Pflugbeil & Co. in Chemnitz, Lithographie, 1841

Abbau der Zollhürden würde in Sachsen einen „bis jetzt noch wenig kultivierten Erwerbszweig wesentlich [...] fördern“.³⁵ Tatsächlich bildete gesponnene, nach 1855 auch gezwirnte Seide den Löwenanteil am Export der italienischen Staaten in ihrer Gesamtheit. Luciano Cafagna errechnete, dass es sich im 19. Jahrhundert Jahr für Jahr, mehr oder weniger konstant um ein Drittel des Gesamtwertes der Ausfuhren aus Italien handelte.³⁶ Dabei erhellte das auffallende Faktum, dass die Seide wenig oder gar nicht bearbeitet in den Außenhandel ging, den Rückstand der industriellen Entwicklung auf der Apenninenhalbinsel im Vergleich mit den Staa-

Strümpfe aus Sachsen

Nachdem Becker Dresden informiert hatte, welche Exporte aus dem Königreich Lombardei-Venetien in Sachsen zu erwarten seien, beurteilte er umgekehrt Gunst und Ungunst der oberitalienischen Märkte gegenüber dem Zudrang textiler Fertigerzeugnisse aus Sachsen. Aus oben dargelegten Gründen ließen sich zwar die „Einfuhren aus dem Zollverein nach Venedig mit einiger Sicherheit nicht bestimmen“, der Konsul glaubte aber „annehmen zu können, daß die Stadt Venedig im verflossenen Jahr [1851] für den Wert von 400.000 Talern Zollvereinsmanufakturwaren verbraucht hat, wovon

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Vgl. Cafagna, Luciano, La rivoluzione industriale in Italia 1830-1900, S. 91-105, in: L'industrializzazione in Italia (1861-1900), hrsg. von Giorgio Mori, Bologna 1981, hier S. 93. – Speziell für die Lombardei rechnete Domenico Demarco für die Seide mit zwei Dritteln am Gesamtwert der Ausfuhren. Vgl. ders., L'economia degli Stati italiani prima dell'unità, in: Rassegna storica del Risorgimento, 44 (1957), fasc. 2/3, S. 91-258, hier S. 221.

- 37 Vgl. Kiesewetter, Hubert, Industrielle Revolution in Deutschland: Regionen als Wachstumszentren, Stuttgart 2004, S. 180.
- 38 Handelsbericht Beckers vom 24. April 1852, HStAD, 10736 MdI, Nr. 6484, Bl. 30.
- 39 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818.
- 40 Wie Anm. 7, S. 43.
- 41 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818.
- 42 Ebd.
- 43 Vgl. Karlsch, Rainer/Schäfer, Michael, Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter, Leipzig 2006, S. 46 f. – Kiesewetter (wie Anm. 37), S. 174.
- 44 Vgl. Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 247–259.
- 45 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 MdA, Nr. 3818.
- 46 Ebd.

vielleicht ein Drittel auf Sachsen kommen dürfte.³⁸

In einem ausführlichen Bericht vom 8. Mai 1850 ging Becker ins Detail. „Namentlich wollene und Strumpfwaren spielen dabei eine bedeutende Rolle und werden solche Geschäfte in Sachsen größtenteils mit böhmischen sogenannten Fabriken betrieben, welche die Waren einführen, stempeln und mit vollständigen Zertifikaten als eigenes Fabrikat nach der ganzen Monarchie versenden.“³⁹ Ira Glacier hält es für akzeptabel, wenn man davon ausgeht, dass ein Drittel der aus Sachsen im Königreich Lombardei-Venetien verkauften Strümpfe auf illegalem Weg ins Land gekommen sind.⁴⁰ Die Tatsache, dass sich die Post aus Venedig nach Dresden generell in derart starkem Maße mit dem Textilgewerbe befasste, erklärt sich, wenn man sich vor Augen hält, dass die Basis der Wirtschaftskraft in Sachsen ebenso wie in Lombardei-Venetien in der Textilbranche gelegen hat. Die Verkaufswege der sächsischen Textilwaren verliefen nicht anders als die der englischen, französischen oder schweizerischen Produktion. Die hohen Schutzzölle und der relativ niedrige Stand der Industrialisierung auf der Apenninenhalbinsel generierten Schleichhandel in unerhörten Dimensionen. Der Absatz bereitete keine Schwierigkeiten. Nach dem Urteil Beckers „wurde in ganz Österreich nichts fabriziert, was sich wegen Gelingen und Preis mit sächsischen Produkten der Art messen kann, wie sie vor allem in Chemnitz und in der weiteren Umgebung dieses Zentrums der Textilindustrie gefertigt werden“, und die Chemnitzer Strumpfwirkerei erwies sich „schon jetzt von unendlicher Bedeutung für Sachsen.“⁴¹

Sächsische Textilwaren aus Baumwolle, Wolle und Lein im Königreich Lombardei-Venetien

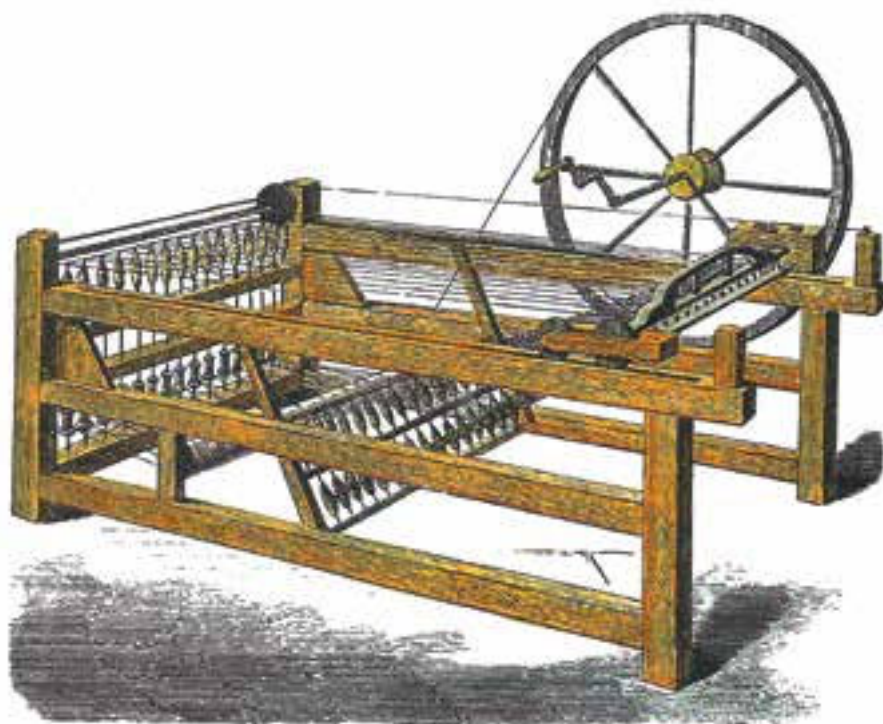
Nachdem Konsul Becker der sächsischen Strumpfwirkerei eine sehr aussichtsreiche Prognose gestellt hatte, wandte er sich im Bericht vom 8. Mai 1850 der Wolle zu. In der Produktion von Tuchen sei man in den österreichischen Staaten „am meisten vorgeschritten“, und bringe – allerdings nur in den unteren und mittleren Klassen – „gelungene und preisgünstige Ware“ auf den Markt. Anspruchsvollere, bunt und mit Mustern bedruckte Tuche „werden in ziemlichen Quantitäten eingeführt“. In Buckskins, einem angerauhten Wollgewebe, liefere Österreich zwar die billigsten Fabrikate, die sich jedoch „in Gelungensein nicht mit denen der Crimmit-schauer Gegend messen“ können. „In wollnen Stoffen zu Mänteln, in welchen von Sachsen bereits ziemlich bedeutende Quantitäten nach Italien verschickt werden, dürfte Sachsen die

Oberhand behalten, wenn ähnliche französische Stoffe, die besonders durch neue und geschmackvolle Muster eine gefährliche Konkurrenz machen, durch einen Differenzzoll in den Hintergrund gestellt werden.“⁴² Becker sah also am Beginn der 1850er Jahre für das sächsische Wollwarengewerbe auf den italienischen Märkten gute Expansionsmöglichkeiten, wenn es gelänge, sich im anspruchsvolleren Segment der Angebotspalette (Qualitätsstufen fine bzw. extra) zu etablieren, statt wie bisher nur auf Nachfragen aus dem untersten und bestenfalls aus dem mittleren Bereich reagieren zu können. Das setzte voraus, die technologische Rückständigkeit im sächsischen Textilgewerbe, namentlich in der Weberei, und die überwiegend zu geringe Größe der Betriebe zu überwinden. Auf diesem Weg ließ sich der Anschluß an die konkurrierende Spitze gewinnen. Die Alternative bedeutete, in der kaum ausbaufähigen Nische fortzufahren, die weniger begehrten, größeren Garnsorten und Gewebe zu produzieren.⁴³

Die strahlende Perspektive, die Konsul Becker dem sächsischen Wollgewerbe eröffnete, trübte sich rasch ein. Das stürmische Vordringen der Baumwolle, das am Ende der 1850er Jahre seinen Gipfelpunkt erreichte, durchkreuzte alle Rechnungen. Der sächsische Wollwarenexport erreichte die Höchststände aus den Jahren vor der Revolution 1848/49 nicht wieder.⁴⁴ Ein gutes Standing auf den Märkten der Habsburger Monarchie im Allgemeinen und in Oberitalien im Besonderen attestierte Konsul Becker den sächsischen Baumwollfabrikanten zu Beginn der 1850er Jahre. „Alle Arten [leichterer Stoffe] [...] zu Röcken und Beinkleidern, [...] sowohl glatt als gedruckt, kariert und gestreift, werden in den sämtlichen österreichischen Staaten bei einigem Vorteil gegen französische Konkurrenz stets einen großartigen Absatz finden.“⁴⁵ Exponiert stellte Becker hier wie andernorts die Erzeugnisse aus den Fabriken in Chemnitz heraus, die eine besonders starke Abnahme fänden: „Großartigen Absatz“ für sächsische Textilwaren sah Becker voraus, wenn der Zollanschluss des Deutschen Zollvereins an Österreich gelänge. Und sobald die Eisenbahnlinie bis Triest offen sei, steigerten sich die Erfolge „unendlich“, wenn – und dieses „wenn“ fügte Konsul Becker wiederholt an – „wenn die dortigen [sächsischen] Fabriken mit dem Geschmack der Muster mit England und Frankreich gleichen Schritt halten könnten, was wohl aber für die nächste Zukunft noch ein frommer Wunsch bleiben wird.“⁴⁶ Konsul Becker, der offenkundig die internationalen Modetrends kannte, ließ es nicht mit Klagen über die provinzielle Enge bei der künstlerischen Aufwertung der sächsischen Textilwaren bewen-

den. Um die fehlende Sensibilität für die auf einen ganz bestimmten Kundenkreis und dessen Anspruch und Zeitgeschmack gerichtete attraktive Gestaltung des Warenangebotes zu wecken, empfahl er, dass sich die Regierung „direkt bei Vervollkommnung dieser wichtigen Branche beteiligte, indem dieselbe für die gelungensten Leistungen dem Zeichner persönliche Regierungsprämien aussetzte und dabei nicht gerade die schwierigsten und kompliziertesten belohnte, sondern auch sehr einfache Sachen, die durch Zusammenstellung der Farben oder Leichtigkeit der Designs gefallen, da sich der Geschmack der sächsischen Fabriken ohnehin schon mehr als wünschenswert auf gekünstelte vielfarbige Designs legt. Größere Fabriken in Lyon, Paris und England haben Musterzeichner, welche so gestellt sind, daß sie mehrere Monate des Jahres die größeren Hauptstädte Europas bereisen können, um in den Geschmack der verschiedenen Länder einzudringen.“⁴⁷

Gegen die Substitutionskonkurrenz⁴⁸ der Baumwolle konnte sich der Flachs auf Dauer nicht erfolgreich behaupten. 1861, dem Jahr des höchsten Bedarfs an Baumwolle in den deutschen Staaten, lag der Einsatz an Baumwolle 42 % höher als 1857.⁴⁹ Becker schrieb 1850 nach Dresden: „Leinene weiße Waren fabriziert Österreich jetzt so billig, daß sich der Verbrauch von sächsischen und schlesischen hier sehr vermindert hat. Das Handgespinnst, womit noch viel in Sachsen gearbeitet wird, ist weniger schön und gleich als Maschinengarn. [...] [Deshalb] ziehen doch die Käufer eine leichtere, gefälligere und billigere Ware vor [...] Auch in leinenen und halbleinenen Damastwaren liefert Oberösterreich bezüglich der Preise Erstaunenswertes. In ganz feinem Damast bleibt Großschönau und Zittau auf der ersten Rangstufe.“⁵⁰ Neben der Konkurrenz durch die im Vergleich mit den leinenen Erzeugnissen billigeren, leichteren und gefälligeren Produkten aus Baumwolle verwies Becker auf ein weiteres Manko der sächsischen Leinwaren: das starre Festhalten an der Handspinnerei und Handweberei, während Belgien, England und Irland weitestgehend auf Mechanisierung umgestellt hatten und die daraus resultierenden Vorteile auf den Märkten ausmünzten.⁵¹ Als Oberlausitzer Exportschlagier blieb einzig und allein ein Luxusartikel, der nur in ganz kurzen Serien verkauft werden konnte: die damaszierten leinenen Stoffe und Tücher (Tischdecken, Bettzeug). Unter diesen Bedingungen fiel der Anteil der Leinwaren am Textilwarenxport aller deutschen Länder von einem kurzen Zwischenhoch in den 1830er Jahren (1828 = 47 %) auf 29 % im Jahre 1850 und schließlich auf 9 % bis 10 % in den 1860er Jahren.⁵²



Die Abwicklung des Königlich-Sächsischen Konsulats in Venedig (1868)

Nachdem Sachsen, im Deutschen Krieg 1866 an der Seite Österreichs kämpfend, unter Preußens Räder geraten war, musste es – widerstrebend – dem preußisch dominierten Norddeutschen Bund beitreten. Es verlor wesentliche Elemente seiner staatlichen Souveränität. Mit Schreiben vom 16. Juni 1868 teilte der Vorsitzende des sächsischen Gesamtministeriums Freiherr von Falkenstein den sächsischen Konsuln in Genua, Livorno, Neapel und Messina mit, „ihre Funktionen einzustellen“, sobald die Konsuln des Norddeutschen Bundes in die ihrigen eingetreten sind.⁵³ Venedig bildete eine Ausnahme. Im Namen des Norddeutschen Bundes ernannte der König von Preußen Adolph von Kunkler zum Konsul des Norddeutschen Bundes in Venedig.⁵⁴ Generell gingen die Kompetenzen der Länderkonsulate an Bundeskonsulate über. Von den 73 Konsulaten, die das Königreich Sachsen 1866 unterhielt, existierten 1870 noch zehn, und zwar ausschließlich in Städten des Deutschen Reiches. Die beiden letzten, in Frankfurt am Main und in Köln, wurden 1933 in Zusammenhang mit der „Neuordnung der staatlichen Verhältnisse“ im nationalsozialistischen Deutschen Reich aufgehoben.⁵⁵

„Spinning Jenny“, erste Baumwollspinnmaschine, erfunden 1764 von dem Weber James Hargreaves, kolorierter Holzstich, 1887

47 Ebd.

48 Diesen Begriff verwendet Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1843/49, München 1987, S. 72.

49 Blumberg, wie Anm. 48, S. 242.

50 Becker an Beust, Brief Nr. 6 vom 8. Mai 1850, HStAD, 10717 Mda, Nr. 3818.

51 Vgl. Kiesewetter, wie Anm. 38, S. 163.

52 Vgl. Blumberg, wie Anm. 48, S. 289.

53 HStAD, 10736 Mdi, Nr. 6484.

54 Vgl. Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, Bd. 1868, Nr. 21, S. 373.

55 Vgl. Ludwig, wie Anm. 1, S. 178.

Autor
Dietmar Stübler
Leipzig

Neuerscheinungen



Vera Denzer/Andreas Dix/Haik Thomas Porada (Hrsg.): Leipzig. Eine heimatkundliche Bestandsaufnahme im Raum Leipzig (Landschaften in Deutschland, Bd. 78), Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2015, 463 Seiten mit 302 Abbildungen, gebunden, ISBN 978-3-412-22299-4, 29,90 Euro

Pünktlich zur 1000-Jahrfeier Leipzigs veröffentlichte das Leibniz-Institut für Länderkunde einen neuen Band in der Reihe „Landschaften in Deutschland“. Da sowohl das Institut für Länderkunde als auch die Sächsische Akademie der Wissenschaften als Herausgeber der Reihe ihren Sitz in Leipzig haben, war es naheliegend, die heimatkundliche Bestandsaufnahme mit einem Band über die größte Stadt Sachsens fortzuführen. Die Reihe „Landschaften in Deutschland“ ist aus der Reihe „Werte der deutschen Heimat“, später „Werte unserer Heimat“ hervorgegangen und setzt deren Bandzählung fort. Das ambitionierte Vorhaben einer flächendeckenden heimatkundlichen Erfassung – der erste Band erschien 1957 – ist genau so alt wie die „Sächsischen Heimatblätter“ und hat ebenso wie diese die Beschäftigung mit Heimatkunde und -geschichte wesentlich befördert. Nach fast sechs Jahrzehnten war eine Aktualisierung der Buchreihe und Anpassung an moderne Lesegewohnheiten unumgänglich. Nicht geändert wurde das grundlegende Konzept, das eine breite Gesamtdarstellung von Naturraum, Geologie, Klima, Flora und Fauna, Ortsgeschichte und topographischer Darstellung beinhaltet. Neu und durchaus ungewöhnlich ist die Verbindung von Buch und Internet: Jeder Käufer des Buches kann sich den gesamten Buchinhalt als PDF aus dem Internet herunterladen. Das PDF-Dokument, das man sich auf dem Computer speichern kann, ist einfach durchsuchbar. Außerdem sind am Rand des Buchblocks wiederholt QR-Codes angebracht, über die man sich direkt auf die Internetseite landschaften-in-deutschland.de einwählen kann. Dort werden ergänzende Informationen sowie Exkursionshinweise bereitgestellt. Nutzer, die kein Mobiltelefon mit QR-Scanner haben, gelangen mit einem Weblink auf die Seite.

Darüber hinaus wurde das Layout der Reihe modernisiert und das Format verändert. Alles wirkt „frischer“, und es ist erfreulich, dass diese Modernisierung nicht zu einer Reduzierung der Inhalte führte, wie es oftmals üblich ist. Jüngere Nutzer werden sich über die zusätzlichen Online-Angebote freuen. Diese können und sollen aber nicht das gedruckte Buch ersetzen. Schon jetzt wage ich die Prognose, dass die Internetseiten und die QR-Codes in zehn Jahren nicht mehr funktionieren werden, während das gedruckte Buch auch noch in 100 Jahren als langlebiger Wissensträger zur Verfügung stehen wird.

Der Leipzig-Band besticht durch seine umfassende Fülle an Detailinformationen zu allen heimatkundlichen Wissensgebieten. Unter der Leitung von Vera Denzer, Andreas Dix und Haik Thomas Porada haben mehr als zwanzig renommierte Wissenschaftler der verschiedenen Wissensgebiete knappe, gut lesbare Einzelartikel verfasst bzw. an den Einzeldarstellungen der Ortsteile mitgearbeitet. Neben Naturraum und Landschaft wurden auch Ur- und Frühgeschichte (Thomas Westphalen) und die geschichtliche Entwicklung Leipzigs vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Uwe Schirmer) behandelt. Hervorzuheben ist die große Anzahl anschaulicher Karten und Grafiken, mit denen Inhalte sehr anschaulich aufbereitet werden. An den landeskundlichen Überblick schließen sich 85 Einzeldarstellungen an, die den „Suchpunkten“ der früheren Bände entsprechen. Jede Einzeldarstellung behandelt einen Stadtteil innerhalb der heutigen Stadtgrenzen Leipzigs. An das Stadtgebiet unmittelbar angrenzende Orte, die zu Nachbargemeinden gehören, wurden nicht behandelt, was dem Grundsatz der Reihe, einen bestimmten Kartenausschnitt zu bearbeiten, eigentlich widerspricht. Zu den einzelnen Orten, die im Stadtgebiet Leipzigs aufgegangen sind, findet man Detailkarten und historische Ansichten. Lobenswert ist die Ausführlichkeit, mit der die Innenstadt behandelt wurde. 47 wichtige Bauwerke werden, geordnet nach den historischen Epochen, mit Einzeldarstellungen gewürdigt. Im ganzen Band sind immer wieder Schlaglichter eingeschoben, die bestimmte Detailfragen vertiefen. Hier lassen sich faszinierende Entdeckungen machen. Mit Gewinn betrachtet man etwa die Innenstadtkarte mit Eintragung der Anzahl der Rauchwarenhandelsfirmen um 1930, verbunden mit einem Artikel über Leipzig als Pelzstadt, oder die Baualterskartierung der Gebäude in der Innenstadt.

Bei der Menge an Wissen, die dieses Buch enthält, ist es zu verzeihen, dass sich der eine oder andere Fehler eingeschlichen hat. So wird von der ältesten Stadtansicht aus dem Jahr 1547 berichtet, die Leipzig während der Belagerung im Schmalkaldischen Krieg zeigt (vgl. Ausschnitt S. 115 in diesem Heft). Seit etwa 15 Jahren ist aber bekannt, dass es eine noch ältere Stadtansicht Leipzigs gibt, die 1537 von einem Begleiter des Pfalzgrafen Ottheinrich gezeichnet wurde (siehe S. 116/117 in diesem Heft). Bei der Einzeldarstellung „Böhlitz-Ehrenberg“ (S. 395-398) ist zu kritisieren, dass hier die Ortslagen Barneck, Böhlitz und Ehrenberg in einem Beitrag zusammen behandelt werden, obwohl es sich um separate Gemarkungen handelt. Dafür hat Gundorf, ebenfalls ein Teil von Böhlitz-Ehrenberg, einen Einzelartikel bekommen. Dort wiederum wird das um 1720 erbaute Schloss Gundorf als



Matthias Donath: Schlösser in Leipzig und Umgebung. Meißen 2013, 180 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 16,80 Euro

Zu beziehen bei:
Redaktions- und Verlagsgesellschaft
Elbland mbH
Niederauer Straße 43
01662 Meißen
Tel.: 03521-41045520
sz.meissen@dd-v.de

Werk des „kursächsischen Baumeisters Johann Ernst Kregel“ (S. 399) erwähnt. Kregel war keineswegs Baumeister, sondern ein vermöglicher Handlungsherr und Rittergutsbesitzer in Guldengossa und Abnaundorf. Das Rittergut Neuscherbitz (Gundorf) gehörte nicht ihm, wie immer wieder zu lesen ist, sondern dem Leipziger Verleger und Buchdrucker Johann Gottlieb Gleditsch (1688–1738).

Leider wurden, und das ist grundsätzlich zu kritisieren, die Rittergüter der verschiedenen Stadtteile nur unzureichend behandelt. Dabei waren diese Herrschafts- und Wirtschaftsinstanzen jeweils sehr prägend für die Entwicklung der Dörfer, die nach und nach im Stadtgebiet Leipzigs aufgegangen sind. Auch hätte man die wichtigsten Besitzerfamilien, darunter viele bürgerliche, teils geadelte Familien aus Leipzig, benennen können. Es ist im Rückblick verständlich, dass in den DDR-Bänden der „Werte unserer Heimat“ die Rittergüter, Schlösser und Adelsfamilien missachtet wurden, galten die „Feudalherren“ nach marxistischer Doktrin doch pauschal als „Ausbeuter und Unterdrücker“. Unverständlich aber bleibt, dass auch in den neuesten Bänden der „Landschaften in Deutschland“ die Rittergüter und ihre Geschichten nur nachrangig besprochen werden. Den Bearbeitern des Leipzig-Bandes hätte auffallen müssen, dass mit dem Band „Schlösser in Leipzig und Umgebung“ eine gründliche Bestandsaufnahme der Schlösser und Herrenhäuser im Stadtgebiet von Leipzig vorliegt. Der Titel ist noch nicht einmal im Quellen- und Literaturverzeichnis zitiert. Daher sei erlaubt, an dieser Stelle auf dieses für die Geschichte des Leipziger Landes unverzichtbare, aber offenbar noch nicht hinreichend bekannte Buch hinzuweisen.

Matthias Donath

Schüler und Studenten erforschen Geschichte. Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins. 79. Jahrbuch, Neue Folge (XVIII), Chemnitz 2015, 204 Seiten, 47 Abbildungen

Seit 1996 vergibt der Chemnitzer Geschichtsverein an Schüler und Studenten einen durch den ehemaligen Chemnitzer Wolfgang Weidlich gestifteten Preis für Arbeiten zur Geschichte von Chemnitz und Umgebung (siehe Sächsische Heimatblätter 4/2014, S. 439). Bis 2014 wurden 282 Arbeiten eingereicht. Ein Teil dieser Arbeiten wurde nun in den Mitteilungen des Geschichtsvereins veröffentlicht. Die ausgewählten Arbeiten greifen bislang kaum beachtete Themen der Stadtgeschichte auf, angefangen von der frühen Neuzeit bis zur unmittelbaren Zeitgeschichte.

Inhalt: Daniela Häuser, Entwicklungsaspekte der Chemnitzer Brühl-Schulen; Sebastian Liebold, Chemnitz – Stadt am Fluss; Tanja Tröger, Clubkino Capitol; Stefan Thiele, Die Kirchen in Einsiedel und Berbisdorf; Thomas Bauer, Die Entwicklung der Wasserversorgung von Chemnitz und seinem Umland; Marcel Biedermann/Lars Förster, Die Humboldt-Versuchsschule Chemnitz; Franziska Ehert, Der Eingliederungsprozess der Spätaussiedler; Kevin Peikert, Die Geschichte der Spielmannszüge in Chemnitz; Andre Pohl, Ein unbekanntes Steinrelief aus dem 16. Jahrhundert; Tobias Aurich, Bauen in Chemnitz während der Zeit des Nationalsozialismus; Natalie Rinberg, Meister H. W. und Hans von Cöln; Sarah Dotzek, Stolpersteine in Chemnitz; Willi Klever, Entwicklung der Sächsischen Brotfabrik „Union“; Jeremias Kluge/Sebastian Weiß, Rolf Oesterreich – ein Skandal in der Geschichte?

Wolfgang Uhlmann



Verschenken Sie ein Stück sächsischer Geschichte!

Die „Sächsischen Heimatblätter“ berichten in einem breiten Überblick über Kunst und Kultur, Natur und Denkmalpflege, Geschichte und Volkskunde. Dabei berücksichtigen sie alle Landschaften der sächsischen Heimat. Jeder Jahrgang umfasst rund 500 Seiten mit durchgängig farbigen, reich illustrierten und verständlich geschriebenen Beiträgen. Im Abonnement erhalten Sie vier Ausgaben im Jahr für nur 30,- Euro inklusive Mehrwertsteuer und Porto. Die Einzelhefte kosten zwischen 8,50 Euro und 9,90 Euro.



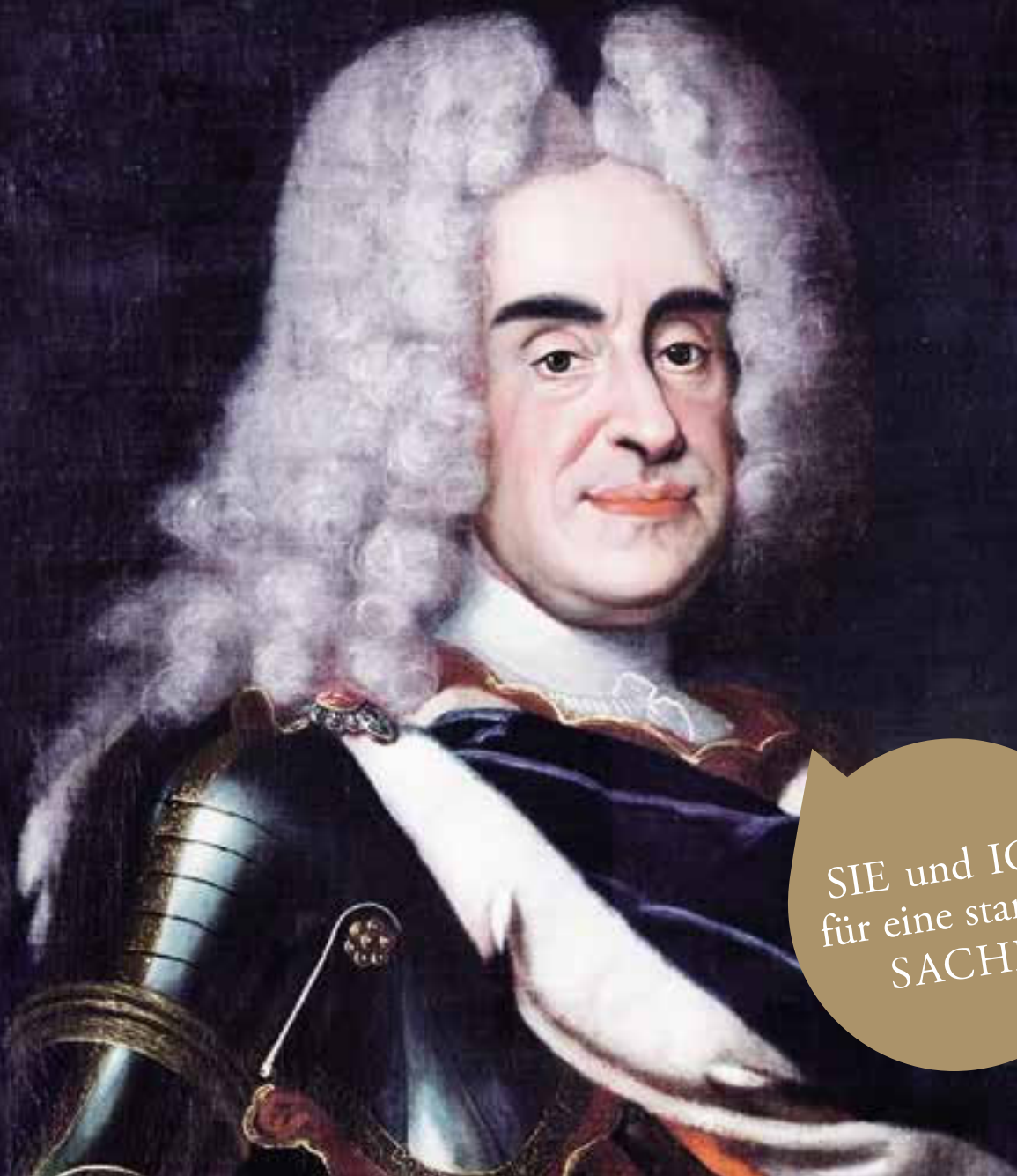
Bestellen oder verschenken Sie die „Sächsischen Heimatblätter“ für nur 30,- Euro im Jahr!

**Bestellungen richten Sie bitte an:
Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna
oder an: shb@zkg-dd.de**



Starke Freunde

FREUNDKREIS SCHLÖSSERLAND SACHSEN E.V.



SIE und ICH,
für eine starke
SACHE.

August der Starke (1670-1733)

Mitgliedschaft
»Freund«
40 € p. a.

Als Mitglied erhalten Sie und eine Begleitung freien Eintritt zu exklusiven Veranstaltungen in sächsischen Schlössern, Burgen und Gärten sowie das Schloesserland-Magazin »aufgeschlossen«.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns über Ihre Anfrage:

Freundeskreis Schloesserland Sachsen e.V.
c/o Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten
Sachsen gGmbH • Stauffenbergallee 2a • 01099 Dresden
Telefon +49 351 563911002
service@schloesserland-freundeskreis.de
www.schloesserland-freundeskreis.de


SCHLÖSSERLAND SACHSEN
STAATLICHE SCHLÖSSER, BURGEN UND GÄRTEN